

AIB

D7426 E

DIE DRITTE-WELT-ZEITSCHRIFT

Jr. 7/Juli 1985

16. Jahrgang

DM 2,50



Die „jordanische Option“

Libanon ● Brasilien ● Philippinen ● Moçambique ● Namibia

Inhalt

Kommentar: Stroessner verschont Bonn	3
Brasilien: Brasilien nach Tancredo Neves	4
Libanon: Wem nutzt der Bruderkrieg?	4
Naher Osten: Die „jordanische Option“ im Werden? Jordaniens palästinensische Karten Gespräch mit jordanischen Menschenrechtlern Jordaniens-Daten „Operation Slyfox“: Special Forces in Jordanien	9 13 14 16 17
Pazifik/Philippinen: Aufstandsbekämpfung auf philippinisch	19
Moçambique: Die bitteren Früchte von Nkomati Moçambique-Daten Beziehungen BRD-Moçambique	26 27 28
Namibia: „Interne Lösung“ zweiter Akt S. Nujoma: Das Doppelspiel der BRD	30 32
Tourismus: Fluchtweg Massentourismus Touristikbranche im Griff der Großbanken	33 34
Solidaritätsbewegung: 9. BUKO im Zeichen der Ökologiedebatte	37
Kultur: Weltliteratur aus Marokko	38
Rezension: Medien und Informations- ordnung	40
BRD-Infodienst	41
Kurzinformationen: Korea, Sri Lanka, Kampu- chea, Bangladesch, Kuba-USA, Nikaragua, Peru, Tansania- BRD, Südafrika, Angola	42



Brasilien

S. 4

Kurz bevor der gewählte brasilianische Präsident Tancredo Neves am 15. März d.J. sein Amt antreten sollte, erkrankte er und verstarb 5 Wochen später. Sein Nachfolger, Vizepräsident José Sarney, gehörte früher zur Partei der Militärs. Er versprach dennoch, das von Neves vorgelegte Reformprogramm durchzuführen und die Demokratisierungsansätze weiterzutreiben.

Naher Osten

S. 7

Mit den jüngsten Initiativen von Israels Premier Peres und Jordaniens König Hussein scheinen Nahost-Separatfriedensverhandlungen gar nicht mehr so aussichtslos. Dies zumal Washington und Kairo den Annäherungsprozeß ermuntern. Wie verhalten sich diese Initiativen zum Amman-Abkommen zwischen Jordanien und der PLO, wie zum Reaganplan und Camp David? Und was haben die Nahost-Separatmühen zu tun mit dem Mitte Mai entbrannten Bruderkrieg im Libanon?

Namibia

S. 30

Im noch immer von Südafrika besetzten Namibia läuft der zweite Versuch einer „internen Lösung“. Am 17. Juni d.J. setzte das Apartheidregime eine sog. „Übergangsregierung“ ein. Sie soll über eine begrenzte Macht verfügen. Und sie läßt, entgegen dem UNO-Konsens, die Befreiungsbewegung SWAPO außen vor. Was steckt dahinter? Weshalb protestierte SWAPO-Präsident Nujoma gegen das „Doppelspiel“ Bonns?

Impressum

AIB (Antiimperialistisches Informationsbulletin) – Die Dritte-Welt-Zeitschrift, gegr. 1970, erscheint monatlich

Anschrift von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Telefon 064 21/2 46 72

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Wolfram Brönnner, Bernd Gäbler, Prof. Günter Giesenfeld, Mechthild Jansen, Herbert Lederer, Heinz-Jürgen Nieth, Birgit Radow, Elisabeth Thölke, Peter Wahl, Prof. Erich Wulff

Redaktion: Wolfram Brönnner (Chefredakteur), Nico Biver (stellvertretender Chefredakteur), Georg Diedrichs, Pia Grund, Ute Kampmann, Marianne Kolter, Andreas Krajczek, Ulrich Rupp, Hans-Erich Schäfer, Petra Sittig

Ständige Mitarbeiter: Rainer Falk, Klaus D. Fischer, Peter Garcia, Alfonso Gonzales, Dr. Lothar A. Heinrich, Ivesa Lübbers-Pistofidis, Fiaza Makumbi-Kidza, Katja Maurer, Hans Mayer, Nima Mina, Jürgen Ostrowsky, Ludger Schmitz, Christoph Sodemann, Dr. Rainer Werning

Namentlich gezeichnete **Beiträge** geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion. Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

Weitere Mitarbeiter dieser Ausgabe: J. Becker, E. Schneider, M. Schuck, P. Schütt, U. Wöhrmann

Redaktionsschluß: 13. 6. 1985

AIB-Sonderhefte sind als **Nebenblätter** mindestens zweimal im Jahr in Abständen von höchstens 6 Monaten beigelegt.

Jahresabonnement (inklusive Porto): Inland 25,- DM; Ausland normal 29,80 DM; Luftpost 49,60 DM; Förderabos 50,- DM oder mehr. Einzelheft: 2,50 DM, Doppelheft: 5,- DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung.

Bestellungen unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (möglichst in Briefmarken), zuzüglich 0,60 DM Porto je Heft.

Kündigungen nur zum Jahresende. Spätester Termin: 15. November

Adressenänderung bitte rechtzeitig bei der Redaktion in Marburg und bei der Post bekanntgeben.

Konten: AIB-Weltkreis-Verlag, Postgiro Frankfurt/M., Konto-Nr. 312 093-607, oder Marburger Volksbank, Rudolphsplatz (BLZ 533 900 00), Konto-Nr. 9660

Verlag: WeltkreisVerlags GmbH, Dortmund

Druck: Plambeck & Co., Neuss

Anzeigen: Vorwärts, Linke Zeitung, links, New Outlook, Honduras Komitee Hamburg, Südostasien Informationen, Magazin Verlag, Röderberg Verlag, Mittelamerika Magazin

Titelbild: Palästinensische Flüchtlinge im Lager Raschidiyeh im Südlibanon; König Hussein und US-Präsident Reagan (kleines Bild)

Fotonschweis: UNESCO, AIB-Archiv, SWAPO, Horizont, ISSA, Afrique-Asie, AFP, ISB, Afrika Bulletin

Kommentar: Stroessner verschont Bonn

Nun kommt er doch nicht! Der dienstälteste Diktator der Welt aus Paraguay, General Alfredo Stroessner, hat seinen umstrittenen „Arbeitsbesuch“ in der Bundesrepublik abgesagt und gleichzeitig den Wunsch geäußert, ihn zu einem späteren Zeitpunkt nachholen zu dürfen. In Bonn, so heißt es, gräme man sich nicht. Die Welt breche nicht zusammen und man sei „ganz cool“.

Grämen dürften sich allerdings diejenigen, die jahrelang rackerten, damit der schließlich deutschstämmige Stroessner einmal wieder – wie schon 1973 – seine Heimat wiederssehen könnte:

Da wäre einmal Franz Josef Strauß, CSU-Vorsitzender und bayerischer Ministerpräsident, der persönlich Bundeskanzler Kohl die Einladung einbrockte. Ihm am nächsten kommt wohl der rühmige Heinz Aigner (CSU), der mit seinem Institut für deutsch-paraguayische Beziehungen zur Wirtschafts- und Kulturförderung (IDPA) etwas gegen das verzerrte Bild von Paraguay in den westdeutschen Medien tun wollte und der letztlich in Paraguay bei aller Armut „noch nirgends so viele glückliche Menschen“ gesehen hatte.

Echte Trauer trägt auch Graf Huyn (CSU), für den Stroessner der gute Freund der USA ist und darüber hinaus der erbitterteste Antikommunist Lateinamerikas. Vor Gram gebeugt erscheint schließlich Entwicklungshilfeminister Jürgen Warnke (CSU), der gar zu gerne ein Investitionshilfeabkommen unterschrieben hätte und der sich sonst in Fragen der Demokratie pingeliger gibt, wie die Sperrung der Entwicklungshilfe für Nicaragua zeigt.

Hinter der bloßen Absage des Besuches steckt aber mehr, als man in Bonn und Asunción wahrhaben will. Da wäre ein Mann in die Bundesrepublik gekommen, der über 10% seiner Bevölkerung irgendwann einmal ins Gefängnis werfen und dort foltern ließ, der für 12.000 Morde an Oppositionellen verantwortlich ist und unter dessen Herrschaft 1 Mio Menschen ins Ausland vertrieben wurden.

Auf ihrer Jahresversammlung Ende Mai d.J. forderte amnesty international von der Bundesregierung, sie solle gegenüber General Stroessner ihre ernste Besorgnis gegenüber den anhaltenden Menschenrechtsverletzungen ausdrücken. Weltweit und auch in der Bundesrepublik erhob sich ein Proteststurm.

Bei seinem Besuch in Uruguay im März d.J. wurde Bundesaußenminister Genscher von der paraguayischen Opposition aufgefordert, Stroessner wieder auszuladen. Der ehemalige Präsident von Venezuela und stellvertretende Vorsit-

zende der Sozialistischen Internationale, Carlos Andres Perez, kündigte eine internationale Kampagne gegen den Bonn-Besuch Stroessners an, wenn er nicht abgesagt würde. Schließlich verurteilte das Europaparlament am 19.4.1985 die Visite.

In der Bundesrepublik schließlich protestierten nicht nur die Oppositionsfraktionen von SPD und Grünen im Bundestag. Auf seiten der FDP nahm deren außenpolitischer Sprecher, Helmut Schäfer, gegen den Besuch Stellung. Darüber hinaus formierten sich außerhalb des Parlaments Dritte-Welt-Gruppen und Solidaritätskomitees, Vertreter der Friedensbewegung, politischer Parteien und Jugendorganisationen, um im Vorfeld und während des Besuchs Protestdemonstrationen und Veranstaltungen durchzuführen.

Proteste zeigten Wirkung

Derweil bekamen Bundespräsident Richard von Weizsäcker und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher kalte Füße. Sie ließen erklären, sie nähmen während Stroessners Aufenthalt in der Bundesrepublik Termine im Ausland wahr, und signalisierten Distanz. In der Umgebung Bundeskanzler Kohls wurde darüber diskutiert, ob man nicht auch langsam Vorbehalte zeigen und Stroessner wenigstens nicht auf das obligatorische Besuchersofa im Kanzleramt plazieren sollte. Aber der Kanzler, auch sonst bekannt für das „Aussitzen“ von Problemen, sah keinen Grund für eine Ausladung.

Kohl hatte derartiges – so scheint es – auch nicht gesehen, als dann die Verbindungen Stroessners zum ehemaligen KZ-Arzt von Auschwitz, Josef Mengele, immer stärker in der Öffentlichkeit diskutiert wurden.

Nachdem inzwischen der Fund der Leiche Mengeles in Brasilien angezeigt wurde, bleibt zwar ungeklärt, ob Mengele seine letzten Jahre in Paraguay verbrachte. Dennoch dürfte es unstrittig sein, daß Paraguay dem Naziverbrecher in den 50er Jahren Aufenthalt gewährte und ihm 1959 die paraguayische Staatsbürgerschaft verlieh.

Er lebte nachweislich bis 1970 in der Hauptstadt Asunción, wo Stroessner sich seiner Dienste als Leibarzt versicherte und ihn an vertrauter Stätte wirken ließ: im Konzentrationslager Emboscada, wie ehemalige Inhaftierte zu berichten wissen.

Doppelt peinlich wäre also ein Besuch Stroessners gewesen, wo doch Bundes-

kanzler Kohl schon aus Anlaß der Feiern zum 40. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus (8. Mai d.J.), als er mit Präsident Reagan auch über die Gräber von SS-Soldaten – Mengele war schließlich auch SS-Hauptsturmführer – hinweg seine Versöhnung der ehemaligen Kriegsgegner und die Verhöhnung der Opfer der SS gleich mit betrieb.

Daß nicht die Bundesregierung dem Diktator den Laufpaß gegeben, sondern er selbst zum jetzigen Zeitpunkt auf einen Besuch verzichtet hat, zeigt einmal mehr, daß man in Bonn nicht zu besseren Einsichten gelangt ist. Er erspart damit der Regierung Kohl weitere Peinlichkeiten und daß des Kanzlers Popularitätstief noch weiter gegen null tendiert.

Aber eines sollte ebenso festgehalten werden: General Stroessner, dem der Empfang in Bonn nicht angemessen schien, wird abwarten wollen, bis sich die Wogen geglättet haben, um dann – wie angekündigt – im Herbst d.J. einen erneuten Anflugversuch zu unternehmen.

So wie die Solidaritätsbewegung in der Bundesrepublik wesentlich zur Verhinderung des Besuches beigetragen hat, so sollte sie auch weiterhin jeden anderen Versuch Stroessners, sich in die Bundesrepublik einschleichen zu wollen, zurückweisen.

Von der Bundesregierung ist zu fordern, keinen neuen Termin zu vereinbaren, alles zu tun, daß es in Paraguay zu einer ähnlichen Demokratisierung wie in den lateinamerikanischen Nachbarländern kommt, und jegliche Zusammenarbeit mit dem paraguayischen Regime zu beenden.

Die Protestaktionen des paraguayischen Volkes könnten jedoch, ähnlich wie in Uruguay, Brasilien und Argentinien, auch ohne Zutun Bonns zu einem Sturz der Diktatur noch vor dem nächsten Besuchstermin führen. Ein neuer demokratischer Präsident dürfte dann Bonns Haltung sicherlich nicht mit einer Staatsvisite würdigen.

Ulrich Rupp





J. Sarney leistet den Amtseid (l.); Hunderttausende beim Begräbnis von Tancredo Neves



Peter Garcia

Brasilien nach Tancredo Neves: Zwischen Krise und Hoffnung

April 1985: Brasiliens Staatsoberhaupt Tancredo Neves liegt im Sterben. Millionen trauern um den Mann, der die Demokratie zurückbringen wollte, dem soviel Vertrauen entgegengebracht wurde, daß ihn alle nur beim Vornamen nannten. Trotzdem streiken in São Paulo zur gleichen Zeit mehr als 200.000 Metallarbeiter.

Der Nachfolger Tancredos, der gewählte Vizepräsident José Sarney, erklärt, daß er die Politik zur Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse konsequent fortführen wird. Und er verfügt eine Verdoppelung der Mindestlöhne.

Dennoch erhöht sich die Zahl der Streikenden auf 400.000. In vielen Städten bricht der Nahverkehr zusammen. Auch die Flugverbindung zwischen Rio de Janeiro und São Paulo wird durch Streik zu 80% lahmgelegt.¹

Entgegen den Unterstellungen mancher großbürgerlicher Blätter sind diese Streiks noch keine Kriegserklärung an die neue Regierung.

Die von dem am 21. April d.J. verstorbenen Tancredo begonnene und von Sarney fortgeführte Politik der Demokratisierung wird von allen Gewerkschaften unterstützt. Ein von Sarney bereits gebilligter Gesetzesentwurf soll das

staatliche Interventionsrecht in den Gewerkschaften abschaffen. Das Streikrecht ist offiziell anerkannt.

Die Mehrzahl der politischen Gefangenen, die durch die Amnestie im April d.J. befreit wurden, sind Gewerkschafter. Alle politischen Parteien sollen legalisiert werden, unter ihnen auch die Brasilianische Kommunistische Partei (PCB).²

Tancredos Vermächtnis

Am 9.5.1985 beschloß die Regierung Sarney ein ganzes Paket demokratischer Maßnahmen. In Zukunft dürfen auch die etwa 20 Mio Analphabeten an Wahlen teilnehmen. Künftig kann jede Partei schon mit 2-3% in den Kongreß einziehen; vorher waren es 3-5%.

Parteiwechselnde Abgeordnete behalten jetzt ihr Mandat. Bündnisse zwischen Parteien sind in Zukunft erlaubt. In vielen Gebieten, die von den Militärs zu Sicherheitszonen erklärt worden waren, wird es noch in diesem Jahr Bürgermeister-Direktwahlen geben.

Für 1986 ist die Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung geplant, um die Verfassung von Überbleib-

seln faschistischer Gesetzgebung zu säubern. Sarney, der bereits im April d.J. auf die Anwendung von Gesetzesdekreten verzichtet hatte, verkürzte seine Amtszeit von 6 auf 4 Jahre. Danach soll der Präsident direkt gewählt werden.³

Dieses Programm macht deutlich, daß es die Regierung mit der Demokratisierung ernst meint.

Aber die große Mehrzahl der Brasilianer versteht unter dem Begriff weit mehr, als die bis jetzt beschlossenen Punkte. Demokratie – das ist für sie das Ende des Elends und des Hungers, das bedeutet für sie, etwas mehr Lohn oder überhaupt einen Arbeitsplatz zu haben.

Nach einer Studie des Statistischen Bundesamts Brasiliens (FIBGE) sind etwa 20% der Erwerbstätigen ohne Arbeit, 53% der Männer und 67% der Frauen verdienen nur bis zu zwei Mindestlöhne – obwohl nicht einmal drei Mindestlöhne eine vierköpfige Familie ernähren können.⁴ Das sind offizielle Zahlen. Andere Quellen sprechen sogar von 40% Arbeitslosen.⁵

Die Inflationsrate, die 1984 noch bei 220% lag, kletterte inzwischen auf 240%. Allerdings ist auch dieser Prozentsatz aufgrund der Zusammensetzung des Waren- und Dienstleistungskorbs nur be-

beschränkt aussagefähig: Bei Lebensmitteln des täglichen Bedarfs liegt die Inflationsrate um 300%. Die Preise für Milch, Reis, Sojaöl und auch Benzin erhöhten sich unter der Regierung Figueiredo doppelt so schnell wie die Mindestlöhne.

Immer noch sind 35% aller Haushalte ohne fließendes Wasser, und 22% ohne elektrischen Strom. Für die tägliche Busfahrt müssen Brasiliens Beschäftigte im Schnitt 18% des Mindestlohnes ausgeben. Das können sich viele von ihnen nicht leisten. Aber ob sie nun mit dem Bus fahren oder zu Fuß zur Arbeit gelangen – durchschnittlich wenden sie pro Tag zwischen 3 und 4 Stunden für diesen Weg (hin und zurück) auf.⁶

Verelendung stößt auf Gegenwehr

Das sind unerträgliche Zustände. Auch die Erhöhung der Mindestlöhne zum 1.5.1985 um genau 106% hat da keine Abhilfe geschaffen.

Denn diese Erhöhung wurde nachträglich für 6 Monate gewährt und lag damit unter der Inflationsrate für den gleichen Zeitraum. Obwohl der neue Mindestlohn 336.000 Cruzeiros (ca. 200 DM) beträgt, liegt seine reale Kaufkraft etwa 30% unter dem Mindestlohn vom Mai 1981.⁷

Deshalb streikten die Gewerkschaften für eine dreimonatige Anpassung der Mindestlöhne zu einem Satz, der 4% über der Inflationsrate liegen soll. Sie forderten die Wiedereinstellung entlassener Kollegen und die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 48 auf 40 Stunden.

Obwohl diese Forderungen nur zum kleinen Teil erfüllt wurden, dürften sie weiterhin aktuell bleiben. Eine Verbesserung der sozialen Bedingungen ist noch lange nicht in Sicht.

Aus diesem Grund hat sich die Partei der Arbeiter (PT) um Luis Ignácio de Silva, die hinter dem Metallarbeiterstreik stand, dem Bündnis zwischen der Partei der Demokratischen Bewegung Brasiliens (PMDB), der Partei der Liberalen Front (PFL) um Sarney und der Demokratischen Arbeiterpartei (PDT) Leonel Brizolas nicht angeschlossen.

Auch Brizola bezweifelt, daß die Regierung Sarney die brasilianische Wirtschaft wieder flottmachen kann. Er hat deshalb seine Unterstützung für die jetzige Regierung von Neuwahlen spätestens im nächsten Jahr abhängig gemacht.

Brizola hat gewiß nicht unrecht, wenn er außerdem die Meinung vertritt, daß die Regierung Sarney keine Änderung der Machtverhältnisse bedeutet.

Die personelle Kontinuität ist zu eindeutig. Von den 27 Regierungsmitgliedern sind lediglich drei nicht konservativ und gehören linken Strömungen innerhalb der PMDB an. Alle drei wurden

zudem mit äußerst undankbaren Aufgaben betruet: Pazzianotto hat als Arbeitsminister soziale Konflikte zu lösen; Pires soll als Sozialminister die fast bankrotten Sozialeinrichtungen sanieren und ausbauen; und Simon hat als Landwirtschaftsminister die Volksernährung sicherzustellen.

Unter den restlichen 24 überwiegen Unternehmer, Bankiers, Großgrundbesitzer und frühere Mitglieder der Regierung Figueiredo.

Präsident José Sarney selbst ist Großgrundbesitzer. Als Vorsitzender der Sozialen Demokratischen Partei (PDS), der staatstragenden Partei der Militärdiktatur, hatte er bis zuletzt gegen die Direktwahlen gekämpft und damit auch gegen Tancredo Neves.

Das war übrigens nicht das erste Mal. Vor dem Putsch 1964 war er aktiver Gegner der Regierung Getúlio Vargas gewesen, der Neves als Justizminister angehörte. 1964 begrüßte er den Militärputsch uneingeschränkt, während Neves ihn verurteilte.

Nachdem klar war, daß der PDS-eigene Präsidentschaftskandidat Paulo Maluf wegen seiner Bestechungsaffären bei den Wahlen durchfallen würde, wechselte Sarney – in Übereinstimmung mit der wirtschaftlichen Machelite des Landes – die Fronten, um als Vizepräsident die politische Kontinuität zu sichern (siehe AIB 9/1984, S. 29ff.). Seine neugegründete Partei der Liberalen Front – alles PDS-Überläufer – stellt weitere drei Minister.

Andere Konservative gehören dem rechten Flügel der PMDB an, z.B. der Besitzer der zweitgrößten Privatbank Brasiliens (Banco Itau), Olavo Setubal. Er wurde Außenminister.

Auf einen Nenner gebracht, kann man sagen: Das Großkapital herrschte vor der

Wahl Tancredos mit Hilfe der Militärs, und jetzt ohne. Und – falls notwendig – können die Generale auch wieder aus den Kasernen geholt werden.

So sind dann bei der Lösung der drückenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme keine Wunder zu erwarten. Die Mehrzahl der Mitglieder der neuen Regierung sind „Chicago boys“, Anhänger der Theorien Milton Friedmanns.⁸

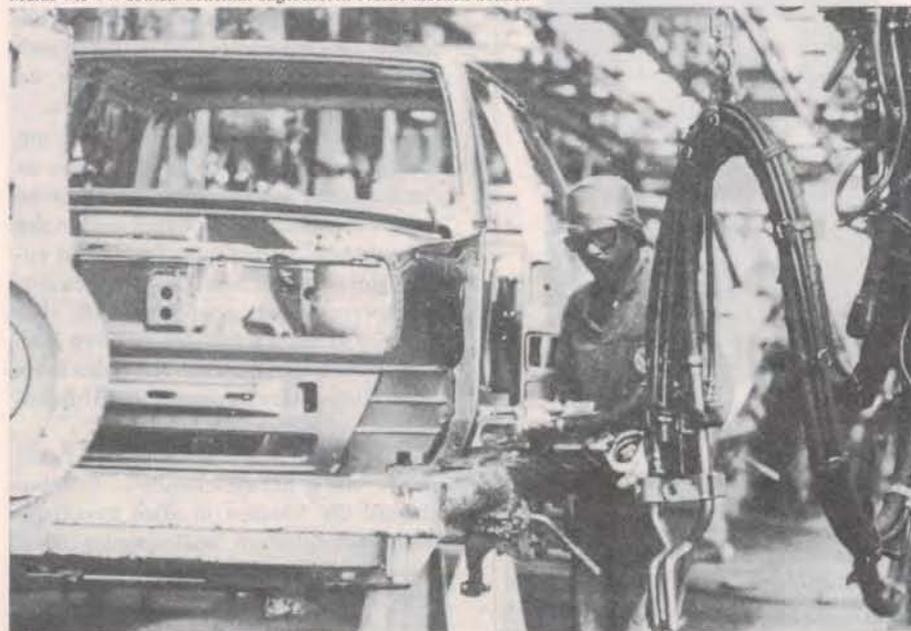
Auflagen des IMF

In Erfüllung der Auflagen des Internationalen Währungsfonds (IMF), verkündete die neue Regierung als erste Maßnahmen eine Kürzung der Staatsausgaben um 10% (zusätzlich zu den bereits beschlossenen 15%), einen rigorosen Einstellungstopp für alle staatlichen Stellen bis Ende 1985 und eine allgemeine Kreditsperre bei den Staatsbanken für 60 Tage.⁹

Außerdem beabsichtigt die Regierung Sarney, einen Teil der Staatsbetriebe zu verkaufen. Mit diesen Maßnahmen soll das staatliche Defizit von 84 Bio Cruzeiros verringert werden. Daß dieses Ziel erreicht werden kann, wird selbst von bürgerlichen brasilianischen Ökonomen bezweifelt. Sicher aber ist, daß diese Politik zu weiteren Firmenzusammenbrüchen und noch mehr Arbeitslosigkeit führen wird.¹⁰

Zumindest der IMF weiß die Wirtschaftspolitik der Regierung Sarney zu schätzen: Er ist bereit, über ein neues Kreditabkommen zu verhandeln. Das alte war im Januar 1985 ungültig geworden, nachdem die Regierung Figueiredo auch die 7. Absichtserklärung vom Dezember des Vorjahres nicht einhalten konnte.¹¹ Nicht zuletzt läßt sich die wiedererwachte Verhandlungsbereitschaft des IMF

Multis wie VW sollten weiterhin ungeschoren Profite machen können



AIB-Sonderhefte



1/1985: Vietnam



2/1985: Libanon



3/1985: Mittelamerikakrise

Preis der Sonderhefte: 2 DM (zzgl. 0,60 DM Porto); ab 10 Expl. 33% Rabatt; Bestellungen unter 10 DM gegen Vorauszahlung (z.B. in Briefmarken oder mit Abbuchungsvollmacht); bitte Bestellkarte in der Heftmitte benutzen!

auch darauf zurückführen, daß Zentralbank-Direktor Sérgio Silva de Freitas Anfang Mai d.J. seines Postens enthoben wurde: Er war Verfechter eines härteren Kurses gegenüber dem IMF.

Das neue Abkommen ist unabdingbare Voraussetzung für die Umschuldungsverhandlungen mit den ca. 700 privaten Gläubigerbanken, ohne die die Außenverschuldung trotz Exportüberschuß un-
aufhörlich weiter ansteigt (derzeit 105 Mrd Dollar).

Nicht nur für den IMF, auch für die transnationalen Konzerne hat die neue Regierung ein offenes Ohr.

Finanzminister Francisco Dornelles erklärte noch im März d.J.: „Wir erkennen die Bedeutung des Auslandskapitals für die brasilianische Wirtschaft an und sichern zu, daß sich die entsprechenden Bestimmungen nicht ändern werden.“¹² Dornelles war unter den Militärs übrigens Chef der Einkommensteuerbehörde.

Was die ausländischen Konzerne wirklich für eine Rolle spielen, dafür stehen die Automobilfirmen als Beispiel. Es ist sicher kein Zufall, daß diese Konzerne eine ständige Rubrik in den brasilianischen Medien haben. Die Automobilindustrie war Hauptschauplatz der Metallarbeiterstreiks vom April und Mai 1985.

Offenes Ohr für die Multis

Ebenfalls im April kam der Präsident der VW do Brasil, Wolfgang Sauer, ins Gerde: Die BRASILINVEST-Bank, deren Aufsichtsratsmitglied Sauer ist, wurde wegen betrügerischer Aktivitäten und Überweisung riesiger Geldsummen an Scheinfirmen von der brasilianischen Regierung geschlossen. Sauer's Rechtsanwalt soll nun eine drohende Verhaftung des VW-Präsidenten durch den Nachweis verhindern, daß Sauer trotz Erfüllung der weitreichenden Kontrollpflicht „nichts wußte und nichts wissen konnte“.¹³ Auch Mercedes Benz do Brasil ist in diesen Skandal verwickelt. Trotzdem handelt es sich hier noch um relativ kleine Fische. Viel schlimmer ist der Schaden, den Brasiliens ausländische Automobillobby im Kongreß und in der öffentlichen Verwaltung dem Land zufügt. Mercedes Benz liefert 59% aller mittelschweren Lastwagen und 84% aller Busse. Zusammen mit den anderen Bus- und LKW-Herstellern hat Mercedes Benz einen Ausbau des Schienen- und U-Bahn-Netzes verhindert.

Zur Zeit gibt es lediglich in São Paulo eine – völlig unzureichende – U-Bahn, obwohl die Straßen in allen brasilianischen Großstädten hoffnungslos überlastet sind. Bei Umsteigern sind Fahrt- und Wartezeiten von 6-7 Stunden pro Tag keine Ausnahme. Trotz der Riesen-

entfernungen sind Busse in der Regel die einzig verfügbare Transportmöglichkeit auch im Überlandverkehr, wenn man keinen Flugschein bezahlen kann. Beim Güterverkehr sieht es ähnlich aus. Selbst Erze werden hauptsächlich auf der Straße transportiert, so z.B. das Zinnerz 3.500 km von Rondônia zur Verhüttung nach São Paulo.

VW do Brasil wiederum ist hauptverantwortlich für das Proálcool-Programm, bei dem teures Import-Benzin durch einheimischen Alkohol aus Zuckerrohr ersetzt wird.

Im Rahmen dieses Programms erhielt der Zuckerrohranbau wie nie zuvor Förderung durch günstige Kredite. Im letzten Jahr wurden 56% aller Landwirtschaftskredite für Zuckerrohr und die drei Hauptexportprodukte Soja, Kaffee und Baumwolle ausgegeben. Für die Grundnahrungsmittel Bohnen und Maniok standen lediglich 3% zur Verfügung.

Die fünf Staaten des brasilianischen Nordostens produzieren heute 45 Mio t Zuckerrohr und nur noch 1 Mio t Maniok. Obwohl Maniok dort Hauptnahrungsmittel ist, reicht die produzierte Menge bei weitem nicht zur Versorgung der Bevölkerung aus. So sind die Automobilkonzerne – und gerade auch VW do Brasil – mitschuldig an der Ernährungskrise im Nordosten und an der Enteignung der Kleinbauern durch die Zuckerrohrbarone.

Die brasilianisch-ausländische Großindustrie, die von den billigen Löhnen im Land profitiert, produziert noch nicht einmal hauptsächlich für die Versorgung Brasiliens. Sie kann ohne Exporte gar nicht existieren, da ihre Produkte für den größten Teil der Bevölkerung zu teuer sind. Die Brasilianer müßten das 15-20fache des heutigen Pro-Kopf-Einkommens haben, um alle Erzeugnisse dieser in ihrem Land ansässigen Großindustrie aufkaufen zu können.¹⁴

Anmerkungen:

- 1) Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 4.5.1985
- 2) Siehe: International Herald Tribune (IHT), Paris/Zürich, 10.5.1985
- 3) Vgl. FAZ, 10.5.1985 und Cadernos do Terceiro Mundo, Lissabon, Nr. 4/1985
- 4) Angaben nach: Bundesstelle für Außenhandelsinformation (BfAI), Nachrichten für Außenhandel, 18.3.1985
- 5) Angaben nach: Die Zeit, 3.5.1985
- 6) Vgl. ISTO E, São Paulo, 20.3.1985 und Le Monde Diplomatique (LMD), Paris, April 1985
- 7) Angaben nach: IHT, 2.5.1985
- 8) Vgl. LMD, a.a.O.
- 9) Vgl. Estado do São Paulo, São Paulo, 19.3.1985
- 10) Vgl. Cadernos do Terceiro Mundo, a.a.O.
- 11) Siehe: Newsweek, New York, 27.5.1985 und IHT, 10.5.1985
- 12) BfAI, Mitteilungen für Außenhandel, 29.3.1985
- 13) FAZ, 13.4.1985
- 14) Siehe: LMD, a.a.O.; Cadernos do Terceiro Mundo, a.a.O.; Die Zeit, 5.4.1985

Klaus D. Fischer Wem nutzt der Bruderkrieg?



Amal-Milizionäre beim Beschuß des Beiruter Flüchtlingslagers Sabra

Seit dem 19. Mai d.J. beschießen sich am Rande Beiruts zwei Bewegungen mit Waffen jeglichen Kalibers, die noch vor kurzem Seite an Seite gegen die israelischen Invasions- und Besatzungstruppen kämpften. Ohne Rücksicht und Schonung für die Zivilbevölkerung – Hauptleidtragende dieses Bruderkrieges. Hunderte Tote, Tausende Verletzte, zusammengeschossene Wohngebiete.

Auf der einen Seite die Amal-Bewegung und die ihr eng verbundene 6. Brigade der in „Fraktionen“ zerfallenen libanesischen Armee, auf der anderen Seite zunächst Einheiten der Fatah und später aller anderen palästinensischen Kampforganisationen.

Mittlerweile kam es auch zu bewaffneten Auseinandersetzungen im nordlibanesischen Tripoli, zu einer gespannten Atmosphäre im Süden um die Stadt Saida und die dortigen Lager. Es häufen sich Entführungen sowohl von Personen (meist US-Bürger) wie auch von Verkehrsflugzeugen (zuletzt einer Maschine der US-Gesellschaft TWA).

Zwei „Visionen“ eines...

Eingetreten scheint, was die herrschenden Kreise Israels und ihre Nachbeter für die Zeit nach dem Rückzug der israelischen Armee immer schon prophezeiten: Mord und Totschlag, Religionskrieg, Chaos, Zerfall des Libanon.

Da wird gern schnell vergessen und ver-

drängt, was ohnehin nie die Schlagzeilen beherrschte und noch heute passiert: Massenerschießungen, Häusersprengungen, Massenverhaftungen und -deportationen durch die israelische Soldateska und ihre Kolaborateure im Süden des Landes.

Prophezeiung oder Planung?



Libanesischen Soldaten beim Abtransport von Kindern aus dem eroberten Sabra

Schon 1954 hatten Ben Gurion und Moshe Dayan (nach persönlichen Tagebuchaufzeichnungen des damaligen israelischen Premiers Sharett) die „Vision“ eines „christlich“ beherrschten Libanon (Ben Gurion: „mit Dollarbeträgen darf nicht gespart werden“). Über viele Jahre hinweg wurde dann die faschistische Falangepartei mit Geld, Waffen und Training aufgepäppelt.

4 Monate vor dem israelischen Überfall auf den Libanon (Juni 1982; d. Red.) hatte die Zionistische Weltorganisation eine zweite „Vision“: „Der vollständige Zerfall des Libanon in fünf Provinzen ist der Präzedenzfall für die gesamte arabische Welt...“¹

Mit der Inthronisation erst von Falangeführer Beshir Gemayel, dann seines Bruders Amin im Gefolge der Libanon-Invasion schien „Vision I“ in Erfüllung zu gehen.

Das libanesisch-israelisch-amerikanische Abkommen vom Mai 1983 machte den Libanon praktisch zum Protektorat Israels und der USA. Diese hatten mittlerweile – assistiert von NATO-Partnern – militärisch Fuß im Lande gefaßt als Multinationale Streitmacht (MNF).

Als am Jahreswechsel 1983/84 die MNF aufgrund schwerer Verluste, die ihr der libanesischen Widerstand beigebracht hatte, zerfiel und das Land verlassen mußte (wie es später den israelischen Besatzern auch erging), hatte plötzlich auch Reagans Nahost-Sonderbotschafter Rumsfeld eine „Vision“: „Vision II“. Sein Plan sah „außer einer zentralen Regierung in Beirut die Errichtung von acht Kantonen vor“.²

Politische und religiöse Ansatzpunkte bot die libanesischen Gesellschaft reichlich. Und an Mitteln mangelte es auch nicht. Immer schon war Beirut in vielfacher Hinsicht Anlageplatz „vagabundierender“ Petrodollars verschiedener Staaten, Erdölgesellschaften und Geheimdienste gewesen.

...fremdbeherrschten Libanon

Vor 2 Monaten erst enthüllte die Washington Post, der CIA habe „ein geheimes Ausbildungsprogramm für Gegenterror im Libanon gesteuert“.³ Als Beispiel für diese (Ausbildungs-)Aktivitäten wurde die Explosion einer Autobombe vor einer Beiruter Moschee am 8.5.1985 aufgeführt, die einem schiitischen Würdenträger galt und 80 Menschen tötete. „Nach diesem Anschlag sei“, so die Frankfurter Rundschau, „das von Präsident Reagan voriges Jahr gebilligte Ausbildungsprogramm abgebrochen worden“⁴ – also etwa 10 Tage vor dem bisher ungeklärten Anlaß der andauernden Kämpfe...

Mit diesem Hinweis sollen keineswegs

reale Widersprüche und Interessenkollisionen zwischen den bewaffneten Einheiten der Palästinenser und dem libanesischen Widerstand gezeugt werden. Doch darf dabei nicht übersehen werden, daß es sehr einflußreiche Mächte gibt, die an einer Verhandlungslösung dieser Probleme kein Interesse haben, weil sie zu ihren Lasten ginge.

Am Schicksal von „Vision I“ war deutlich geworden, daß die „Visionäre“ den Freiheitswillen des libanesischen Volkes und seiner verschiedenen politischen und religiösen Gemeinschaften unterschätzt hatten.

Anschlag auf nationale Einigung

Mit Rückendeckung Syriens, das durch den Beistandsvertrag mit der UdSSR seit Oktober 1980 nur um den Preis größter Risiken direkt anzugreifen ist, bereiteten die libanesischen Patrioten Israel die erste militärische Niederlage überhaupt und den USA die erste seit dem Regierungsantritt Reagans.

Bliebe noch „Vision II“.

Natürlich war auch diese den libanesischen Linkskräften nicht verborgen geblieben. Ihre Antwort: ein zäher, geduldiger Kampf um die Einheit aller patriotischen Kräfte einschließlich wichtiger Teile der nationalen Bourgeoisie.

Erfolgreich wie sich zeigte: Bildung einer „Regierung der nationalen Errettung“; Konsolidierung der Einheit der Linkskräfte durch die Gründung der Nationalen Demokratischen Front des Libanon (FND, gegründet im Oktober 1984; Wortlaut ihrer Plattform siehe in: AIB-Sonderheft 2/1985, S. VI-VII; d. Red.), die Entwicklung des Befreiungskampfes

durch ihren bewaffneten Arm, die Nationale Widerstandsfront (FRNL), mit der Kommunistischen Partei und der Sozialistischen Fortschrittspartei jeweils als treibenden Kräften.⁵

Vor 2 Monaten schließlich kam es zur Bildung der „Vereinigten Streitkräfte ... nach dem nationalen Treffen im Haus von Berri...“, bestehend aus der Bewegung 'Amal' und den Parteien der Nationalen Demokratischen Front.⁶ Eine Entwicklung, die ganz folgerichtig erschien, nachdem sich die Amal dem bewaffneten Widerstand gegen die Besatzungstruppen Israels angeschlossen hatte, wobei sie immer stärker mit der FRNL kooperiert und sich auch wesentliche Ziele der FND zu eigen gemacht hatte, wie u.a. die Abschaffung des „politischen Konfessionalismus“ und die Schaffung einer laizistischen Staatsordnung.

Diese Entwicklung hatte die Amal, die sich auf die ärmsten Bevölkerungskreise des Libanon, den schiitischen Bevölkerungsteil, stützt, in scharfen Gegensatz zu den religiösen Eiferern und Khomeini-Anhängern der Hezbollah gebracht, ihren Einfluß aber eher noch gestärkt.

Dies war ein Voranschreiten des nationalen Einigungsprozesses, der auch „Vision II“ zur haltlosen Träumerei verkommen zu lassen schien. Doch nur 4 Wochen nach dem „nationalen Treffen im Hause Berris“ ereignete sich der Ausbruch der noch andauernden Kämpfe mit der Amal als einer der Hauptbeteiligten.

Zufall? Zufall auch, daß in den fraglichen Tagen „entscheidende Schritte zur Regelung der Konflikte im Lande erwartet“ wurden, „daß der 'Nationalpakt' aus dem Jahre 1943 aufgegeben werden soll(t)e“?

Zufall auch das zeitliche Zusammentreffen der Kämpfe mit fieberhaften diplomatischen Nahost-Aktivitäten, deren Dreh- und Angelpunkt Washington ist? 10 Tage nach Ausbruch der Beiruter Kämpfe und scheinbar völlig unabhängig davon trifft Jordaniens König Hussein in Washington ein. Nach König Fahd von Saudi Arabien (am 11.2.1985, dem Tag des Abkommens von Amman) und Ägyptens Präsident Mubarak (Ende Februar 1985) war er „der dritte arabische Politiker von Rang seit Beginn dieses Jahres bei Reagan“. Beide stimmen darin überein, „daß die Voraussetzungen für eine Friedenssuche gegeben seien“.⁸ 10 weitere Tage danach beginnen sich die Ereignisse fast zu überschlagen:

Am 9. Juni treffen in London zu getrennten (?) Gesprächen mit Margaret Thatcher ein: Israels Außenminister Schamir, König Hussein und US-Außenminister Shultz.

Am 10. Juni verkündet Israel den „Rückzug“ der letzten Kampftruppen aus dem Libanon;

beantragt Marokkos König Hassan die Einberufung einer Sonder-Gipfelkonferenz der Arabischen Liga zur Palästinafrage;

begrüßt König Fahd diesen Vorstoß ausdrücklich.

Gleichklang mit Nahost-Initiativen

2 Tage später, am 12. Juni d.J., „billigt“ die Knesset einen „Friedensplan“ von Ministerpräsident Peres, der auffällige Ähnlichkeiten mit Mubarak's Initiative vom Februar d.J. und eine ganze Reihe von Übereinstimmungen mit Husseins in Washington geäußerten Vorstellungen enthält;

„billigt“ der US-Kongreß „eine Soforthilfe für Israel in Höhe von 1,5 Milliarden Dollar“.⁹

Weitere 2 Tage später, am 14. Juni d.J., beantragt Präsident Reagan beim Kongreß „eine zusätzliche Wirtschaftshilfe für Jordanien in Höhe von 250 Millionen Dollar“ zu den ohnehin in diesem Jahr schon gezahlten „111,8 Millionen Dollar Wirtschafts- und Militärhilfe. In einer Erklärung des Außenministeriums heißt es, Reagan wolle mit einer Aufstockung der Wirtschaftshilfe die jüngste Friedensinitiative König Husseins unterstützen“.¹⁰

All dies geschieht fast unbemerkt hinter dem Rauch- und Nebelvorhang der Granaten des Beiruter Bruderkrieges. Analysen und Stellungnahmen der Betroffenen gelten den bewaffneten Kämpfen. „Fast unbemerkt“, denn schon am 28.2.1985 hatte der Generalsekretär der KP Israels, Meir Vilner, analysiert, die Mubarak-Initiative sei eine „liquidatorische Initiative“.



Offizieller Rückzug Israels aus dem Südlibanon

Sie sei ein „Komplott gegen einen gerechten, umfassenden und stabilen Frieden. Eine Initiative, die von 'Frieden' spricht ohne einen palästinensischen Staat, ohne die PLO, ohne den israelischen Rückzug von allen Territorien, die es 1967 besetzte, ohne die Sowjetunion und ohne eine internationale Friedenskonferenz — das ist keine Friedensinitiative. Das ist ein Plan, der auf die Liquidierung des palästinensischen Problems zielt, auf die Errichtung der amerikanischen Hegemonie über den Nahen und Mittleren Osten und auf die Vorbereitung eines Krieges gegen Syrien.“¹¹

Und in ihrem Appell vom 24.5.1985 riefen die Kommunistischen und Arbeiterparteien der Länder des arabischen Osten „alle patriotischen und progressiven Kreise der arabischen Länder“ dazu auf, „alles nur mögliche zu tun, um das Blutvergießen in Beirut zu beenden und die Anstrengungen auf den Kampf gegen den amerikanischen Imperialismus, Israel und die kapitulantenhaften Kräfte der Region zu konzentrieren und die Realisierung einer Verschwörung auf der Grundlage von Camp David, des Reagan-Plans und der Übereinkunft von Amman zu vereiteln“.¹²

Der „Nebel“ beginnt sich zu lichten, der Ernst der Lage für die arabischen Völker, für den Weltfrieden wird immer sichtbarer. Aus Anlaß der Entführung der TWA-Maschine ist am 15. Juni d.J. die US-Flotte im Mittelmeer in „erhöhte Alarmbereitschaft“ versetzt worden und eine „US-Antiterrorereinheit sei in Marsch gesetzt“.¹³

Das könnte auch die Schnelle Eingreiftruppe der USA sein. Die „Pax Americana“ für den Nahen Osten gehört zu den unverzichtbaren Voraussetzungen für Reagans weiterreichende Pläne.

Die kämpfenden Parteien in Beirut sollten schnell erkennen, daß sie mißbraucht werden für ein Manöver des Pentagon und seiner reaktionären Parteigänger in der Region, und das Blutvergießen unverzüglich einstellen.

Anmerkungen:

- 1) Kivunim, Jerusalem, Nr. 14, Februar 1982
- 2) Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 2. und 3.1.1984
- 3) Frankfurter Rundschau (FR), 14.5.1985; International Herald Tribune (IHT), Paris/Zürich, 13.5.1985
- 4) FR, a.a.O.
- 5) Ausführliches zum nationalen Widerstand, FND, FRNL u.a. siehe in: AIB-Sonderheft 2/1985, S. IV ff.
- 6) An-Nida. Organ der PCL, Beirut, 20.4.1985
- 7) FAZ, 17.5.1985
- 8) Ebenda, 31.5.1985
- 9) FAZ, 13.6.1985
- 10) FR, 15.6.1985
- 11) Zo Haderech. Tel Aviv, 20.3.1985
- 12) Prawda, 25.5.1985
- 13) ARD-Tagesschau und Hessischer Rundfunk, 15.6.1985



Hussein-Visite bei Ronald Reagan Ende Mai d. J.

Wolfram Bröner

Die „jordanische Option“ im Werden?

Vom Reaganplan zu Hussein, Peres

Nie zuvor gab es in dem seit 1948 schwellenden Nahostkonflikt eine derartige Anhäufung von Verhandlungsinitiativen wie im ersten Halbjahr 1985.

Den Auftakt machten Jordaniens König Hussein und Yassir Arafat, Vorsitzender der Palästinensischen Befreiungsfront (PLO), als sie am 11. Februar 1985 in Amman ein 5-Punkte-Abkommen über „eine gemeinsame Aktion in Richtung einer friedlichen Lösung der Palästinafrage“ vereinbarten. Im Februar/März d.J. ergriff Ägyptens Präsident Mubarak die Initiative, um die Reagan-Administration für direkte Friedensverhandlungen zwischen Israel und einer vereinten jordanisch-palästinensischen Delegation zu gewinnen.

Am 29. Mai d.J. trug König Hussein beim Staatsbesuch in Washington einen Vorschlag für einen vierstufigen Verhandlungsprozeß vor, der in direkte arabisch-israelische Friedensgespräche einmünden sollte. Und am 10. Juni d.J. antwortete Israels Premierminister Peres mit einer weiteren Nahost-Friedensinitiative, einem 5-Punkte-Plan, der die Aufnahme von israelisch-arabischen Direktverhandlungen unter US-Regie innerhalb von 3 Monaten vorsieht.

US-Außenminister Shultz, Generalvermittler zwischen den Initiativparteien, hatte Shimon Peres zuvor signalisiert, Hussein habe ihm bei seiner Visite in Amman seine Bereitschaft bekundet, „noch vor Ende des Jahres“ mit Israel „direkte Verhandlungen aufzunehmen“.

Der Sozialdemokrat Peres hat es, da er im Jahr 1986 von seinem konservativen Koalitionspartner Itzhak Schamir (Likud-Block) als Premier abgelöst wird, noch eiliger. Und aus ihm nahestehenden Regierungskreisen verlautete: „Alle Optionen sind offen.“¹

„Alle Optionen offen“?

Es ist indessen höchst unangebracht, die erwähnten Verhandlungsinitiativen als grundverschiedene Entscheidungswege, sprich Optionen, auszudeuten. Denn sie laufen allesamt, ungeachtet widerstreitender Akzentsetzungen, auf ein- und dieselbe Option, die sog. jordanische Option, hinaus. Was ist darunter zu verstehen? Was sind die Kernelemente des Projekts?

Genaugenommen geht die jordanische Option auf drei Initiativen zurück, nämlich auf König Husseins Plan für ein „Vereinigtes Arabisches Königreich“ vom März 1972, auf den israelischen Allon-Plan des Jahres 1976 und den Reaganplan vom September 1982.

Hussein brachte seinen Reichsplan in einer Situation vor, da er mit dem sog. „September-Massaker“ (September 1970 bis Juli 1971) die bis dahin in Jordanien konzentrierte PLO-Guerilla zerschlagen hatte. Während diese geschwächt daranging, sich auf libanesischem Boden zu reorganisieren, suchte König Hussein die Gunst der Stunde zu

nutzen, um die seit 1967 von Israel okkupierten palästinensischen Gebiete, die Westbank bzw. das Westjordangebiet, Ostjerusalem und den Gaza-Streifen, für sich zu beanspruchen.

In dem Föderationsplan war die Rede von zwei Regionen des „Vereinigten Arabischen Königreichs“ (UAK), der Region Jordanien (Ostufer) und der Palästina (inklusive Jerusalem). Letztere wurde beschrieben als „Region Palästina, bestehend aus der Westbank und jedem anderen palästinensischen Territorium, das befreit wird und dessen Bevölkerung für den Anschluß an das Königreich votiert“.

Als Staatsoberhaupt mit zentraler Exekutiv- und Legislativgewalt und als „Oberbefehlshaber einer einzigen Armee“ sollte der jordanische König fungieren. Den Palästinensern wurden die Hälfte der Sitze in einer UAK-Nationalversammlung und begrenzte Selbstverwaltungsrechte (Generalgouverneur, Volksrat) eingeräumt.²

Camp David bleibt der Rahmen

Husseins Föderationsprojekt stieß bei den USA und Israel damals auf taube Ohren. Im Ergebnis des 4. Nahostkriegs vom Oktober 1973, der erstmals eine Kräfteverschiebung zugunsten der wichtigsten arabischen Frontparteien (Ägypten, Syrien) brachte, kam es jedoch zu einer international durchschlagenden Aufwertung der PLO und ihres Anliegens.

Die Arabische Liga und die Vereinten Nationen anerkannten 1974/75 erstmals den Alleinvertretungsanspruch der PLO für das palästinensische Volk. Festgeschrieben wurde das Erfordernis, die PLO als eine der „Hauptparteien“ des Nahostkonflikts fortan an allen Friedensverhandlungen „gleichberechtigt“ zu beteiligen und die nationalen Rechte des palästinensischen Volkes (Selbstbestimmung, Unabhängigkeit, Rückkehr) wiederherzustellen (UN-Resolutionen Nr. 3236/22.11.1974 und Nr. 3375/10.11.1975³).

Noch einen Schritt weiter ging man im Januar 1976, als mit der UN-Sicherheits-Resolution Nr. 1194⁴ die Forderung nach einem „unabhängigen Staat in Palästina“ erstmals als Kernstück der nationalen Selbstbestimmung der Palästinenser anerkannt werden sollte. Die USA blockierten das seinerzeitige 9:1-Für-Votum des Sicherheitsrats durch ihr Veto.

Doch seither sind die Aktivitäten von Washington und Tel Aviv vorrangig darauf ausgerichtet, das Projekt eines Palästinenserstaates und eine direkte Nahost-Verhandlungsbeteiligung der PLO, wie

auch der diese Linie verfechtenden Sowjetunion, zu unterlaufen. Das Wieder-auffrischen von Husseins jordanischer Option bot angesichts der neuen Ausgangslage den Vorteil, daß man sie als eine Art Alternativmodell verkaufen konnte.

Dies tat die sozialdemokratisch geführte Regierung Rabin (1974-76) mit dem sog. Allon-Plan, dem bis heute weitestgehenden offiziellen Zugeständnis Israels gegenüber den Palästinensern. Der damalige Außenminister Yigal Allon entwarf einen „territorialen Kompromiß“, demzufolge die für Israels „Sicherheit“ entbehrlichsten Teile der Westbank (auf keinen Fall aber Ostjerusalem!) und Gazas unter jordanische Souveränität zurückgegeben werden könnten. In einem solchen jordanisch-palästinensischen Staat sei dann auch eine „palästinensische Autonomie“ denkbar.⁵

In den israelisch-ägyptischen Separatfriedensvereinbarungen vom September 1978 in Camp David, die US-Präsident Carter arrangierte, war lediglich eine „Selbstverwaltung“ für die Bewohner der Westbank und Gazas anvisiert worden. Über den endgültigen Status dieser besetzten Gebiete sollten Verhandlungen mit Jordanien und „gewählten Vertretern“ der palästinensischen Territorien innerhalb von 5 Jahren befinden.

Einer Verwirklichung dieses Carter'schen Projekts einer sog. „palästinensischen Heimstätte“ standen jedoch von vornherein unüberwindliche Hindernisse im Wege, voran die Unnachgiebigkeit der Likud-Regierung (forcierte Siedlungsexpansion, Nein zu jedem territorialen Zugeständnis in der Westbank und Gaza), die Boykottierung Ägyptens durch die Arabische Liga (Ausschluß

und Boykottmaßnahmen wurden nach dem Washingtoner Separatfrieden Ägypten-Israel vom März 1979 wirksam) und eine relative Stärkeposition der PLO. Von daher mußte es Jordanien als zu gewagt und kaum lohnenswert erscheinen, sich in dem Camp-David-Prozeß einzuklinken. Dieser kam 1982 mit Ägyptens Rückerlangung des Sinai (ausgenommen das Grenzgebiet Taba) und Israels Libanoninvasion faktisch zum Erliegen.

„Neubeginn“ Reaganplan

Die seit Januar 1981 amtierende Regierung Reagan suchte das Camp-David-Rahmenwerk erst einmal vordringlich für die Erweiterung der direkten US-Militärpräsenz in der gesamten Ölregion des Nahen und Mittleren Ostens – mit Blickrichtung Persischer Golf – auszuschlachten. Anders als die Regierung Carter duldete die Reagan-Administration Israels Siedlungsexpansion in der Westbank und Gaza, die der US-Präsident für „nicht illegal“ befand. Die Autonomiegespräche ließ man ruhen.

Die Regierung Begin untermauerte prompt ihren Souveränitätsanspruch auf die Westbank und Gaza durch die Errichtung einer „Zivilverwaltung“ im November 1981 und den Aufbau kollaborationswilliger „Dorffligen“. Der vorausgegangenen formalen Annexion des arabischen Teils Jerusalems ließ Israel im Dezember 1981 die der syrischen Golanhöhen und im Juni 1982 die von Washington gedeckte Libanoninvasion folgen.⁶ Ägypten kam nicht umhin, den Camp-David-Prozeß „zu 90% einzufrieren“ (Premier Kamal Hassan Ali).⁷



Camp David 1978: Vertragsunterzeichner (v. l. n. r.) Sadat, Carter, Begin

Just als die PLO durch die israelische Libanoninvasion ihre militärische Bastion (Südlibanon, Westbeirut) eingebüßt hatte, ihr politisch-diplomatisches Prestige aber dessen ungeachtet am Zenit angelangt war, rief der US-Präsident am 1.9.1982 mit dem Reaganplan die Gleichgesinnten zu „einem Neugebinn“ bei „der Suche nach dem Frieden im Nahen Osten“.

Ronald Reagan griff darin die „jordani-sche Option“ in abgewandelter Form wieder auf, ohne den engen Verhandlungsrahmen von Camp David verlassen zu wollen:

„Das Camp-David-Abkommen bleibt die Grundlage unserer Politik... Beim Blick



Amman 1985: Abkommenspartner Arafat (l.), Hussein

über die (in Camp David vereinbarte; d. Verf.) Übergangsperiode hinaus in die Zukunft des Westjordanlandes und des Gazastreifens scheint mir klar, daß es einen Frieden nicht durch die Bildung eines unabhängigen palästinensischen Staates auf diesen Territorien geben kann...

Der letztendliche Status dieser Gebiete muß natürlich durch das Geben und Nehmen bei Verhandlungen erreicht werden. Es ist jedoch die feste Überzeugung der Vereinigten Staaten, daß Selbstverwaltung der Palästinenser im Westjordanland und im Gazastreifen in Assoziation mit Jordanien die beste Möglichkeit ... bildet.“

Dabei schloß er (Ost-)Jerusalem ausdrücklich nicht ein, wollte er Verhandlungen mit Jordanien und „Palästinensern“ aufgebaut wissen auf dem Prinzip „Austausch von Territorium gegen Frie-

den“ und auf der UN-Resolution 242/1967, welche die Palästinafrage als bloße Sache von Flüchtlingen und Grenzregelungen handhabte.⁸

Indem Reagan den Gedanken einer palästinensischen „Assoziation“ mit Jordanien einführte, suchte er nicht zuletzt König Husseins Profilierung zum Sprecher der palästinensischen Sache zu fördern.

Zunächst hielt dem der Arabische Gipfel von Fes am 9. September 1982 einen – von der PLO wie den Frontstaaten Syrien und Jordanien mitgetragenen – Friedensplan entgegen, der als Kontrapunkte setzte: unabhängiger Palästinenserstaat in allen 1967 besetzten Gebieten, inklusive Jerusalem; palästinensisches Vertretungsrecht ausschließlich seitens der PLO; als Garantiemacht sollte der UN-Sicherheitsrat und nicht wie im Verhandlungskreis à la Camp David die USA zuständig sein.⁹

Wendemarke Amman-Abkommen

Das zwischenzeitliche Abbröckeln dieser arabischen Grundposition wäre kaum möglich gewesen ohne das Zerwürfnis der wichtigsten antiimperialistischen Nahostkonfliktparteien Syrien und PLO 1983/84, ohne die innere Zerrissenheit der palästinensischen Widerstandsbewegung, die mit der Annäherung der PLO-Führung an Jordanien und Ägypten (ohne dessen Distanzierung von Camp David) noch vertieft wurde.¹⁰

Dies wiederum erleichterte es König Hussein, die Zusammenarbeit mit dem boykottierten Ägypten zügig voranzutreiben, vom ersten Handelsprotokoll im Dezember 1983 über die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen im September 1984 bis hin zu gemeinsamen jordanisch-ägyptischen Militärmanövern im Mai 1985.¹¹

Der Annäherungsprozeß bot Hussein ferner Gelegenheit, das projordanische palästinensische Establishment in der Westbank und Gaza zu reaktivieren, dort seinen eigenen Vertretungsanspruch auszubauen (siehe I. Lübben-Pistofidis).

Die zwischen Hussein, Ägyptens Präsident Mubarak und dem PLO-Vorsitzenden Arafat abgestimmten Nahost-Initiativen vom Februar bis Mai 1985 fußten nicht zuletzt auf der Annahme, daß mit dem Antritt der Koalitionsregierung Peres/Schamir (September 1984) die israelische Bereitschaft für eine jordani-sche Option zunehmen würde. Dies zumal sich unter Israels herrschenden Kreisen wegen dem Besatzungsdesaster im Südlibanon Ernüchterung breitmachte. Im Hussein-Arafat-Abkommen von Amman (Wortlaut in AIB 4/1985, S.14) fanden sich denn in Punkt 1 die Prinzipien des Austauschs „Land gegen Frieden“



Alliierte Mubarak (l.) und Hussein bei dessen Kairo-Besuch Ende 1984

und der UN-Sicherheitsrats-Resolutionen, d.h. der umstrittenen Nr. 242, wieder. Es sind die Prinzipien des Reaganplans.

Im Amman-Abkommen wird weiter die Ausübung des palästinensischen Selbstbestimmungsrechts der Schaffung einer jordanisch-palästinensischen Staatenkonföderation nachgeordnet, auf die Kernforderung eines unabhängigen Palästinenserstaates verzichtet.

Die Teilnahme der PLO an Friedensverhandlungen soll sich im Rahmen einer gemeinsamen arabischen bzw. jordanisch-palästinensischen Delegation abspielen, was Verzicht auf eine eigenständige PLO-Repräsentanz bedeutet. Die diesbezüglich genannte internationale Konferenz (fünf ständige UN-Sicherheitsrats-Mitglieder) ist nicht etwa als die eigentliche Verhandlungsstätte, sondern nur als Schirm zur Absegnung arabischer Direktverhandlungen mit Israel vorgesehen.

Mubaraks Ergänzung

Ägyptens Präsident Mubarak erhärtete diese Sicht, als er – genauso wie zuvor der saudische König Fahd – vor und während seines Staatsbesuchs vom März d.J. in Washington die Regierung Reagan zu einer „aktiveren Rolle“ drängte:

Reagan möge zuerst eine jordanisch-palästinensische Delegation zu zweiseitigen Gesprächen einladen, danach Israel und Ägypten empfangen, um unter eigener Federführung eine Friedensformel zu erarbeiten. Diese könne hernach von einer internationalen Konferenz bestätigt werden. Die für Israel und die USA anstößige PLO-Repräsentanz könne man durch die Delegierung von „gemäßigten“ Palästinensern der Westbank/Gazas, „die pro PLO sind, ihr aber nicht angehören“, umgehen.

Mubaraks Initiative wurde von seiner Regierung als Ergänzungsakt zum von ihr gutgeheißenen Abkommen von Amman bezeichnet, um den Separatverhandlungsprozeß in Bewegung zu bringen.¹²

US-Außenminister George Shultz begrüßte beide Initiativen als „ermutigende Ereignisse“, pochte allerdings auf den Reaganplan als weiterhin geeignetsten Rahmen für Nahost-Gespräche.

Israels Premierminister Shimon Peres verband die Würdigung von Mubaraks

Vorstoß damit, daß er Auftaktgespräche zwischen den USA und einer jordanisch-palästinensischen Delegation wegen der Ausklammerung Israels kritisierte und jede Einbeziehung von PLO-Mitgliedern innerhalb einer arabischen Delegation ablehnte.¹³

Shultz und sein Sonderbotschafter Murphy drängten bei Nahost-Visiten im April/Mai d.J. gleichfalls auf arabische Abstriche in der Frage der PLO-Repräsentanz und diskutierte mit Hussein eine Liste hierfür allerseits akzeptabler „gemäßiger“ Palästinenser (Freji, Shawa, Masri, Khalidi u.a.). Sie wandten sich weiter gegen die im Amman-Abkommen erwähnte Forderung nach palästinensischer Selbstbestimmung, weil dies Eigenstaatlichkeit bedeute. Außerdem lehnten sie strikt jede Art internationaler Konferenz ab, welche die Beteiligung der Sowjetunion einschloße.¹⁴

Peres' Antwort auf...

Diese Vorbehalte suchte Jordaniens König Hussein mit einer neuen Initiative zu entkräften, die er bei seinem Washington-Besuch Ende Mai d.J. vorlegte.

Sein Vorschlag sah einen vierstufigen Gesprächsprozeß vor, der durch eine Runde zwischen den USA und einer jordanisch-palästinensischen Delegation ohne PLO-Repräsentanten zu eröffnen wäre. Hier habe diese u.a. eine einseitige Anerken-

ständnisse: Als Verhandlungsbasis seien er und Arafat bereit, die strittigen Resolutionen 242 und 338 (Oktober 1973) des UN-Sicherheitsrates explizit zu bejahen. Ferner könne man eine internationale Konferenz abhalten, die als bloßer „Schirm“ für arabisch-israelische Direktverhandlungen vorgeschaltet sei.¹⁵

Außenminister Shultz' Beharren auf seiner Ablehnung jeder sowjetischen Nahostkonferenz-Beteiligung teilte auch Shimon Peres in einem 5-Punkte-Friedensplan vom 10. Juni d.J. Als Antwort auf Hussein angelegt, unterscheidet er sich von diesem zuallererst darin, daß statt einer anfänglichen Warteposition für Israel, von Stufe 1 an eine aktive Gesprächsbeteiligung zugestanden werden müsse.

In der vierten Phase könne man „authentische palästinensische Repräsentanten“, die keine PLO-Mitglieder seien, einbeziehen. Auf Stufe 5 wäre dann eine Eröffnungskonferenz innerhalb von spätestens 3 Monaten an der Reihe.

Husseins Idee, dabei die UN-Sicherheitsratsmitglieder und die PLO zuzulassen, verwarf Peres. Er rief Hussein zu noch mehr Zugeständnissen auf. Und er verwies darauf, daß seine Regierung gewillt sei, anknüpfend an den Allon- und Reaganplan, über die in Camp David fixierte „palästinensische Autonomie“ hinauszugehen.¹⁶

Der sozialdemokratische Verteidigungsminister Rabin beschrieb Israels jordanische

sche Option letztlich so: „Es gibt keine andere Lösung als die mit Jordanien verbundene..., die es Israel erlauben wird, eine Sicherheitsgrenze entlang dem Jordan zu festigen, und die die Rückgabe von Teilen der Westbank und Gazas beinhaltet, um eine Einheit mit Jordanien zu bilden: mit einer Fahne, einer Armee, einer Hauptstadt – Amman. Ich hätte nichts dagegen, wenn sich Jordanier und Palästinenser dafür entschieden, Kantone innerhalb eines souveränen Staates, westlich und östlich des Jordan zu errichten. All dies setzt voraus, daß zuvor eine Friedensvereinbarung zwischen dem Staat Israel und einem jordanisch-palästinensischen Staat unterzeichnet würde.“¹⁷

...die Hussein-Initiative

Offen bleibt, inwieweit sich diese kompromißlerische Position innerhalb der israelischen Regierung angesichts der Gegenwehr der Likud durchsetzen läßt. Und ob Washington wirklich zu echten Druckmitteln greifen wird, um dem nachzuhelfen, scheint nach den Camp-David-Erfahrungen sehr fraglich.

Fraglich bleibt auch, ob König Hussein und die PLO vom „Schirm“ einer „gute Leute“-Nahostkonferenz (so ein Reagan-Offizieller)¹⁸ überhaupt etwas anderes zu erwarten haben, als das Abverlangen noch weitergehender eigener Zugeständnisse.

Kann die PLO im Rahmen möglicher Separatverhandlungen überhaupt mehr spielen als eine Statistenrolle? Der innerpalästinensische Widerstand gegen diesen Kurs reicht bis in die Führungsspitze der Fatah und PLO. Arafats Stellvertreter Abu Iyad etwa lehnt das Amman-Konföderationsprojekt ab, da es „über den Kopf der PLO hinweg“ ausgehandelt werde.¹⁹

Gefahr droht von dem Separatgeschäft freilich nicht nur dem palästinensischen Volk, sondern gerade auch den so in die Enge getriebenen antiimperialistischen Konfliktparteien Syrien, libanesische Nationalbewegung und der ihnen



Ägyptisch-amerikanisches Manöver „Bright Star“ 1984: Ägyptische Kommandeure und ein Soldat der Schnellen Eingreiftruppe mit einem AK-47-Gewehr. Israelischer Panzer an der syrischen Grenze (unten)

nungserklärung gegenüber Israel abzugeben. An dem zweiten Treffen könnten dann PLO-Offizielle über die Details einer internationalen Konferenz mitdebattieren, auf welches es zu arabisch-israelischen Direktverhandlungen käme.

Die Konferenz selbst und danach die Direktverhandlungen zwischen den Nahostakteuren wären Stufe 3 und 4 des jordanischen Plans.

Hussein ergänzte auf Betreiben Washingtons seine Offerte um weitere Zuge-



Rückendeckung gebenden Sowjetunion. Oder vermag die PLO-Führung dem massiven Druck der neuen Weggefährten Jordanien, Ägypten, Saudi Arabien in Richtung einer jordanischen Option letztlich doch zu widerstehen und zu den Ausgangspositionen von Fes zurückzufinden?

Anmerkungen:

- 1) Zit. nach: Der Spiegel, 17.6.1985, S. 102 und 103
- 2) Journal of Palestine Studies, Beirut, Jg. 1, Nr. 4, Sommer 1972, S. 167
- 3) Wortlaut in: W. Brönner, Der Nahost-Konflikt und die Palästina-Frage, Frankfurt 1979, S. 294f.
- 4) Ebenda, S. 297f.
- 5) J. Metzger/M. Orth/C. Sterzing, Das ist unser Land, Bornheim 1980, S. 48f.
- 6) Vgl. AIB 2/1982, S. 4ff. und 6/1982, S. 32ff.; MERIP Reports, Washington, Nr. 129, Januar 1985, S. 3ff.
- 7) Ebenda, S.6
- 8) Amerika Dienst. Dokumentation, Bonn, Nr. 35/8.9.1982. Wortlaut in: AIB 11-12/1982, S.6
- 9) Wortlaut in: ebenda, S.8
- 10) Vgl. dazu insbesondere T. Toubi in: AIB 3/1985, S. 14-17
- 11) Daten nach: MERIP Reports, a.a.O., S. 9 und Nr. 131, März-April 1985, S. 6ff.; Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 15.6.1985
- 12) Nach: International Herald Tribune (IHT), Paris/Zürich, 26.2., 3. und 14.3.1985
- 13) Ebenda, 23.4.1985; Israel & Palestine, Paris, Februar-März 1985
- 14) Vgl. Middle East, London, April und Juni 1985
- 15) IHT, 7., 11. und 12.6.1985; Le Monde, Paris, 31.5.1985; Time, New York, 10.6.1985
- 16) IHT, 11. und 12.6.1985; Süddeutsche Zeitung, 12. und 13.6.1985
- 17) Yediot Ahronot, 5.6.1984
- 18) IHT, 13.6.1985
- 19) Ebenda, 14.5.1985



Status quo seit 1967 am Jordan: offene jordanisch-israelische Grenze

Ivesa Lübben-Pistofidis

Jordaniens palästiniensische Karten

Auf der 7. Arabischen Gipfelkonferenz in Rabat (1974) hatte Jordanien zwar die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) als einzig legitimen Vertreter des palästinensischen Volkes anerkannt und seinen Anspruch auf die besetzten palästinensischen Gebiete aufgeben müssen. Dennoch hat das Haschemitenreich seinen Traum, sich die 1967 von Israel besetzte Westbank wiedereinzuverleiben, nie ausgeträumt.

Schon 1948 hatte der damalige König Abdallah einen Teil des von der UNO für einen arabischen Teilstaat im britischen Mandatsgebiet Palästina vorgesehenen Territoriums annektiert. Genau ein Jahr vor dem Gipfel in Rabat legte König Hussein einen Nahostfriedensplan auf den Tisch, der nach der Räumung der besetzten Gebiete die Gründung eines sog. „Vereinigten Königreiches“ aus West- und Eastbank (Westjordan- bzw. Ostjordangebiet; d. Red.) vorsah.

Er sei zwar jetzt der einzige Repräsentant des palästinensischen Volkes, meinte in Rabat der damalige jordanische Ministerpräsident Rifai gegenüber dem PLO-Vorsitzenden Arafat. Aber der Tag werde kommen, an dem er nach Jordanien zurückkehren und die Jordanier bitten werde, für die Palästinenser mit den USA zu verhandeln.

Am 11. Februar 1985 unterschrieben der jordanische König Hussein und Yas-

sir Arafat in der Tat ein Abkommen, in dem der PLO-Vorsitzende das alleinige Vertretungsrecht der PLO als Sprecherin des palästinensischen Volkes zugunsten einer jordanisch-palästinensischen Repräsentation aufgab. Ihm zufolge soll sich das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes nicht in einem unabhängigen palästinensischen Staat, sondern in einer jordanisch-palästinensischen Konföderation realisieren.

Rifais plötzliche Rückkehr

Am 4. April 1985 wurde nach dem Rücktritt der jordanischen Regierung Obeidat mit Zaid Al-Rifai genau der Mann Ministerpräsident, der schon ein Jahrzehnt zuvor Yassir Arafat den Kanossengang nach Amman prophezeit hatte.

Der Zeitpunkt dieses Regierungswechsels, unmittelbar nach der Unterzeichnung des Hussein-Arafat-Abkommens (Februar 1985; d. Red.) und vor den Nahostreisen des US-Sonderbotschafters Murphy und des US-Außenministers Shultz, ist kein Zufall. Die Ernennung Rifais, der bereits 1973-76 an der Spitze der jordanischen Regierung stand und der als geschickter politischer Taktierer mit Harvardausbildung und besten Kontakten zu den USA gilt, demonstriert die Entschlossenheit des Königshauses, den



**südostasien
informationen**

Heft Nr. 2 81 Juni

SCHWERPUNKT:

Indonesien
20 Jahre Neue Ordnung.
Konfrontation oder Kooperation
mit Malaysia?
Der Geist von Bandung.

Außerdem Artikel, Berichte,
Kommentare, Nachrichten, Buch-
besprechungen, Literatur Hin-
weise zur Gesamtregion Südost-
asien, Thailand, Malaysia, Indo-
china, Brunei, Philippinen,
Singapur und Ost-Timor;

Einzelpreis DM 6,- Jahresabo:
DM 20,- für Einzelpersonen
DM 40,- für Institutionen

Herausgeber und Vertrieb:
Südostasien Informationsstelle
Josephinenstr. 71, 463 Bochum 1
Tel. 0234 / 50 27 48

Weg der jordanisch-palästinensischen Initiative fortzusetzen.

Die Regierung Reagan hofft ihrerseits, über die enge Zusammenarbeit zwischen Jordanien und der PLO-Führung letztere in ihre eigenen Nahostpläne einbeziehen zu können. Durch eine mögliche Angliederung der Westbank an Jordanien soll gleichzeitig der israelisch-arabische Konflikt entschärft werden, ohne daß sich ein unabhängiger palästinensischer Staat der Einflußzone des US-Imperialismus entziehen könnte.

Zwist mit der Eastbank

Mit dem Regierungswechsel schaltete König Hussein die Kritiker an seiner Palästinapolitik aus dem politischen Herrschaftsapparat im Haschemitenreich aus. Obeidat und viele seiner Minister entstammen der traditionellen Beduinenhierarchie, sowie dem Militär und Geheimdienstapparat des Königreiches, der sich vor allem aus den Stämmen rekrutiert.

Diese traditionelle Herrschaftsschicht in der Eastbank hegt schon lange eine abgrundtiefe Abneigung gegenüber der PLO. Sie scheint daher wenig begeistert von den neuen Freundschaftsbanden zwischen König Hussein und Yassir Arafat. „Die Beduinen und der Rest der Nichtpalästinensischen Elite, die die wichtigste Stütze des Haschemitenreiches darstellen, sehen den Vorschlag, daß die Westbank mit ihren 750.000 radikalisierten Palästinensern dem Königreich wieder angeschlossen wird, mit ausgesprochenem Mißfallen.“ Dies schreibt die Jerusalem Post genau einen

Hoher Besuch bei König Hussein (r.) in Amman: US-Verteidigungsminister Weinberger (l.)



Gespräch mit jordanischen Menschenrechtlern

Demokratische Rechte sind Fremdworte

Im Juni 1979 gründeten jordanische demokratische Persönlichkeiten mit unterschiedlichem politischen Hintergrund das „Komitee zur Verteidigung der demokratischen Rechte in Jordanien“. Man kann mit Recht davon sprechen, daß in diesem Komitee alle jordanischen oppositionellen Parteien und alle in Jordanien präsen te palästinensischen patriotischen Kräfte vertreten sind.

Grundanliegen des Komitees ist der Kampf gegen Menschenrechtsverletzungen und für die Wiederherstellung demokratischer Rechte in Jordanien. Besonderes Gewicht in der Arbeit des Komitees hat die Verteidigung der politischen Gefangenen.

Eines der Ziele des Komitees ist außerhalb Jordaniens und besonders in den westlichen Ländern, die in dem Königreich einen ihrer wichtigsten Verbündeten im Nahen Osten sehen, die Menschenrechtsverletzungen in Jordanien bekannt zu machen.

In Damaskus sprach das AIB mit drei Vertretern des Komitees, dem in Jordanien aufgewachsenen palästinensischen Journalisten Aymad Al-Rahaimeh sowie mit den Jordaniern Ghalib Halasa, einem Schriftsteller und Dr. Sulima Suwais.

Ausnahmegesetze namens des Königs

Im Haschemitischen Königreich Jordanien hat es seit der staatlichen Unabhängigkeit nie wirkliche demokratische Rechte gegeben.

Die 1939 von der damaligen britischen Mandatsmacht eingeführten „Verteidigungsgesetze“ hatte das jordanische Königshaus 1946 übernommen. Dr. Suwais ergänzt: „Am 5. Juni 1967, also vor bald 18 Jahren wurde der Ausnahmezustand über das Land verhängt. Das bedeutet, daß eine große Anzahl von Artikeln der Verfassung (von 1952; d. Red.) eingefroren ist. Das bedeutet die Alleinherrschaft der Exekutive, während die Rechte der Legislative und der rechtssprechenden Gewalt auf ein Minimum reduziert sind.“

Das Kriegsrecht prägt alle Lebensbereiche des jordanischen Volkes. „Diese sog. Ausnahmegesetze geben der Regierung das Recht, ohne irgendeinen Grund jede beliebige Maßnahme gegen jeden Bürger zu ergreifen, ohne daß dieser auch nur irgendeine Möglichkeit hätte, dagegen Berufung einzulegen“, erklärt uns Ghalib Halasa.

Es gibt keinerlei Presse- und Informationsfreiheit in Jordanien. Der Rücktritt der jordanischen Informationsministerin Leila Scharaf wegen der Pressepolitik des Königshaus hat das sehr deutlich gemacht.

Das Gesetz über Druckerzeugnisse von 1972 und das Gesetz über die Journalistenvereinigung beschränken die Freiheit der Journalisten derartig, daß Medienarbeit so gut wie unmöglich ist. „Aufgrund des Pressegesetzes ist es der Premierminister selber, der die Erlaubnis für die Herausgabe oder für den Vertrieb von Zeitungen erteilt und diese auch wieder aus dem Verkehr ziehen kann. Wir haben keine unabhängige Presse in Jordanien. Wir haben z.B. nur noch vier Tageszeitungen im ganzen Land. Alle sind Sprach-

rohre der Regierung. Die Opposition hat keinerlei Recht, eine Zeitung oder Zeitschrift herauszugeben. Ihre Publikationen können nur im Untergrund verteilt werden.“ So der Journalist Rahaimeh.

„Politische Parteien“, fährt er fort, „sind ebenso durch das Kriegsrecht verboten, obwohl in der Verfassung steht, daß jeder Jordanier das Recht hat, politische Parteien zu bilden.“

Aber seit der Verkündung der Verteidigungsgesetze im Jahre 1939 sind politische Parteien verboten. Auch die Ausnahmegesetze von 1967 verbieten noch einmal ausdrücklich die Bildung politischer Parteien. Es gibt nicht einmal Parteien für die bürgerliche Klasse. Erst nach 1971 wurde eine Art Regierungspartei (Jordanisch-Nationale Union, 1972-76; d. Red.) ins Leben gerufen, für einige Zeit – um dann wieder aufgelöst zu werden.“

Das gleiche gilt für jedwede Massenorganisationen. Rahaimeh dazu: „Unterdrückung und Einmischung durch die Polizei sind Alltag im Leben der Gewerkschaften. Die Geheimdienste und das Arbeitsministerium intervenieren bei Gewerkschaftswahlen. Sie zwingen den Gewerkschaften ihre Kandidaten willkürlich auf. Die Gewerkschaftsaktivisten sind Opfer der Unterdrückung. Sie werden willkürlich entlassen oder verhaftet – besonders wenn sie im Verdacht stehen, Parteien der jordanischen patriotischen Bewegung zu unterstützen“, sagt Dr. Suwais.

Verbot für Parteien, Gewerkschaften

Aufgrund des letzten Arbeitsgesetzes wurden viele nationalprogressive Gewerkschafter aus den Gewerkschaften ausgeschlossen, ohne daß es ihnen möglich ist, neue zu gründen. Wenn es der Regierung trotzdem nicht gelingt, die Gewerkschaften unter ihre Kontrolle zu bringen, werden die Führer der Arbeiterverbände ins Gefängnis geworfen. Dies wurde beispielsweise dem Chef der Handelsgewerkschaft oder dem ersten Sekretär der Gewerkschaft Handel- und Versicherungen, die seit über 1 Jahr im Gefängnis sind. Es gibt verschiedene Berufs- und Bevölkerungsgruppen, denen es untersagt ist, ihre eigenen Organisationen zu bilden: den Studenten und Jugendlichen oder den Landarbeitern. Es gab z.B. eine nationale Frauenorganisation, die aber von der Regierung aufgelöst wurde, weil fortschrittliche Frauen in ihnen die dominierende Rolle spielten.

Es gibt ein Gesetz über den Kommunismus. Danach kann jeder, der Mitglied einer kommunistischen Organisation ist, ihre Publikationen verteilt oder auch nur Informationen über sog. „kommunistische Aktivitäten“ geheimhält zwischen 3 und 15 Jahren ins Gefängnis geworfen werden.

In Anspielung auf die Berufsverbote in der Bundesrepublik sagt uns Ghalib Halasa: „Vielleicht ist es mir in Westdeutschland untersagt, im Staatsdienst zu arbeiten, aber vielleicht finde ich irgendeine Arbeit in einer Zeitung oder kann irgendwo schreiben. In



Jordanien nichts dergleichen. Egal wo man arbeiten will, man muß zunächst einmal die Loyalität zum Regime unter Beweis stellen – durch bestimmte Dienste, indem man z.B. Informationen an das Regime gibt, falls man etwas über Kommunisten oder Palästinenser weiß. Falls man nicht dazu bereit ist, kann man überhaupt nicht arbeiten."

Um in Jordanien in einem Unternehmen von mehr als fünf Bediensteten eingestellt zu werden, ist die Zustimmung des Geheimdienstes erforderlich. Will also ein Unternehmer jemanden einstellen, so muß er dessen Namen an den Geheimdienst weiterleiten und abwarten bis dieser der Einstellung zustimmt.

Wenn die Antwort „Nein“ ist, bedeutet das, daß der Bewerber auch in keinem anderen jordanischen Unternehmen mehr arbeiten kann. Wem einmal dieses Arbeitsverbot vom Geheimdienst auferlegt worden ist, der befindet sich in einem Teufelskreis.

Dazu noch einmal Ghalib Halasa: „Wenn ich feststelle, daß ich in Jordanien nicht arbeiten kann, dann bleibt mir nur eins, ich muß das Land verlassen. Doch was passiert dann? Ich bekomme keinen Paß. Und wenn ich einen Paß habe, so wird er konfisziert. Es gibt keine Möglichkeit, das Problem zu lösen, es sei denn ich akzeptiere, was von mir verlangt wird.“

Mit diesem Problem sind nicht nur Kommunisten konfrontiert. Wir haben nicht einmal das Recht neutral zu sein, normale Bürger zu sein, die sich nicht für Politik interessieren. Wir sind gezwungen, uns um Politik zu kümmern, aber in dem Sinne, wie es die Regierung von uns verlangt.“

Das Komitee schätzt die Anzahl der Jordanier, denen der Paß verweigert wird auf ca. 50.000. Diese Jordanier können weder das Land verlassen, noch genießen sie in Jordanien selber die volle Bewegungsfreiheit.

Auch um einen Paß zu bekommen, muß die Zustimmung des Geheimdienstes vorliegen. Geheimdienst wie Innenministerium können diese Zustimmung verweigern. Und das gilt nicht nur für die Jordanier im Lande selber, sondern auch für alle, die außerhalb des Landes leben.

Das war zwar schon immer so Praxis, neu ist allerdings die Tatsache, daß diese Praxis jetzt zum Gesetz erhoben ist. Darüber weiß Aymad Al-Rahaimch aus eigener Erfahrung zu berichten.

„Das schlimmste ist, daß auch Kinder von dieser Praxis nicht ausgeschlossen sind. Meinem eigenen Kind, das jetzt 3 Jahre alt ist, wurde der Paß verweigert. Und es gibt Hunderte von Kindern, denen aufgrund der politischen Aktivitäten der Eltern der Paß verweigert wird und die so nichts in der Hand haben, um ihre Nationalität nachzuweisen.“ Die Zahl der politischen Gefangenen ist in letzter Zeit rapide angestiegen. Hatte das Komitee im November 1984 noch 118 politische Gefangene registriert, so sind es inzwischen 153, die unter schwersten gesundheitlichen Bedingungen leben müssen.

Das Kriegsrecht gibt der Regierung das Recht, jeden unter dem Vorwand, daß die innere Sicherheit dies erfordere, ihn ohne jedes Gerichtsurteil für 6 Monate im Gefängnis festzuhalten. Aber es gibt politische Gefangene, die seit 5, 6 oder 7 Jahren im Gefängnis sind – ohne Gerichtsurteil und ohne die Möglichkeit, Berufung einzulegen. Die Hälfte der politischen Gefangenen weiß noch nicht einmal, wieviele Jahre sie im Gefängnis werden verbringen müssen.

Dr. Suwaiss weist auf einen politischen Zusammenhang hin:

„Es gibt besonders viele Verhaftungen unter politischen Aktivisten und Gewerkschaftern während der letzten 4 Monate. Das liegt einerseits an der wachsenden Opposition im Lande gegen die kapitulatonistische Politik des Regimes nach der Unterzeichnung des Arafat-Hussein-Abkommens (Ende Februar 1985; d. Red.).

Andererseits ist das auf die wachsende Massenbewegung für demokratische Rechte zurückzuführen. Die Staatsmacht hat zwei Möglichkeiten: entweder den demokratischen Forderungen nachzugeben oder die Repression zu steigern. Die Wahl der letzten Option durch das Regime beweist, daß die Absichtserklärungen über die 'Öffnung' und die 'Beteiligung des Volkes' nichts als Demagogie sind.“

Huseins „Öffnungsabsicht“

Nicht alle der politischen Gefangenen gehören politischen Parteien oder palästinensischen Organisationen an. Viele von ihnen sind Unabhängige, die nur aus dem Grund in den Kerker geworfen werden, weil sie sich weigern mit dem Geheimdienst zusammenzuarbeiten. Selbst fünf Mitglieder des palästinensischen Nationalrates waren bis zum letzten November im Gefängnis und wurden nur mit der Auflage freigelassen, an dem Palästinensischen Nationalrat in Amman teilzunehmen, was sie aber ablehnten.

„In den letzten Monaten wurden die Gefangenen auf verschiedene Gefängnisse verteilt“, berichtet Aymad Rahaymah. „Man will sie so davon abhalten, Hungerstreiks oder andere Aktionen zur Verbesserung ihrer Haftbedingungen zu organisieren.“

Das schrecklichste Gefängnis ist das Al-Jabr-Gefängnis, das während der britischen Mandatszeit in der Wüste errichtet wurde. Aufgrund des Wüstenklimas sind die Bedingungen sehr hart und die Gefangenen erhalten kaum Besuch von ihren Angehörigen, weil das Gefängnis so abgelegen ist.

Ich möchte auch noch das Gefängnis des Muchabarar, des Geheimdienstes erwähnen. Die Gefangenen dort sind der grausamsten Behandlung ausgesetzt. Sie werden regelmäßig gefoltert und sind in ganz kleinen engen Zellen eingesperrt. Manche Gefangene dort werden monatelang in Einzelhaft gehalten, ohne mit irgendjemandem Reden zu können. Sie verlassen diese Räume nur, um in die Folterkammern gebracht zu werden. Die einzigen menschlichen Stimmen die sie hören, sind die Schreie der anderen politischen Gefangenen während der Folter. Manchmal werden diese auf Tonband aufgenommen und den Gefangenen den ganzen Tag über vorgespielt.“

Es gibt darüber hinaus noch politische Gefangene in Militärgefängnissen, die in der oben genannten Zahl der politischen Gefangenen nicht enthalten sind. Weder ihre Anzahl ist bekannt, noch weiß man etwas über ihr Schicksal, aber es müssen Dutzende sein.“

Tag vor dem Regierungswechsel.

Sie befürchten, daß ein noch stärkeres Gewicht der Palästinenser, die ohnehin 60% der Bevölkerung Jordaniens ausmachen, ihre eigene Machtposition untergraben könnte. Stattdessen solle sich Jordanien auf die eigenen Probleme konzentrieren.

Andererseits weiß das jordanische Königshaus, daß der Einfluß des Landes, das kaum Rohstoffe und Industrie vorweisen kann und das eines der bevölkerungsärmsten der arabischen Welt ist, von seiner regionalen Rolle im Nahostkonflikt abhängt. Und die jordanische Handels- und Kompradorenbourgeoisie ist sich im Klaren darüber, daß die Milliardenbeträge an ausländischer Wirt-



Jordanische Bauern bei der Kartoffelernte

schafts- und Militärhilfe nur so lange fließen, wie das Land für den Imperialismus von Nutzen ist.

Angesichts des großen Handelsbilanzdefizites – nur rund 1/4 der Importe können durch Exporte finanziert werden – würde die Wirtschaft ohne die 1,25 Mrd Dollar Wirtschaftshilfe jährlich aus den Golfländern und die 100 Mio Dollar Wirtschaftshilfe aus den USA zusammenbrechen. König Hussein, dessen Staatsbudget zu 40-50% von außen finanziert wird, müßte den Staatsbankrott erklären.

Huseins Druckmittel

Im Gegensatz zur Regierung Obeidat repräsentiert das neue Kabinett genau diese Handels- und Kompradorenbourgeoisie, aus deren Reihen Rifai sowohl den Handels- wie den Wirtschaftsmini-

Jordanien - Daten

Fläche: 88.595 qkm (BRD 248.000)
 Bevölkerung: 2,6 Mio., davon 60% Palästinenser (rund 200.000 in Flüchtlingslagern)
 Sprache: Arabisch

Religion: Vorherrschend islamisch, davon 90% sunnitisch; 5% Christen

Währung: Jordanischer Dinar (JD); 1 DM = 0,13 JD (Stand Dezember 1984)

Staatsordnung: Das Haschemitische Königreich Jordanien ist offiziell konstitutionelle Monarchie, in der laut Verfassung von 1952 die Legislativgewalt bei der Nationalversammlung liegt, allerdings stark eingeschränkt durch ein Vetorecht des Königs (seit 1953 Hussein). 1974 wurde die Nationalversammlung aufgelöst, Wahlen ausgesetzt. 1978 wurde ein Nationaler Konsultativrat eingerichtet, dessen Mitglieder der König benennt. Das Betätigungsrecht für Parteien bzw. politische Organisationen wurde 1957 aufgehoben.

Wirtschaft/Soziales: Das größtenteils aus Wüste bestehende Jordanien zählt zu den wirtschaftlich schwächsten Ländern in Nahost. Vorherrschend sind kapitalistische Verhältnisse mit starken Feudal- und Stammesstrukturen.

Reich ist Jordanien an Phosphaten (3. Weltexporteur hinter Marokko, USA) und Mineralsalzen. Exportprodukte: Phosphat (1/3), Obst, Früchte, Olivenöl. Haupthandelspartner: EG (BRD, Großbritannien), USA,

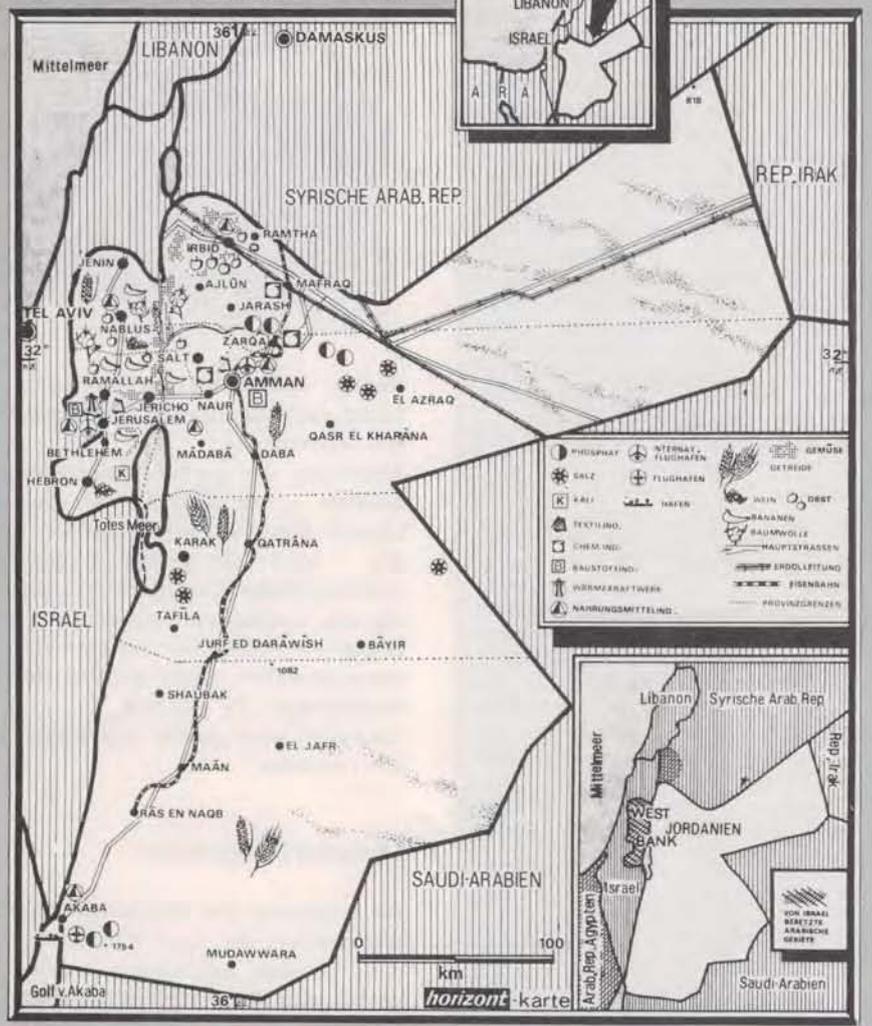
Japan, Saudi Arabien. Handelsbilanzdefizit 2,03 Mrd Dollar (1984), Auslandsverschuldung 2 Mrd Dollar. Brutto sozialprodukt pro Kopf 1.690 Dollar (1982).

Der Agrarsektor trägt derzeit 7,5% zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) bei und beschäftigt 14% der Erwerbsfähigen. Der BIP-Anteil der Industrie liegt bei 19,5%, der des Dienstleistungssektors bei über 2/3. Auf letzteren entfallen auch 60% der Erwerbstätigen. Die Lebenserwartung liegt bei 64 Jahren. Etwa die Hälfte der Erwachsenen sind Analphabeten.

Geschichte:

- Bis 1918 Teil des Osmanischen Reichs
- 1922 Als Transjordanien wird es britisches Mandatsgebiet
- 1946 Unabhängiges Königreich
- 1948 Annexion des palästinensischen Westjordanlands und Ostjerusalems
- 1958 Britische Intervention
- 1967 Israel okkupiert im Junikrieg die Westbank und Ostjerusalem
- 1970/71 Zerschlagung der PLO-Präsenz
- 1974 Anerkennung des palästinensischen Alleinvertretungsrechts der PLO
- 1978 Ablehnung der Separatabkommen Ägyptens mit Israel, USA
- 1984 Arrangement mit Ägypten
- 1985 Amman-Abkommen mit der PLO

Jordanien



ster rekrutierte. Das Wirtschaftsprogramm der neuen Regierung läßt sich denn auch zusammenfassen mit den Worten: weniger Staat – mehr Privatinitiative.

Bei der Regierung Rifai fällt die große Anzahl palästinensischer Minister ins Auge: 11 von 23. Viele von ihnen, so etwa Shakaa oder Masri aus Nablus, repräsentieren große Familienclans aus der Westbank. Von daher ist es durchaus berechtigt, von einer jordanisch-palästinensischen Regierung zu sprechen. Mit seiner Bemerkung, „ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den verschiedenen Sektoren der Bevölkerung müsse beibehalten werden“, unterstrich König Hussein, daß dies volle Absicht sei.

Mit dieser Regierung hofft der König, Druck auf die PLO-Führung ausüben zu können. Diese zögert noch, aufgrund der Kritik, auf die das Arafat-Hussein-Abkommen in den eigenen Reihen gestoßen ist, die Bedingungen des US-Nahostsonderbotschafters Murphy zu erfüllen.

Aussöhnung mit Ägypten

Murphy fordert von der PLO die explizite Anerkennung der UN-Sicherheitsresolutions 242 und 338 sowie die Anerkennung Israels als Voraussetzung für direkte Verhandlungen zwischen der Reagan-Administration und der PLO.

König Hussein seinerseits erwartete vor dem Shultz-Besuch eine klare Stellungnahme der PLO zu den Murphy-Bedingungen und zu direkten Verhandlungen mit den USA.

Durch die Bildung einer palästinensisch-jordanischen Regierung wollte Hussein der PLO signalisieren: Falls ihr nicht in die Gänge kommt, gibt es noch andere Organe und Institutionen, die legitimiert und in der Lage sind, das palästinensische Volk zu vertreten.

Die Wiedereinsetzung des jordanischen Parlaments am 9. Januar 1984, in dem sowohl die West- wie die Eastbank mit je 30 Abgeordneten repräsentiert sind, diente genau dem gleichen Ziel. Sie hat nicht im geringsten irgendetwas mit der Demokratisierung Jordaniens zu tun.

Zeitsch

Informationsdienst Südliches Afrika, Nr. 4/Juni 198
 Schwerpunkt: Apartheid und Faschismus ● Protest-Botschaft ● Einige Überlegungen zum Verhältnis Menschlichkeit ● Bekennende Kirche in Namibia und Kollaboration BRD/SA ● Südafrikanische Künstler Südafrika ● Flüchtlinge und Vertriebene in Angola ● Einzelpreis 5 DM; Abo 40 DM
 Bezug: issa, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1

Lateinamerika-Nachrichten, Nr. 138/Juni 1985
 Nicaragua: Krise der Wirtschaft – Gefahr für die Revolution ● Solidarität: Ein Vortritt ● Lateinamerikatage '85 ● Honduras: Wir la „Narcoguerrilla“ (II) ● Guatemala-BRD: Ungebetet begünstigt das Militärregime ● Dritte Welt Medienbö ● Einzelpreis 4,50 DM; Abo 50 DM
 Bezug: FDCL, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

Parlamentswahlen fanden zuletzt 1967 statt.

In den Wahlen vom März 1984, die angeblich eine neue Phase der Demokratie einleiten sollten, wurden lediglich einige Abgeordnete für die durch Todesfälle vakant gewordenen Parlamentssitze nachgewählt. Neue Westbankabgeordnete wurden ohnehin einfach durch die jordanische Regierung ernannt.

Das jordanische Parlament war im November 1974, nachdem die PLO in Rabat als einzige Vertreterin des palästinensischen Volkes anerkannt worden war, suspendiert worden, weil es eine parallele Vertretung der Palästinenser dargestellt hätte. Mit der Wiedereinsetzung des Parlaments will Hussein den Status quo vor Rabat wiederherstellen. Dies steht in Zusammenhang mit der erklärten Absicht des Regimes, den Weg



US-Special Forces „Green Berets“ in Kriegsbemalung

„Operation Slyfox“ Special Forces in Jordanien US-Ausbilder Kurt Buffenbarger packt aus

Kurt Buffenbarger diente 1978-82 in den Special Forces (Sondereinheiten der US-Streitkräfte), die auch als Green Berets (grüne Baskenmützen) bekannt sind. 1978 war er mit einer Gruppe der Special Forces in Jordanien als Ausbilder für die Jordanische Schnelle Eingreiftruppe. In der Söldnerzeitschrift „Soldier of Fortune“ veröffentlichte er nun im Mai d.J. seine jordanischen Erfahrungen. Bis jetzt haben die USA immer bestritten, irgendetwas mit der jordanischen Schnellen Eingreiftruppe zu tun zu haben. Die Erlebnisse des Kurt Buffenbarger beweisen das Gegenteil.

Lange bevor die PLO (Palästinensische Befreiungsorganisation; d. Red.) Panik in der Region verbreitete, bevor die israelischen Verteidigungskräfte nach Norden stürmten, um das Palästinenserproblem endgültig zu lösen und bevor die US-Marines landeten, um den Verkehr in den turbulenten Straßen von Beirut zu regeln, wußten amerikanische Planer, daß strategische Desaster im Nahen und Mittleren Osten nicht auszuschließen waren. Jeder beliebige radikale Scheich mit zu vielen Petrodollars und zu wenig politischem Verstand könnte der amerikanischen Industrie den Ölhahn zu drehen. (...)

Ein Hammer gegen Unruhestifter

Anfang 1982 kippte das Kräfteverhältnis im Mittleren Osten gefährlich zuungunsten des Westens um, und es war offensichtlich Zeit für Onkel Sam ein paar vernachlässigten Neffen einen Tritt zu geben und neue Neffen in die Familie einzuführen. (...)

Am besten schien es zu sein, sich mit Jordaniens König Hussein zusammenzutun, um eine gemeinsame amerikanisch-jordanische Schnelle Eingreiftruppe (RDF) auf die Beine zu stellen. Diese würde dann ständig im Nahen und Mittleren Osten stationiert bleiben wie ein Hammer, der möglichen Unruhestiftern auf die Finger klopft, bevor sie der Stabilität oder

dem Fluß des lebenswichtigen Öls etwas anhaben könnten.

Der Plan stieß auf die stillschweigende Unterstützung der Reagan-Administration, und streng geheime Gespräche begannen mit jordanischen Militärbehörden. Diese waren willig, sich aber auch im Klaren über die Unzulänglichkeit ihrer Kampfstärke und -fähigkeit. Über diskrete Kanäle baten die Jordanier um den Besuch einiger erfahrener amerikanischer Berufssoldaten, die ihre Operationen beobachten, schwache Stellen aufzeigen und Verbesserungsvorschläge machen sollten.

Jemand im Pentagon ... entdeckte, daß die Aufgabe gerade richtig in den Händen der Special Forces lag. Ein Telefonanruf erreichte die 5. Luftlandetruppe der Special Forces in Fort Bragg, North Carolina, und schon lief „Operation Slyfox“ an. Als A-Team-Mitglied wußte ich zwar nicht alles, was die da oben wissen, aber ich fühlte, daß da was im Busche war. (...)

Heimliche Ankunft in Amman

Unter Sicherheitsvorkehrungen, die so streng waren, wie es in Fort Bragg nur möglich ist, wurde uns gesagt, daß wir mit den 101. jordanischen Special Forces auf dem Gebiet der Feldmedizin, dem körperlichen Fitnessstraining, der Taktik in kleinen Einheiten, Grenz-



Jordanische Eingreiftruppe und Alouette-III-Hubschrauber

der jordanisch-palästinensischen Initiative von Amman fortzusetzen und die Beziehungen zu Ägypten weiter auszubauen. Jordanien war das erste arabische Land, das – genau am 25. September letzten Jahres – die diplomatischen Beziehungen zu Ägypten wieder aufgenommen hat, obwohl dieses keinen Deut von den Nahost-Separatverträgen der Jahre 1978/79 (siehe Beitrag von W. Brönnner) abgerückt ist.

Wissensschau

...nen der Christlichen Initiative vor der Südafrikanischen ...rtheid und Faschismus ● Ein Verbrechen gegen die ... ● EKD und die weißen Kirchen im Südlichen Afrika ● ...chen Exil und Zensur ● Organische Krise: Haushalt in ...ionen gegen Südafrikageschäfte der Dresdner Bank

...ion? ● Uruguay: Tupamaro Sendic frei ● El Salvador: ...g aus den USA ● Argentinien: Prozeß der Militärdiktaturs nicht vertreiben ● Kolumbien: Drogenhandel und ...ste beim Diktator ● Die Hilfe der BRD ermutigt und

sicherungsoperationen, Verfolgungsübungen, Übungen in schneller Reaktion, Anti-Panzer-Operationen und heimlichen Luftlandeübungen arbeiten sollten. Wir waren im Begriff, den Green-Beret-Himmel zu betreten.

Wir bekamen die Zustimmung für die Mission und erfuhren, daß wir nur noch 8 Wochen Zeit hätten, um uns das Zeug für „Operation Slyfox“ in den Kopf zu hauen. (...) Ich war der Waffenspezialist unserer Einheit. Deswegen würde der Unterricht über Verfolgungstechniken, Wüstenmanöver und die Bedienung von Kleinwaffen mir zufallen. Bei meinen Nachforschungen fand ich heraus, daß die Jordanier mit amerikanischen Waffen und Munition ausgerüstet sind. Das würde die Ausbildung an den Waffen vereinfachen. (...)

Unsere Ankunft in der jordanischen Hauptstadt Amman war zeitlich so festgelegt, daß wir nachts auf der Landepiste aufsetzten. (...) Die Flugzeugbesatzung hatte es ziemlich eilig wieder abzuhaufen. Ein Schwarm jordanischer Soldaten hieß uns willkommen und half uns, die ganze Ausrüstung auf Lastwagen zu verfrachten. (...) Nach einer kurzen Fahrt rollten wir in die Kaserne der 101. jordanischen Special Forces ein – ungefähr 1 Meile vom Palast König Husseins entfernt. (...)

In Manövern wie „Slyfox“ sind enge Beziehungen zwischen den Soldaten beider Länder unbedingt erforderlich. Wir fingen gleich damit an. Jeder Green Beret bekam einen jordanischen Partner und begann eine persönliche

lige Situation, etwas völlig anderes als unsere Feldübungen in North Carolina, wie man sich denken kann.

Man muß nicht erst Geographiebücher studieren, um festzustellen, daß Jordanien eine gemeinsame Grenze mit Israel hat. Eine jordanische Kampfinheit, die in der Nähe dieser Grenze operiert, könnte unter Umständen eine Paranoia auf der anderen Seite hervorrufen und sie zu präventiven Schlägen provozieren.

Manöver an der israelischen Grenze

Da wir die Jordanier begleiten würden, war es nicht völlig auszuschließen, daß ein amerikanischer Green Beret in einem Schußwechsel verwundet oder getötet werden könnte. Das Ganze wurde noch verwickelter, weil nämlich andere Mitglieder der 5. Special-Forces-Gruppe auf der anderen Seite mit Truppen der DF (israelische Streitkräfte; d. Red.) arbeiteten, während wir in Jordanien waren.

Wir stellten also fest, daß, obwohl das Ziel unseres Ausbildungsprogramms darin bestand, den Jordaniern zu helfen, die ihnen zukommende Rolle in der Schnellen Eingreiftruppe zu spielen, das Programm für sie genauso von Wert sein würde, falls sie einmal auf die Idee kommen sollten, sich mit den Israelis auf der Westbank anzulegen.

Unser Übungsprogramm hatte den Titel „Operationen zur Grenzstabilisierung“. Es wäre

and-Wesson-Revolver an der Hüfte, war von unserer Anwesenheit offensichtlich begeistert. Nur einmal hörte er auf zu lächeln, um seiner Sorge über mögliche Zusammenstöße mit einer israelischen Patrouille Ausdruck zu verleihen. Das hätte nämlich ganz schöne Komplikationen in den amerikanischen und jordanischen Beziehungen zu Israel nach sich gezogen. Die Israelis wußten offensichtlich nicht, daß wir in Jordanien waren, und der König wollte, daß das auch so lange wie möglich so bleibt.

Unser Auftrag hieß auch? „Entwicklung guter Beziehungen zur ortsansässigen Bevölkerung“. Daher gingen wir oft in kleine Ortschaften, um die Public-Relation-Kenntnisse der Jordanier zu testen. (...)

Wir stießen sogar auf ein paar Beduinen. Die waren eher unter- als überwältigt, amerikanische Green Berets in ihrem Wüstenheim zu finden. (...) Immer auf Ausschau nach neuen Möglichkeiten für die US-RDF, machten wir einen Vermerk, daß es doch lohnend wäre, eine Studie darüber anzufertigen, ob man nicht auch Beduinen zum Spurenlesen oder als Aufwiegler rekrutieren könnte. Die würden ein gutes Bild abgeben. (...)

CIA-Topwünsche

Wir gewannen die Überzeugung, daß die Jordanier durchaus das Zeug hatten, ein wichtiger Teil der für die Region vorgesehenen Schnellen Eingreiftruppe zu werden. Sie waren schlau, erbarmungslos und entschlossen zu gewinnen. (...) Washington war auch entzückt von unserer Leistung und meinte, daß unser Erfolg eine Wiederholung rechtfertigen würde. „Operation Slyfox“ war ein wichtiger Meilenstein für jordanisch-amerikanische Manöver in diesem Land und sollte im folgenden Jahr wiederholt werden.

Natürlich wollte auch die Company (US-Geheimdienst CIA; d. Red.) was von uns. Die offiziellen Fotos wie auch die privaten Schnappschüsse standen ganz oben auf der CIA-Wunschliste. Die Agency hatte eine Menge Fragen über die Spannungen an der Grenze zwischen Israel und Jordanien. Ich sagte ihnen, was ich dachte: Daß die USA eine aktive Rolle in der Region spielen müssen.

Später, im Jahre 1982 folgte dann die Regierung diesem Ratschlag. Leider passierte dann mit den Marines, die uns in den Nahen und Mittleren Osten folgten, das was passierte.



König Hussein bei der RDF-Manöverabnahme

Beziehung zu ihm aufzubauen. (...)

Wir mußten schon bald mit unserem anfänglichen Enthusiasmus zurückstecken. Körperliches Training war erst nach dem morgendlichen Ruf zum Gebet erlaubt. Und sechsmal am Tag hörten die meist sunnitischen jordanischen Truppen, ganz egal was sie gerade machten, auf, um zu beten. Es war zwar nur ein kleineres Übel, aber privat fragten wir uns doch, was denn passieren würde, wenn sich die Jordanier mit einer feindlichen Macht in der Wölle hätten, die ausgerechnet während des Gebets angegriffen hätte. (...)

„Slyfox“ war in zwei Phasen geteilt. Die erste Phase diente der Evaluation. Und Unterrichtsstunden sollten die Schwachstellen beseitigen. Dann sollte ein Manöver folgen, um die Effektivität der Jordanier in feindlicher Umgebung zu testen. (...)

Dazu besprachen wir uns mit höheren jordanischen Offizieren. Wir rieten ihnen zu einem Szenario, in dem die Jordanier beweisen konnten, was sie von dem, was wir ihnen beigebracht hatten, kapiert hatten. Es war eine kitsch-

korrekter gewesen, es „Destabilisierungsoperationen“ zu nennen. (...) Eine relativ ruhige Gegend am nördlichen Ende der jordanischen Grenze mit der Westbank war als Übungsgelände auserkoren. (...) Wir bestimmten schwierige Trainingsziele, ...die typisch für die Special Forces waren: Aufbau einer Guerillaunterstützungstruppe in der Region, und dann ging es darum, diesen Guerilleros das angemessene Niveau an Kampfbereitschaft beizubringen. (...)

Zum Fallschirmspringen sollten wir in der Gegend des kleinen Dorfes Kurayyimah, nur 2 Meilen von der besetzten Westbank und 30 Meilen von der syrischen Grenze entfernt, abgesetzt werden. Wegen der Nähe zu möglichen Risiken, forderten wir eine amerikanische MC-130 an, die wir auch bekamen. Der Vogel war von Anfang an für die Unterstützung der „Operation Slyfox“ vorgesehen gewesen und wartete in Westdeutschland auf unseren Abflug. (...)

Alles ging gut. Und König Hussein, der mit angemessenem Pomp und allem was so dazu gehört, mitendrin auftauchte, einen Smith-

THE TIME HAS COME FOR A

newoutlook

middle east monthly

News analysis New Approaches
to the quest for Israeli-Arab peace

newoutlook
middle east monthly

If You
Want To
Know Both
Sides Of
The Story.

20% Discount
Special offer: only \$24

There is someone to talk to and something to talk about

9 Gordon St.
Tel Aviv 63456, Israel

Enclosed is my check for \$24
for one year subscription

Name:

Send me a sample copy -
free of charge

Address:

Zip:

Rainer Werning

Aufstandsbekämpfung auf philippinisch



„Reagan fährt zur Hölle“: Protest gegen die Unterstützung der USA für die Marcos-Diktatur

Die 2 Jahre nach dem Mord an dem Oppositionspolitiker Benigno Aquino (21.8.1983) waren 24 Monate eines intensiven Krisenmanagements, um dem morschen Marcos-Regime aus der Klemme zu helfen.

Bekanntlich gab sich auf den Philippinen eine illustre Schar amerikanischer Militärs, Politiker, Geheimdienstler und Bankiers die Klinke in die Hand, um vor Ort das „erschreckende Ausmaß des kommunistischen Aufbruchs“ zu studieren (siehe auch AIB 3/1985, S. 18ff.). Nach Hause zurückgekehrt, schufen sie eine aus Repräsentanten des Verteidigungs- und Außenministeriums, des Schatzamtes und des CIA gebildete „Intergovernmental Task Force on the Philippines“ (eine behördenübergreifende Arbeitsgruppe zu den Philippinen). Dieser erlauchten Runde oblag die Formulierung einer auf Stromlinienförmigkeit bedachten Politik gegenüber dem Inselstaat.

Ende 1984 faßte der Nationale Sicherheitsrat der USA (NSC) die von den genannten Behörden entwickelten unterschiedlichen Empfehlungen in einem Philippinen-Plan zusammen, den Reagan im Januar d.J. als nunmehr – zumindest mittelfristig – verbindliche Nationale Sicherheitsdirektive (NSD) unterzeichnete.¹

Grundtenor der darin enthaltenen 16 „hohe Priorität genießenden Veränderungen“ ist die Abwehr einer „Destabili-

sierung der gesamten Region durch ein radikalisiertes Philippinen“. Von diesen Veränderungen wird angenommen, daß „die gegenwärtige Regierung (sich) vielen von ihnen widersetzen wird“.

Dazu zählen beispielsweise eine weniger rigide Amtsführung des Präsidenten wie ein Aufbrechen der ihn stützenden Klüngelwirtschaft aus dem Zucker- und Koprarsektor. Vernehmbar wird das Trapsen der Nachtigall, wenn in diesem Dokument „Marcos als Teil des Problems, aber notwendig auch als Teil seiner Lösung“ gesehen wird.

„Operation Stabilität“

Schließlich fordert die Direktive, der rasch wachsenden Guerilla der Neuen Volksarmee (NPA) offensiver zu begegnen. Die Inseln hat denn auffälligerweise im Vorfeld der NSD-Unterzeichnung eine Welle massiver Militarisierung, staatlichen Terrors und Gewalt erfaßt, welche einem „Normalisierungs“prozeß Hohn spricht.

Dieser verschärfte Repressionskurs ist nicht das Resultat eines blindwütigen Umsichschlagens. Er geschieht systematisch und ist erklärtermaßen in eine übergeordnete Militärstrategie eingebettet, welche ihrerseits die aktive Planungshand der USA nicht zu verbergen vermag.

Die Phase des militärischen Reagierens,

welche zur „Raumsicherung“ große Truppenkontingente benötigt, ist passé. Heute ist sie in eine Etappe umgeschlagen, die die Aspekte Mobilität und „Vorwärtsverteidigung“ betont.

„Oplan Katatagan“ (Operationsplan Stabilität) ist das Rückgrat der „Aufstandsbekämpfung“ (Counterinsurgency).

Ziel ist es, „Herz und Hirn der Bevölkerung zu gewinnen“. Getestet im Frühjahr 1983, wurde Oplan Katatagan (OK) durch die Präsidialanweisung (LOI 2-81) ins Leben gerufen.

Die Testphase von OK scheint seit Ende letzten Jahres abgeschlossen zu sein. Er wird gegenwärtig offensiv verfolgt und bedient sich dabei vier entscheidender Greifarme: Durch „Säuberungs-Operationen“ soll die politische Infrastruktur des „lokalen Aufstands“ vernichtet werden; „Hold Operations“ zielen auf die Beseitigung von Zellen der Kommunistischen Partei (CPP) und NPA wie auf den Aufbau eines örtlichen Verteidigungsnetzes, als dessen operativer Arm die paramilitärischen Integrierten Bürgerwehrtruppen (ICHDF) fungieren; durch „Konsolidierungs-Operationen“ sollen wirtschaftliche Verbesserungen angestrebt und mittels weiterführender „Entwicklungs-Operationen“ konsolidiert werden. Am Ende dieser vierten Etappe stünde die Durchführung langfristiger Gemeindeprogramme, wodurch ein Abzug regulärer Militäreinheiten beginnen könne.

„Säuberungs-“ und „Hold Operations“ gehen der Einpflanzung sog. Lebensunterhaltsprojekte der Regierung voraus, die das materielle Wohlergehen der Bevölkerung sicherstellen sollen. Dadurch sei die Unterstützung der Menschen möglich und meistere letztlich das „Problem des Aufstands“.

Flankierend werden deshalb zivile und auf Bürgernähe bedachte, sog. „Civic Action“-Operationen in Anschlag gebracht. Gerade dieser Aspekt erfüllt eine wesentliche propagandistische Funktion. Sie lassen sich normalhin von den Medien ausschlichten und sind geeignet, die mit ihnen notwendig verknüpfte, übergeordnete militärische Komponente bewußt auszuklammern und/oder herunterzuspielen.

Nehmen wir beispielsweise die in diesem Sinne praktizierten Regierungsgesundheitsprogramme. Die ausgeprägte Vorliebe der Filipinos für Akronyme hat hier wahrlich wundersame Blüten hervorsprossen lassen. In den ländlichen „Aufstandsgebieten“ läßt Manila in unregelmäßigen Abständen Medikamente verteilen. Die damit betrauten Organisationen heißen mitunter MARCOS („Medical Assistance to Rural Communities and Other Sectors“; Medizinische Hilfeleistungen für ländliche Gemeinden und an-



Die Streitkräfte in den US-Basen auf den Philippinen stehen auch bereit, um die Opposition zu bekämpfen

dere Sektoren) und IMELDA (Vorname der Präsidentengattin und steht für „Integrated Medical Expeditions to Less Developed Areas“; integrierte medizinische Betreuung in weniger entwickelten Gebieten).

Im Volksmund sind die IMELDAs rasch in „Intensified Military Exploitation to Less Developed Areas“ (verstärkte militärische Ausbeutung in weniger entwickelten Gebieten) umgetauft worden.²

OK weckt Erinnerungen an eine ähnliche Kampagne, die seinerzeit von den US-Truppen in Vietnam praktiziert wurde. Gleich OK betonte die Operation Phönix damals auf Bürgernähe getrimmte Projekte, die, eng gekoppelt mit auswachsenden Geheimdienstoperationen, auf eine größere militärische Durchschlagskraft zielten.

Phönix basierte ferner auf einem Belohnungssystem, wobei amerikanischen Truppen und ihren vietnamesischen Vasallen pro gefangengenommenem oder getötetem Feind finanzielle Sondervergütungen zuteil wurden. In Vietnam war Phönix der entscheidende Eckpfeiler der amerikanischen „Befriedungs“strategie, die landesweit tiefe Blutspuren hinterließ.

Hierin erschöpft sich allerdings noch nicht die konterrevolutionäre Gemeinsamkeit. Der direkten amerikanischen Intervention in Vietnam ging ebenfalls ein von den eingangs genannten US-Behörden gemeinsam erarbeitetes Szenario voraus. In die gleiche Richtung weist die Tatsache, daß die vergangenen gemeinsamen philippinisch-amerikanischen Manöver immer unverhüllt vom Kalkül der „angemessenen Antwort auf den inneren Aufstand“ geleitet waren. Nebst den regulären ca. 300.000 Soldaten umfassenden philippinischen Streitkräften (AFP) – 1972, dem Jahr der Verhängung des Kriegsrechts, zählten sie 62.000 Mann – existiert eine Palette bewaffneter fanatisch-religiöser Sekten und paramilitärischer Banden, unter denen die 80.000 Mann starken Integrierten Bürgerwehrruppen (ICHDF) hervorstechen. Zusammengenommen beträgt die Gesamtstärke dieses einzig zur Unterdrückung im Innern eingesetzten staatlichen Machtapparates 0,5 Mio Mann.³

Die Bedeutung all dieser paramilitärischen Verbände beschränkt sich keineswegs nur auf die Unterstützungsfunktion der AFP. Ihre Rekrutierungen werden vom Militär durch Waffen und Ausbildung aktiv gefördert. Es ist das Militär, das sie zu harten „Durchgreifmaßnahmen“ gegen verdächtige Personen anstachelt. In der Regel führt das zu Übergriffen und Greuelthaten gegen die Zivilbevölkerung, die das Militär mitunter selbst (noch) nicht auszuführen wagt.

Ähnlich wie bei den Todesschwadronen in El Salvador, geht auf das Konto dieser Banden die Ermordung engagierter Rechtsanwälte, Journalisten, Bauern, Kirchenleute und Regionalpolitiker. Diese Terrorwelle nahm im letzten Quartal 1984 ihren Anfang und ist bis heute nicht abgeebbt.

Im Gegenteil: Eine Art konterrevolutionäre „Arbeitsteilung“ hat sich herausgebildet, wobei die – zumeist regional verankerten – Banden „raumübergreifende Säuberungsaktionen“ übernehmen. Die so ermöglichte „Entlastung“ nutzen die

regulären Streitkräfte für den Einsatz erhöhter Feuerkraft.

Dieses Muster wird an der augenblicklich „heißesten“ Kampffront – nämlich auf der Südinsel Mindanao – prototypisch abgespult. 60% der Regierungsstreitkräfte sind dort stationiert, wo weniger als ein Viertel der Gesamtbevölkerung – gegenwärtig ca. 5,3 Mio Menschen – lebt. Daß die Direktive des US-Präsidenten durch den Nationalen Sicherheitsrat (NSC) ausgearbeitet wurde, war keineswegs ein Zufall. Kraft des Nationalen Sicherheitsgesetzes (NSA) waren 1947 der CIA und der NSC aus der Taufe gehoben worden. Letzterem oblag die Ausarbeitung einer den außenpolitischen „Sicherheitsbelangen“ Washington angemessenen Politik. Propagandist „nationaler Sicherheitsideologie“ war maßgeblich das 1948 entstandene Nationale Kriegskolleg (NWC).

Für die Bekanntmachung und praktische Umsetzung dieser Politik auf den Philippinen zeichnete die Vereinigte US-Militärberatungsgruppe (JUSMAG) verantwortlich. Der JUSMAG ist unter Marcos ein zusätzliches internes Standbein in Form der Nationalen Abschirm- und Sicherheitsbehörde (NISA) verschafft worden.

Die nach 1972 propagierte Losung „Isang Bansa, Isang Diwa“ („Eine Nation, ein Geist“) reflektiert die philippinische Variante jener Vorstellungen, welche der Sicherheitsideologe der brasilianischen Diktatur, General Golbery de Couto e Silva, einst so formulierte: „Die Nation ist absolut, oder sie ist nichts. Eine Nation kann keinerlei Begrenzung ihrer absoluten Macht dulden.“

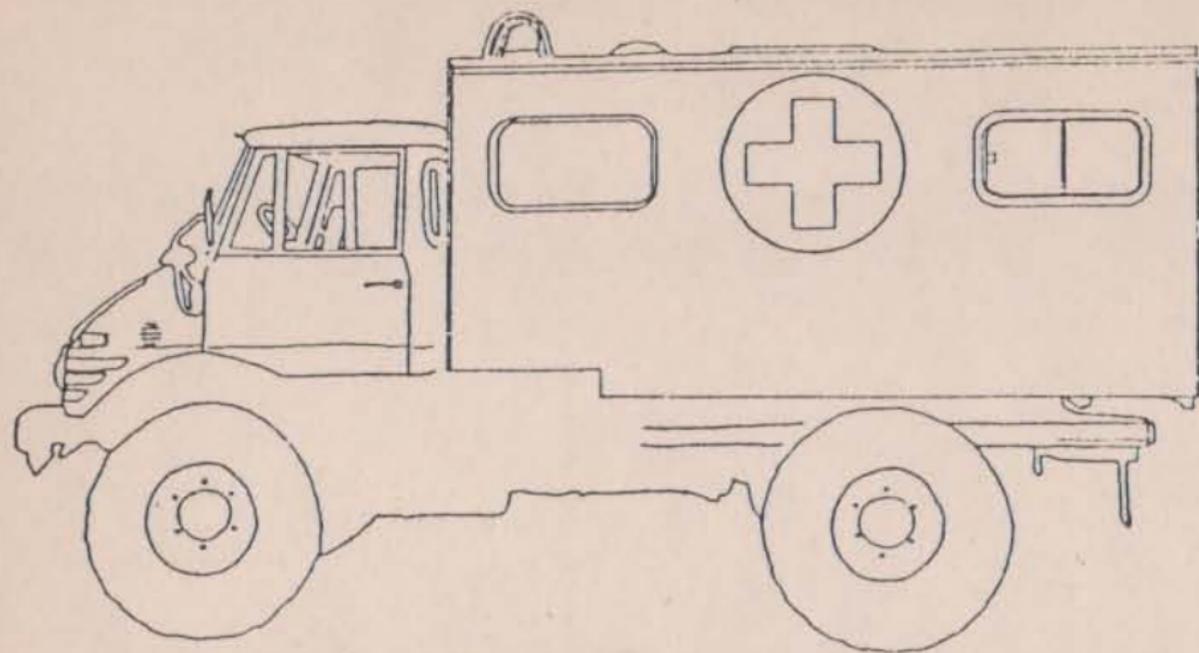
Per Definition ist folglich der selbst zaghafteste Keim von Widerspruch und Protest als Infragestellung der als unerschütterlich, einheitlich gesetzten Nation unerwünscht und rechtfertigt ein „Zurückschlagen“. In letzter Konsequenz werden der Fortbestand des Staates und die Garantie nationaler Sicherheit, wie Marcos fortlaufend betont, der Entscheidungskompetenz der westlichen, die „freie Welt“ schützenden Führungsmacht USA überantwortet.

Als inneres Rückgrat dient dabei das Militär, das seine Rolle in einem im November 1980 publizierten offiziellen Counterinsurgency-Handbuch so zusammenfaßte: „Die grundlegende Philosophie der nationalen Aufstandsbekämpfung bildet die untrennbare Verknüpfung von Sicherheit und Entwicklung. Sicherheit erlaubt die Entwicklung weiträumiger Gebiete; Entwicklung ist der Sicherheit förderlich. Sicherheit und Entwicklung müssen Hand in Hand gehen, das eine vermag ohne das andere nichts zu erreichen.“⁴

Ob es sich nun um die Plantagen von



Statt Waffenexport – nützliche Dinge:



Mobile Klinik für die SWAPO

„Statt Waffenexport – Ambulanz für die SWAPO“

Zehn Friedens-, Ökologie- und Dritte-Welt-Gruppen der Werkstatt 6 des 21. Deutschen Evangelischen Kirchentages (05.-09.06.85 in Düsseldorf) haben sich zu der Kooperation "Umrüstung" zusammenschlossen. Ein Militärlastwagen der Firma Daimler Benz/Stuttgart, Typ Unimog, soll zunächst symbolisch, später tatsächlich zu einer fahrbaren Ambulanz für das Flüchtlingslager Cuanza Sul/Angola der namibianischen Befreiungsbewegung SWAPO umgerüstet werden. Die 10 Gruppen wollen damit demonstrieren,

- daß sie gegen Rüstungsexporte eintreten, die zu Unterentwicklung und Unterdrückung beitragen,
- daß sie Solidarität üben wollen mit dem unter Kolonialismus und Apartheid leidenden Volk von Namibia,
- daß es einen praktischen Weg der Umwandlung von zerstörerischen Gütern in nützliche Güter gibt.

Senden Sie diese Postkarte z.B. an den Bundesaußenminister Genscher, damit er von dieser Aktion Kenntnis erhält und diese Geschäfte unterbindet!

Kontaktadresse:

Servive Civil International
und Anti-Apartheid-Bewegung
Blücherstraße 14
5300 Bonn 1

Antipartheidsaktie: 2,- DM
Spendenbaustein für die SWAPO

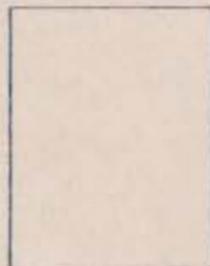
 (Postfach oder Straße und Hausnummer)

 (Postleitzahl) (Ort)

 Land

Postkarte

 (Postfach oder Straße und Hausnummer)

 (Postleitzahl) (Bestimmungsort)

Sachinformation

UNIMOG-Militärlastwagen der Firma Daimler Benz gelten seit Jahren als Standardfahrzeuge der süd-afrikanischen Armee. Im Zuge ihrer unmenschlichen Apartheid-Politik werden diese gegen die Bevölkerung im illegal besetzten Namibia, im Süden Angolas und innerhalb Südafriks selbst eingesetzt. Tausende von UNIMOGs wurden aus der Bundesrepublik Deutschland direkt an die rassistische Armee in Südafrika geliefert. Entgegen der Behauptung der Bundesregierung, diese Lieferungen seien "zivil", weist die Version dieser UNIMOGs eindeutig militärische Kennzeichen wie Waffenhalterung, Dachschießluke, schußsicheres Führerhaus, Tarnbeleuchtung, schußsichere Bereifung u.a. auf. Bei der südafrikanischen Militärparade anlässlich der Feierlichkeiten zum 20jährigen Bestehen der Südafrikanischen Republik im Juni 1981 wurden Militär-UNIMOGs der Firma Daimler Benz, ausgestattet mit Mehrfachraketen, zur Demonstration der militärischen Stärke des Rassisten-Regimes gezeigt.

die Trägergruppen der Aktion Umrüstung:

- Service Civil International - Deutscher Zweig - e.V.
- Anti-Apartheid-Bewegung
- Übersee Register von Dienst in Übersee
- Internationaler Christlicher Jugendaustausch
- Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden
- Pax Christi
- Rader Basisgruppe
- Medico International
- Aktionsgemeinschaft Friedenswoche Minden
- Aktionsgruppe Freiheit für Nelson Mandela

Kontaktadresse:

Service Civil International und
 Anti-Apartheid-Bewegung
 Blücherstr. 14
 5300 Bonn 1

Sonderkonto UNIMOG
 c/o Trillitzsch
 Ktnr. 20 000 3590
 Raiffeisenbank Georgensmünd
 (BLZ 760 694 58)

- Ich abonniere das AIB ab Nr. _____ / ab sofort*
- Ich bestelle _____ Ex. AIB-Nr. _____**
- Ich bestelle _____ Ex. AIB-Sonderheft Nr. _____**

* Jahresabo (inkl. Porto): Inland 25 DM; Ausland normal 29,80 DM; Luftpost 49,60 DM; Förderabo (50 DM oder mehr): _____ DM. Kündigung nur zum Jahresende, spätestens bis zum 15. November.

** Einzelheft 2,50 DM; Doppelheft 5 DM; Sonderheft 2 DM (zuzüglich 0,60 DM Porto je Heft). Bestellungen unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (z.B. in Briefmarken oder per Abbuchungsvollmacht).

Name, Vorname

Straße

Beruf

Postleitzahl, Ort Nr des Zustellpostamtes

Unterschrift

Datum

Ich weiß, daß ich die Bestellung innerhalb von 14 Tagen widerrufen kann und bestätige dies durch meine 2. Unterschrift.

Unterschrift: _____

- Ich überweise den Abonnementpreis entweder auf das Postscheckkonto AIB-Weltkreis-Verlag, Konto-Nr. 312 093-607 beim Postscheckamt Frankfurt/Main, oder auf das Konto AIB-Weltkreis-Verlag Nr. 9660 bei der Volksbank Marburg (BLZ 533 900 00).
- Mit der Abbuchung des Abonnementpreises bin ich einverstanden. Mit dem Ende des Abonnements erlischt diese Einzugsermächtigung.
- Mit der Abbuchung der obigen Bestellungen bin ich einverstanden.

Mein Bank-/Postscheckkonto bei _____

in _____

Kto.-Nr. _____ BLZ _____

Freiheit

für

Nelson

Mandela



**Ich fordere die sofortige Freilassung
 des ANC-Führers Nelson Mandela und
 aller anderen politischen Gefangenen!**

**I demand the immediate release of
 ANC leader Nelson Mandela and all
 other political prisoners!**

(Ort und Datum)

(Unterschrift)

Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

An
AIB-Weltkreis-Verlag
Liebigstr. 46
3550 Marburg 1

Der umseitig aufgeführte neue AIB-Abonnent wurde
von mir erworben:

Mein Name: _____

Meine Adresse: _____

Mein Prämienwunsch aus dem AIB-Angebot:

70 PF

P. W. Botha
Union Buildings
Pretoria
SOUTH AFRICA

Absender:

NDC-Guthrie oder Castle & Cooke auf Mindanao oder um die Batong-Buhay-Goldminen und das Cagayan Integrierte Entwicklungsprojekt (CIADP) im Hochland Nordluzons handelt – überall sind Soldaten zur Sicherung des Terrains abkommandiert.

Wachsender Widerstand in Stadt und Land aber ließ eine nach dem Vorbild El Salvadors modellierte, von US-Beratern inszenierte Umstrukturierung von Militäreinheiten in mobilere „Hunter battalions“ (Jägerbataillone) als zwingend erscheinen. Mit dem immer direkteren Eingriff des Pentagon⁵ in die militärische Planung und Orientierung der AFP sinkt auch deren Schwelle der Rücksichtnahme auf die Zivilbevölkerung.

Die perfide Praxis des „Hamletting“, durch das die Zivilbevölkerung zwecks effektiverer militärischer Kontrolle in sog. „strategische Wehrdörfer“ gepfercht wird⁶, und das „Salvaging“⁷ ist seit Ende letzten Jahres durch Flächenbombardements ergänzt worden. Hauptzentren dieser Angriffe waren die Cordillera-Region im Norden und die beiden Mindanao-Provinzen Lanao del Sur und Agusan del Norte, über die ein bislang noch unbekannter Typ chemischer Bomben abgeworfen wurde.

Knebelpolitik des IMF

Die Gesamtzahl der seit 1972 aus ihren angestammten Gebieten entwurzelten und vertriebenen Menschen veranschlagte das Philippinische Rote Kreuz Ende 1984 auf 5,7 Mio Menschen!

Zu der militärischen Knüppelpolitik gesellt sich eine maßgeblich vom US-Schatzamt und dem Internationalen Währungsfonds (IMF) verfochtene Wirtschaftspolitik, das das Gläubiger-Schuldner-Verhältnis als verkappte Neuauflage des mittelalterlichen Lehnswesens erscheinen läßt.

So dramatisch war die Wirtschaftslage nach dem Aquino-Mord in die Krise getrudelt, daß Manila im Herbst 1983 den Reigen diverser Schuldenmoratorien eröffnen mußte. Im Oktober 1984 schließlich unterschrieb Marcos eine Absichtserklärung seiner Regierung, in der er sich verpflichtete, den mit dem 18. Standby-Kredit in Höhe von 630 Mio Dollar (auszahlbar in sieben Tranchen) gekoppelten Auflagen nachzukommen (Aufhebung von Preiskontrollen, Nahrungsmittelsubventionen, Außenhandelsbeschränkungen und Fortsetzung der „gemäßigten“ Lohnpolitik; siehe AIB 3/1985, S.19). Die 630 Mio Dollar verstehen sich als Teil eines insgesamt 14 Mrd Dollar betragenden Umschuldungspakets, das Manila in den kommenden Jahren zuzuschneiden hat. In der Sicht des IMF handelt es sich dabei um ein „Erholungsprogramm“.

Vor dem Hintergrund dieser militärischen und wirtschaftlichen Knebelpolitik wird verständlich, warum die sich als „demokratische Alternative“ verstehende bürgerliche Vereinigte Nationalistische Demokratische Organisation (UNIDO) für ihre „nationale Aus- und Versöhnungs“strategie keine Basis findet und immer mehr zu einem Debattierklub verkümmert.

Bedeutsamer ist, daß mit dem am 20. März 1985 gegründeten, reichlich 500 themen- und basisorientierte Organisationen umfassenden Bündnis Bagong Alyansang Makabayan (BAM, Neue Nationalistische Allianz) dem seit Monaten stärker werdenden „Parlament der Straße“ politisch und organisatorisch mehr Durchschlagskraft verliehen wurde.⁸ Zum engeren Führungskreis der BAM zählen der große, alte Mann der philippinischen Politik, Lorenzo Tañada, José W. Diokno, Butz Aquino (Bruder des Ermordeten) und Rolando Olalia von der größten unabhängigen Gewerkschaft, der Bewegung des Ersten Mai (KMU).

Lange Zeit hatte Marcos die Stärke der NPA und des ihr übergeordneten Bündnisses, der Nationalen Demokratischen Front (NDF), heruntergespielt, so daß außenstehende Beobachter den Eindruck gewinnen mußten, als sei ein Verweis auf diese Organisationen Leichenfledderei. Schließlich gab er zu verstehen, daß in allenfalls 4% der insgesamt 41.000 „Barrios“ (Dörfer) „aufständische Organisationen ihre Präsenz demonstrieren“. Pentagonbeamte und Paul Wolfowitz, im US-Außenministerium für pazifische und ostasiatische Angelegenheiten verantwortlich, konterten

und warfen Marcos „Realitätsferne“ vor. Unterdessen trat die NDF Mitte April erstmalig seit ihrem 12jährigen Bestehen mit einer spektakulären Pressekonferenz ins Rampenlicht der Öffentlichkeit. Ihr Sprecher Tony Zumel verwies angesichts der Regimekrise und der erfolgreichen politischen Massenarbeit der NDF auf die reale Möglichkeit, schon bald die Etappe des „strategischen Patts“ einzuleiten.⁹

Anmerkungen:

- 1) Far Eastern Economic Review, Hongkong, 21.3.1985
- 2) Vgl. Rainer Werning/Klaus Linsenmeier, Wie biegsam noch ist der Bambus?, 2. Teil, in: Frankfurter Rundschau, 12.4.1985
- 3) Siehe: Aktionsgruppe Philippinen (agphi)/medico international (Hrsg.), Die gestutzten Flügel der Freiheit – Menschenrecht und Militarisierung in den Philippinen, Münster 1985 und Südostasien aktuell, Januar 1985, S.29
- 4) Command and General Staff College (Hrsg.), Fort Bonifacio, Metro Manila, November 1980; zit. nach: Katarungan, Manila, Sept./Okt. 1984
- 5) Um die Jahreswende hat die Reagan-Administration allein auf den Philippinen die Stationierung von mindestens 112 Atomwaffen autorisiert; vgl. The Globe and Mail, Toronto, 24.1.1985 und William M. Arkin, Contingency Overseas Deployment of Nuclear Weapons: A Report, Washington D.C., Institute for Policy Studies, Februar 1985 (mimeo)
- 6) Nach Auskunft von Schwester Mariani Dimaranan, Vorsitzende der katholischen Menschenrechtsorganisation „Task Force Detainees of the Philippines“, sind davon über eine halbe Mio Menschen betroffen
- 7) Verschleppung und Ermordung von Oppositionellen; wörtlich: Bergung oder Rettung von in (See)Not Geratenen
- 8) Siehe: Liberation, Utrecht, März/April 1985
- 9) Vgl. Newsweek, New York, 22.4.1985

Das Gesundheitsprojekt MASAPA

medico international und die Gesundheitsorganisation MASAPA haben vereinbart beim Aufbau eines demokratischen Gesundheitssystems, das zu allererst der armen Landbevölkerung des Landes zugute kommen soll, zusammenzuarbeiten – eine Aufgabe, die einer langfristigen und kontinuierlichen Anstrengung bedarf. Die Unterstützung seitens medico international konzentriert sich auf folgende Schwerpunkte:

1. Da die Mehrheit der bereits ausgebildeten Gesundheitsarbeiter z. Z. noch keine ausreichende Ausrüstung besitzt und deshalb nicht oder nur eingeschränkt arbeiten kann, sollen im Rahmen eines Sofortprogrammes die notwendigsten medizinischen Instrumente, Verbrauchsmaterialien sowie Medikamente beschafft werden. Der Schwerpunkt dieser Maßnahme liegt in den Regionen Samar, Panay, Negros und Teilen von Mindanao; medico international hat in einem Dreijahresprogramm dafür 30 000 Mark pro Jahr zugesagt.

2. Darüber hinaus fehlt es noch an ausgebildeten Gesundheitsarbeitern, an qualifizierten Ausbildern und an geeigneten Lehrmaterialien. Aufgrund des sehr unterschiedlichen Entwick-



lungsstandes in den verschiedenen Regionen könnten die verschiedenen Gesundheitsarbeiter und -gruppen viel voneinander lernen, wenn es geeignete Möglichkeiten des Erfahrungsaustausches gäbe. Ein nationales Gesundheitsteam, das die im Land verfügbaren Kenntnisse und Erfahrungen aufgreifen soll und in Kursen und Seminaren an die Gesundheitsarbeiter und deren Ausbilder vermitteln soll, wird

in Kürze aufgebaut; medico international wird diese Anstrengungen unterstützen.

Angesichts der zunehmenden Größe der kontrollierten Zonen scheinen diese Aufgaben überwältigend. Doch die Mitarbeiter von MASAPA sind gewohnt, sich auf ihre eigenen Kräfte zu verlassen und die wenigen zur Verfügung stehenden Mittel äußerst effizient einzusetzen.

HELFEN SIE MIT DURCH SPENDEN
UNTER DEM STICHWORT „PHILIPPINEN“

Konto-Nr. 1800 Stadtparkasse Frankfurt
Konto-Nr. 6999-508 Postscheckamt Köln

**medico
international**

Hansauer Landstraße 147-149 · 6000 Frankfurt/M.
Telefon 069/490350

Joachim Becker

Die bitteren Früchte von Nkomati



Gefangene RNM-Rebellen: Trotz des Nkomati-Vertrags unterstützt Südafrika sie weiter

„Auf dem Gebiet der Sicherheit ... ist die Bilanz negativ“, erklärte Anfang d.J. der moçambikanische Staatsminister Jacinto Veloso zu dem Nichtangriffspakt mit Südafrika, der am 16.3.1984 am Grenzfluß Nkomati unterzeichnet wurde (siehe AIB 4/1984, S. 11ff. und 5/1984, S. 4ff.).

Er fuhr fort: „Es gibt weiterhin die Aktivität des bewaffneten Banditentums. Gleich nach der Unterzeichnung des Nkomati-Abkommens hat man eine große Zunahme der terroristischen Aktivitäten im Süden registriert, insbeson-

dere in der Provinz Maputo.“¹

Auch in Teilen Nordmoçambiques haben die Attacken des sog. Nationalen Moçambikanischen Widerstands (RNM) zugenommen, während sich die Sicherheitslage in Zentralmoçambique verbessert hat.

Der RNM greift gezielt vor allem auch die Verkehrsverbindungen zu den Nachbarstaaten an, die in den Bemühungen der anderen Staaten des Südlichen Afrika von Südafrika unabhängiger zu werden, eine zentrale Rolle spielen.

Auch wirtschaftliche und soziale Ein-

richtungen werden immer wieder attackiert. Berichte über die gezielte Ermordung einzelner Bürger und ausländischer Entwicklungshelfer treffen regelmäßig ein. Dies ist der Fall, obwohl die moçambikanischen Streitkräfte nach eigenen Angaben von Juli bis November 1984 101 RNM-Lager zerstört, 1.131 Banditen getötet und 225 gefangenegenommen haben.²

Präsident Samora Machel läßt auch keinen Zweifel daran, warum der Krieg weitergeht: „Es ist, weil Südafrika das Abkommen nicht erfüllt. Ich weiß nicht, ob es dazu nicht fähig oder willens ist.“³

Während Moçambique das Nkomati-Abkommen minutiös eingehalten hat, häufen sich die Berichte südafrikanischer militärischer Unterstützung für den RNM. Ende 1984 und Anfang d.J. hat Moçambique sogar zwei südafrikanische Soldaten gefangenegenommen.⁴

Das südafrikanische Regime versucht den Eindruck zu erwecken, daß das Abkommen voll eingehalten wird.

Zwar hat Pretoria mittlerweile zugegeben, daß es vor 1984 den RNM unterstützt hat. Doch bestreitet die Regierung, seither irgendwelche Hilfe an die „Contra“-Organisation weitergeführt zu haben. Allerdings hielt sie es für möglich, daß unkontrollierte Elemente in Armee und Geheimdienst weiterhin Waffen lieferten.

Tatsache ist aber wohl, daß Südafrika die Unterstützung des RNM internationalisiert hat. So berichtete der Londoner Observer am 2.12.1984 über Waffenlieferungen aus Oman und Saudi Arabien, und zwar über die Komoren. Auch Malawi wird beständig im Zusammenhang mit dem RNM genannt.

Die USA, die das Nkomati-Abkommen als Erfolg ihrer Politik des „konstruktiven Engagements“ werten, üben keinen entscheidenden Druck bezüglich der Einhaltung des Abkommens aus. Darüber kann auch ihre 1 Mio Militärhilfe an Moçambique nicht hinwegtäuschen. Das gleiche gilt auch für andere westliche Länder, die das Nkomati-Abkommen lautstark priesen.

Besonders starke Unterstützung findet der RNM in Portugal – sowohl in politischen als auch in Wirtschaftskreisen. Das betrifft selbst höchste Regierungskreise.

Südafrikas Premier Botha (l) und Moçambiques Präsident Machel bei der Vertragsunterzeichnung am Grenzfluß Nkomati 1984



„candonga“ (Schwarzmarkt), ein Phänomen, das durch eine unglücklich konzipierte Privatisierung im Groß- und Einzelhandel in 1980 noch verstärkt wurde.

Faktisch die stärkste staatliche Hilfe erhielten im Landwirtschaftsbereich bis 1983 die Staatsfarmen, während Genossenschaften (1977-81 nur 2% der landwirtschaftlichen Investitionen), Einzelbauern und kapitalistische Privatbetriebe keine große Unterstützung erhielten.

Die Staatsfarmen – mit ihrem außerdem auch noch hohen Devisenverbrauch – erfüllten die in sie gesetzten Produktionserwartungen nicht. Das Management war den Anforderungen selten gewachsen, aber auch nicht bereit, auf die vorhandenen Kenntnisse der Landarbeiter zurückzugreifen. Der 4. Kongreß der regierenden Befreiungsfront Moçam-

biques (FRELIMO) vom April 1983 sprach sich für eine stärkere Förderung privater Landwirte und für Maßnahmen aus, die eine verbesserte Versorgung der ländlichen Gebiete mit Konsumgütern sichern sollten.

In der Folge wurde Land von Staatsfarmen an kapitalistische größere Landwirtschaftsbetriebe und auch an Bauern verteilt.

Diese wurden in einigen Fällen auch stärker unterstützt. Wegen des eskalierenden Krieges war jedoch eine bessere Konsumgüterversorgung kaum sicherzustellen, waren und sind alle Maßnahmen durch den Krieg behindert.

Aber auch die Devisenknappheit verhinderte vermehrte Importe. Als Moçambique 1983 mit seinem Schuldendienst in Rückstand geriet, nutzten dies viele westliche Länder zur Verhängung einer Kreditsperre gegen das Land. Als wich-

tigste Lieferanten von Konsumgütern blieben die Sowjetunion, China und Frankreich.

Es war der Regierung Moçambiques klar, daß eine positivere Haltung der meisten westlichen Regierungen und eine Umschuldung von einem Abkommen mit Südafrika abhängig war. Aber erst nach dem Beitritt zum Internationalen Währungsfonds (IMF) am 24.9.1984 konnte Moçambique im Oktober 1984 ein Abkommen mit westlichen Gläubigerstaaten über die Umschuldung von gut 200 Mio Dollar erreichen.

Die gesamten Auslandsschulden gegenüber kapitalistischen Ländern betragen Ende 1983 1,35 Mrd Dollar, die Schuldendienstquote 1984 etwa 131% der vorgesehenen Exporte von Gütern und Dienstleistungen.⁷ Es ist zu erwarten, daß der IMF in den laufenden Verhandlungen vor allem eine Senkung der

Beziehungen BRD – Moçambique

Die staatlichen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu Moçambique waren und sind kühl. Hierfür ist der Mangel an Intensität der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit ein deutlicher Indikator.

1977 machte die Bundesregierung dem afrikanischen Land eine erste Zusage in Höhe von 10 Mio DM auf dem Gebiet der finanziellen Zusammenarbeit. Dieser folgten erst im September 1982 weitere Zusagen – nachdem die Regierung Moçambiques die Berlin-Klausel akzeptiert hatte. Die Neuzusage über 60 Mio DM (50 Mio DM finanzielle Zusammenarbeit, 10 Mio DM technische Zusammenarbeit), vom sozialdemokratischen Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit Rainer Offergeld kurz vor seinem Ausscheiden aus dem Amt unterschrieben, löste lautstarke Proteste der CDU/CSU aus.

Diese manifestierte denn auch mit ihrem Regierungsantritt 1982 ihr Desinteresse an einer langfristigen Zusammenarbeit mit Moçambique.

Von den zugesagten 70 Mio DM ist bisher allein eine allgemeine Warenhilfe von 5 Mio DM realisiert worden. Einigung besteht bei Diesellokstationen, bei der (Ur-)Altzusage von 1977 über 10 Mio DM, bei Hafenkranen und einem Rangierbahnhof (23,6 Mio DM) sowie einem Studienfonds der finanziellen Zusammenarbeit (1 Mio DM).

Auf dem Gebiet der technischen Zusammenarbeit ist ein Rahmenabkommen, das die Voraussetzung für die Aufnahme der technischen Zusammenarbeit darstellt, noch nicht unterzeichnet – der Bundesregierung reichen die Schutzgarantien für die bundesdeutschen Fachkräfte nicht aus. Die Langsamkeit bei der Umsetzung der Zusagen spricht eine deutliche Sprache, was die Position der Bundesregierung gegenüber der FRELIMO-Regierung betrifft.

Bei einem Aufenthalt in Maputo im Mai d.J. kündigte der Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Jürgen Warnke (CSU), weitere 30 Mio DM Entwicklungshilfe für den Transport- und Energiesektor sowie 8,7 Mio DM Nahrungsmittel- und Medikamentenhilfe an.

Diese Neubewilligungen deuten zumindest die Bereitschaft Bonn an, eine weitere Hinwendung Moçambiques zum imperialistischen Lager zu honorieren. Diese Parallelität zur Politik der Reagan-Administration zeigt sich auch in der Schützenhilfe, die bestimmte Rechtskreise in der Bundesrepublik dem RNM gewähren. Darauf deuten zumindest eine Reihe von Einzelinformationen hin, welche wir in der folgenden Chronik, die weitgehend auf einer Zusammenstellung des Koordinierungskreises Moçambique beruht, dokumentieren.

Chronik BRD-RNM

November 1980: Der „Präsident“ des RNM, Alfonso Dhlakama, reist nach Portugal, Frankreich und in die BRD. Er soll Kontakt mit christdemokratischen Kreisen in Frankfurt aufgenommen haben.

(Quellen: RNM-Dokumente, die in einer von dem Heer Moçambique gestürzten RNM-

Basis am 7.12.1981 gefunden wurden; Africa, Nr. 127, März 1982; Africa Confidential, 21.7.1982)

Juli 1981: Geheimes Treffen von RNM-Führern in der BRD, bei dem das einzige bisher veröffentlichte „politische Programm“ des RNM formuliert wurde.

(Quelle: Andre E. Thomashausen, in: Africa Insight, 3. Jahrgang, Pretoria 1983, Nr. 2, S. 125ff.)

Seit 1982: RNM-Generalsekretär Orlando Cristina nimmt Kontakt u.a. zu Moçambikern in der BRD auf, weil Südafrika eine glaubhafte politische Führungsgruppe moçambikanischer RNM-Mitglieder für künftige Verhandlungen fordert.

(Quelle: Constantino Reis, in: Domingo, 16.12.1984)

23.8.1983: Guideon Mahluza, Sprecher des RNM zu außenpolitischen Fragen, kündigt in Lissabon die Entsendung einer Delegation in die BRD an, die Waffen für den RNM einkaufen soll.

(Quelle: Diário de Lisboa, 24.8.1982)

September 1982: Der RNM-Generalsekretär bietet in Südafrika C. Reis ein Stipendium für ein Studium in der BRD an, wenn er eine Weile für den RNM arbeitet.

(Quellen: C. Reis, in: Domingo, 16.12.1984; Afrique Asie, Nr. 344, 25.3.1985)

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) veröffentlicht 1983 einen Kurzbericht über entwicklungspolitische Leistungen gegenüber Moçambique, in der u.a. die Vergabe von 133 Stipendien an Studenten aufgeführt wird. Keines dieser Stipendien wurde zwischen der Regierung des unabhängigen Moçambique und bundesdeutschen Institutionen vereinbart. Nach bundesdeutschen Regierungsangaben soll es sich bei den Stipendien um während des Befreiungskrieges nach Moçambique geflohene Zimbabwer handeln.

Oktober 1982: Das 2. Treffen des RNM-„Nationalrats“ findet unter Leitung von A. Dhlakama in Bonn oder Köln statt.

(Quelle: C. Reis, in: Domingo, 16.12.1984)

Anfang 1983: Rekrutierung von Moçambikern für die RNM in der BRD.

(Quelle: C. Reis, in: Domingo, 16.12.1984)

März 1983: Das 3. Treffen des RNM-„Nationalrats“ findet wieder in der BRD statt. Präsident A. Dhlakama nimmt daran teil.



Erbeutetes RNM-Programm: Es wurde von der Führungsspitze der Rebellen in der BRD ausgearbeitet

Staatsausgaben, insbesondere auch im Gesundheits- und Erziehungsbereich, fordern wird.

Das beträfe unmittelbar Errungenschaften der Revolution und die Lebensverhältnisse der Bevölkerung. Wie von bestimmten westlichen Staaten gewünscht, würden solche Maßnahmen die FRELIMO-Regierung kaum populärer machen. Austeritätsmaßnahmen sind von der Regierung bereits angekündigt.

Auch die bilaterale Hilfe wird gezielt eingebracht. So setzten westliche Regierungen während der Dürre, die ohne den Krieg nie die fürchterliche Folge von etwa 100.000 Toten gehabt hätte, bei der Verteilung der Nahrungsmittelhilfe den Einsatz reaktionärer „Hilfsorganisationen“, wie World Vision, durch. 1983 hatten sie sich mit ihrer Reaktion auf Moçambiques Hilfsaufrufe sehr viel Zeit gelassen.

(Quelle: C. Reis, in: Domingo, 16.12.1984)

Auf diesem Treffen soll ein RNM-Vertreter für die BRD ernannt worden sein. Angeblich handelt es sich um Rajabo da Costa.

November 1983: Eine RNM-Delegation trifft sich mit Mitgliedern der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Hanns-Seidel-Stiftung, ebenso wie mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Franz-Josef Strauß (CSU). Die Reise wurde von Professor Kaltefleiter, Kiel, früher Leiter des Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts der Adenauer-Stiftung, organisiert.

Der RNM-„Nationalrat“ hält bei Kiel ein Sondertreffen ab.

US-Unterstaatssekretär Wisner kritisiert in Bonn, daß ein Vertreter des Bundesnachrichtendienstes (BND), der in Südafrika residiert, den RNM-Terror in Moçambique aktiv unterstützt; angeblich ohne Autorisierung Bonns oder des BND-Hauptquartiers.

(Quellen: Der Spiegel, 2.1.1984; New African, Oktober 1984)

Ohne Zeitangabe: Eine RNM-nahe Quelle in Lissabon gibt der Johannesburg Zeitung Star gegenüber an, daß mehrere Treffen von RNM-Führern in Köln, wo sie Unterstützung bei rechtsgerichteten Kreisen gefunden hätten, stattgefunden haben.

(Quelle: The Star, 13.4.1984)

Oktober 1984: Die CDU/CSU-nahe Deutsche Afrika-Stiftung soll nach Verlautbarung des südafrikanischen Rundfunks eine Summe von 2 Mio DM in Unterstützung des Nkomati-Abkommens gespendet haben. Für wen und zu welchem Zweck?

November 1984: Der neue Generalsekretär der RNM, Evo Fernandes, sagt in Genf, daß er am Ende seines Genfer Aufenthalts zu einem Treffen mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Strauß reisen will.

(Quelle: Frankfurter Rundschau, 22.10.1984)

November 1984: Ein RNM-Vertreter namens Artur Janeiro da Fonseca, dessen letzter Aufenthaltsort die BRD war, stellt sich auf einer – geplatzen – Pressekonferenz in Pretoria vor.

(Quelle: Rand Daily Mail, 2.11.1984)

November 1984: Die Financial Mail meldet am 30.11.1984, moçambikanische Regierungskreise glaubten, daß die CSU die RNM finanziell unterstütze.

Die Versorgungslage ist auch heute gebietsweise noch sehr kritisch, wenn auch die Nahrungsmittellieferungen inzwischen regelmäßiger sind.

Die USA werden bei ihrem Programm im Landwirtschaftssektor – die Regierung Reagan hob Mitte 1984 ihren mehrjährigen Entwicklungshilfestop gegen Moçambique auf – ihre Hilfe auf größere Privatfarmer beschränken.

Dies ist der Versuch, eine klassenmäßige Opposition gegen eine fortschrittliche Politik zu konsolidieren, was aber nicht im totalen Widerspruch zur gegenwärtigen FRELIMO-Linie der Westöffnung steht. Relativ weit scheinen dabei die Verhandlungen zwischen der Regierung Moçambiques und dem britischen Multi Lonrho über die Verpachtung größerer Landflächen zur landwirtschaftlichen Produktion gediehen zu sein. Auch südafrikanische Firmen sind an dergleichen interessiert.

Wenn auch die Diskussion hierüber in Moçambique noch nicht abgeschlossen ist, scheint doch ein „Lösungsversuch“ der Landwirtschaftsprobleme mittels kapitalistischer Großbetriebe nicht ausgeschlossen. Genossenschaften als Mittel sozialer Veränderungen sind im Staatsapparat auf Widerstand gestoßen.

Seit September 1984 ist ein äußerst liberales Auslandsinvestitionsgesetz in Kraft, das sogar freie Produktionszonen ermöglichen wird. Auch in der Vergangenheit ließ Moçambique Auslandsinvestitionen zu, die aber die staatliche Kontrolle der Wirtschaft nicht infrage stellen sollten.

Aufgrund der Sicherheitslage sind jedoch die erhofften Auslandsinvestitionen – mit Ausnahme der der Erdölerkundung und des Tourismus – weitgehend ausgeblieben. Im Tourismussektor wurde ein moçambikanisch-südafrikanisches Gemeinschaftsunternehmen gegründet.

„Aspiranten auf die Bourgeoisie“

Die Wirtschaftsverhandlungen mit Südafrika erbrachten bisher eine Verbesserung des Vertrags über den südafrikanischen Strombezug vom Kraftwerk Cabora Bassa und eine Anleihe von 10 Mio Rand für den Transportsektor. Weiterhin wurde ein Fischereiabkommen zwischen Südafrika und Moçambique getroffen. Die Entscheidung darüber, inwieweit einflußreiche Kreise in Südafrika und in einigen westlichen Staaten – insbesondere in Portugal, der BRD und den USA – mit ihren Versuchen, Moçambique noch mehr Konzessionen abzuringen, Erfolg haben werden, steht noch aus. Sie hängt wesentlich davon ab, inwieweit sie bei den moçambikanischen „Aspiranten auf die Bourgeoisie“, wie die FRELIMO

sie nennt, in Staatsapparat und Privatwirtschaft Unterstützung für ihre Pläne gewinnen können – aber auch vom Ausmaß der internationalen Solidarität.

10 Jahre nach Samora Machel's Proklamierung der nationalen Unabhängigkeit, geschehen am 25. Juni 1975, steht der moçambikanische Revolutionsprozeß auf des Messers Schneide.

Anmerkungen:

- 1) cadernos do terceiro mundo, Lissabon, Nr. 7, März 1985
- 2) Angaben nach: AIM. Information Bulletin, Maputo, Nr. 101, November 1984
- 3) AIB, 6.2.1985
- 4) Siehe: SA Report, London, 12.4.1985
- 5) Tempo, Maputo, 7.4.1985
- 6) Vgl. informationsdienst südliches afrika, Bonn, Nr. 2, März 1984
- 7) Angaben nach: Africa Economic Digest, London, 2.11.1984; Financial Mail, Johannesburg, 22.3.1985

Ausbeutung, Verschuldung, Hunger

Die Dritte Welt im Würgegriff des Internationalen Währungsfonds (IWF)

Aus dem Inhalt:

- Der IWF – eine Organisation des Westens zur Durchsetzung seiner Interessen
- Dem nackten Mann in die Tasche gefaßt – Privatbanken und Entwicklungsländer
- Lateinamerikas Schulden – ein Teufelskreis
- Das lange Leiden des „kranken Mannes am Bosphorus“ – IWF und Türkei
- Ghana: Der IWF diktiert „linken“ und „rechten“ Regierungen
- Die Politik des IWF am Beispiel Jamaika
- Buchbesprechungen, Materialliste und weitere aktuelle Beiträge (u.a. Karl-Heinz Hansen zum 8. Mai)

Iz-magazin Nr.1/85, 32 Seiten, DM 3,-
Hrsg. von den Demokratischen Sozialisten

Bestellungen an:
Demokratische Sozialisten
Hohe Straße 28
6050 Offenbach
Tel. 069-845544

linke zeitung
magazin

Marianne Kolter

„Interne Lösung“ zweiter Akt



Die Namibier fordern von der UNO überwachte Wahlen statt neuer „interner Lösungen“

Am 17. Juni d.J. setzte das südafrikanische Apartheidregime in Namibia eine „Übergangsregierung“ ein. Staatschef Pieter W. Botha bejubelte die Amtseinführung gemeinsam mit seinen namibischen Freunden als die Entlassung Namibias in eine „begrenzte Unabhängigkeit“.

Dieser neue Versuch einer „internen Lösung“ ging zurück auf Vorschläge der Viel-Parteien-Konferenz (MPC) Namibias, die diese am 26. März d.J. dem Apartheidregime unterbreitet hatte. Am 18.4.1985 teilte dieser dem südafrikanischen Parlament mit, entsprechend diesen Vorschlägen in Namibia eine Interimsregierung aus Mitgliedern der MPC einzusetzen, die über eine begrenzte Macht verfügen soll.

Es handelt sich also um einen erneuten Versuch, der Welt eine Regierung von Pretorias Gnaden als großzügige Geste gegenüber dem noch immer völkerrechtswidrig besetzten Namibia zu verkaufen.

Wie die vorausgegangenen Initiativen dieser Art, z.B. der 1983 gescheiterte Ministerrat unter Führung der Demokratischen Turnhallen-Allianz (DTA) des Dirk Mudge, ist auch dieser Versuch gekennzeichnet durch die Ausklammerung

der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) und die Unterlaufung der UNO-Resolution 435 von 1978. Diese sieht u.a. freie Wahlen unter UNO-Kontrolle nach dem Prinzip „ein Mann – eine Stimme“ vor und fordert den Abzug der südafrikanischen Okkupationstruppen.



Die Besatzer bleiben auch nach Installierung der Marionettenregierung

Die namibischen Verbündeten Pretorias, die 1984 eingerichteten Expertenkommissionen zur Ausarbeitung einer Strategie für eine sog. interne Lösung, d.h. eine Lösung ohne die Beteiligung der Vereinten Nationen, haben in diesem Sinne ihr Bestes im Interesse Südafrikas getan.

Die sechs Mitgliedsparteien der MPC, die DTA, der Flügel der Südwestafrikanischen Volksunion (SWANU) um Moses Katjuonga, die SWAPO-„Demokraten“ des Andreas Shipanga, die Arbeiterpartei (Labour Party), die Rehoboth Befreiungsfront und die weiße Nationale Partei (NP) haben nach dem gescheiterten Versuch, die SWAPO als einzige international anerkannte Kraft und legitimierte Vertretung für das namibische Volk für eine solche „interne Lösung“ zu gewinnen, seit April 1984 an dieser „Lösung“ des „Namibia-Problems“ gearbeitet (vgl. zur Vorgeschichte und Charakterisierung der MPC: AIB 7-8/1984, S. 11-14).

Nach den Vorschlägen, die sie im März d.J. der südafrikanischen Regierung für eine auf 3 Jahre begrenzte Interimsregierung unterbreiteten, „soll die Regierung Südwestafrikas aus einer Exekutivbehörde, einem legislativen Rat und einem Verfassungsrat bestehen“.

Dieser „Verfassungsrat“ soll innerhalb der nächsten 12 bis 18 Monate eine Verfassung für Namibia ausarbeiten. Der fertige Entwurf soll dann der Bevölkerung in einem Referendum zur Entscheidung vorgelegt werden.¹

Die Ausarbeitung einer Verfassung für Namibia muß unter den gegebenen Bedingungen als Bruch des Völkerrechts angesehen werden. Denn nur der am 19. Mai 1967 von der UNO geschaffene und 1971 vom Internationalen Gerichtshof in Den Haag anerkannte Rat für Namibia hat das Recht, Gesetze und Verordnungen für und über Namibia zu erlassen.

Damit entbehrt die namibische Justiz vor der Erfüllung der Resolution 435 jeder Rechtsgrundlage. In diesem Zusammenhang ist die Beteiligung bundesdeutscher Parlamentarier und Institutionen wie der Konrad-Adenauer-Stiftung an der Ausarbeitung einer Verfassung als Beteiligung an einem Rechtsbruch zu verurteilen (siehe Kasten).

Betrachtet man die weiteren Bestimmungen der Entlassung Namibias in die

„begrenzte Unabhängigkeit“, so wird klar, daß alles darauf hinaus läuft, Namibia „in ein weiteres Bantustan oder Homeland zu verwandeln“²

Der bisherige Generaladministrator wird zwar mit geringeren Vollmachten ausgestattet, weiterhin jedoch die oberste Instanz im Lande bleiben. Die „Regierung wird ihm verantwortlich“ sein.³

Zudem ist die Verantwortlichkeit der MPC-Übergangsregierung in maßgeblichen Punkten beschnitten, denn die Bereiche Auswärtige Beziehungen und Verteidigung unterstehen auch in Zukunft Pretoria. Hier wird die Parallele mit den bereits in Südafrika bestehenden sog. unabhängigen Homelands besonders deutlich.

Der letzte Punkt ist für die südafrikanische Regierung entscheidend, da diese Vereinbarung die weitere militärische Präsenz südafrikanischer Truppen, also die Okkupation des namibischen Territoriums gestattet. Für Südafrika bleibt Namibia folglich als strategisches Sprungbrett in schwarz-afrikanische Staaten, insbesondere nach Angola, erhalten. Auch die von Südafrika und der Regierung Reagan geforderte Verknüpfung zwischen dem Abzug der kubanischen Verbündeten aus Angola und der Entlassung Namibias in die Unabhängigkeit wird nicht von der Installierung dieser Interimsregierung berührt.

Die Besatzertruppen bleiben

Diese neue Variante einer Lösung für Namibia gewährleistet Südafrika, daß im Grunde alles beim Alten bleibt. Der einzige Unterschied zu früheren Versuchen dieser Art einer neokolonialen Strategie gegenüber Namibia ist die höherrangige Beteiligung schwarzer Marionetten. So wurde Moses Katjuonga von der SWANU als erster schwarzer „Regierungschef“ Namibias eingesetzt.

Sinn und Zweck dieser kosmetischen Bemühungen Südafrikas und seiner Marionetten ist einerseits die „Namibisierung“ der Auseinandersetzungen um Namibia, bis hin zur Schaffung einer „Bürgerkriegssituation“ zwischen einer namibischen Regierung und der SWAPO.

Andererseits steckt dahinter das Bemühen um internationale Anerkennung für die MPC-Regierung, womit sich Südafrika als ernsthaft interessiert an der Aufgabe seines kolonialistischen Verhaltens darstellen möchte.

Die Regierung Botha versucht auf diesem Wege eines ihrer zahlreichen Probleme zu lösen in einer Situation, da sowohl der innenpolitische wie auch der außenpolitische Druck auf den Apartheidstaat beträchtlich zugenommen hat. Auch für Südafrikas westliche Verbündete wird eine vorbehaltlose Unterstüt-



Die Aktivitäten der SWAPO-Guerilleros zwingen Südafrika, 60 000 Soldaten in Namibia zu stationieren

zung Südafrikas immer schwieriger, da – wie in den USA zu sehen – die Anti-Apartheid-Bewegungen an Einfluß gewonnen haben.

Auch der Widerstand des namibischen Volkes unter Führung der SWAPO konnte, trotz eines Rekordverhältnisses der Okkupationstruppen zur Zivilbevölkerung von 1:10, mit Maßnahmen wie der Zwangsrekrutierung aller männlichen Namibianer oder dem wachsenden Terror vor allem seitens der Spezialeinheiten Koevoet nicht gebrochen werden.⁴

Die Befreiungsbewegung SWAPO hat die Installierung einer Interimsregierung mehrfach verurteilt. Sam Nujoma ihr Präsident, forderte auf einer Pressekonferenz zu den neuesten Aktivitäten Pretorias die Einhaltung der UNO-Resolutionen und verteilte „interne Lösungen“.

Keine Aussicht auf Anerkennung

Er kritisierte das Verhalten der USA, die zwar verbal die Initiative Südafrikas ablehnten, sie sogar für „null und nichtig“ erklärten⁵, jedoch keine konkreten Schritte unternähmen, Südafrika zu isolieren und wirkungsvolle Sanktionen durchzusetzen. Vielmehr blieben sie bei ihrer Politik des „konstruktiven Engagements“.⁶

Auch andere Staaten und internationale Organisationen, darunter der UN-Sicherheitsrat, haben die Einrichtung einer Interimsregierung bereits verurteilt, so daß Pretoria nicht mit einer internationalen Anerkennung rechnen kann.

Dies bleibt jedoch relativ folgenlos, wenn sich die wichtigsten Partner Südafrikas nicht – wie Sam Nujoma fordert

– endlich für wirtschaftliche und politische Maßnahmen gegen Südafrika und die Einhaltung der völkerrechtsverbindlichen Beschlüsse zu Namibia entscheiden.

Die Bewegung der Nichtpaktgebundenen hat auf einer Sondertagung der Außenminister zu Namibia in Indien (19.-21.4.1985) eine Erklärung verabschiedet, in der ein Aktionsprogramm zur Unterstützung der SWAPO und ihrer Bemühungen um eine wirkliche Unabhängigkeit des Landes sowie zur Solidarität mit den Frontstaaten angenommen wurde.

Indiens Premierminister Rajiv Gandhi erklärte, „die von Südafrika geplante Übergangsregierung beabsichtige, Möglichkeiten für eine einseitige Unabhängigkeitserklärung von Seiten dieser Marionetteninstitution zu schaffen“.⁷

Eine solche einseitige Unabhängigkeitserklärung seitens einer Südafrika genehmen Regierung Namibias würde jedoch genau der Absicht einer Namibisierung entsprechen. Sie nähme auf der Erscheinungsebene den Makel des Okkupanten von Südafrika. Und sie ließe im Zweifelsfalle Südafrika als hilfsbereiten Freund einer namibischen Regierung im Kampf gegen die Opposition auftreten.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. RSA, IS, deutsch, 27.3.1985, 18.05 GMT
- 2) Vgl. S. Nujoma, zitiert in: Afrique-Asie, Paris, Nr. 346, 22.4.1985
- 3) Windhoek Advertiser, 28.3.1985 und Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.4.1985
- 4) Vgl. 39. Vollversammlung der UNO, Resolution Nr. 50, zit. nach: Horizont, Berlin (DDR), Nr. 4/1985
- 5) Le Monde, Paris, 21./22.4.1985
- 6) Linke Zeitung, 26.4.1985
- 7) International Herald Tribune, Paris/Zürich, 20./21.4.1985

Erklärung von SWAPO-Präsident Sam Nujoma

Das Doppelspiel der BRD



Mitte Juni d.J. mimte der Vertreter der Bundesregierung, Hans Werner Lautenschlager, bei der Namibia-Debatte des Welticherheitsrates den Blauäugigen. Bonn erachte die vom Botha-Regime einseitig angekündigte Einsetzung einer sog. Übergangs- bzw. Interimsregierung in Namibia als „null und nichtig“.

Dies sind zweifellos markige Worte, doch wie steht es mit den Taten? SWAPO-Präsident Nujoma stellte in einer Erklärung vom 23. Mai d.J. fest, daß Bonn hinter den Kulissen eine ganz andere Schiene fährt.

Wir möchten heute die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft auf eine sehr besorgniserregende Situation lenken. Diese Situation beinhaltet ein sehr gefährliches Komplott des rassistischen Regimes Südafrikas und der Bundesrepublik Deutschland gegen die Dekolonisierung und Erlangung wahrer Unabhängigkeit Namibias.

Nach Informationen, die die SWAPO erhalten hat, findet gegenwärtig ein mysteriöses Treffen zwischen einigen namibischen Vertretern der sog. „Vielparteienkonferenz“ und gewissen westdeutschen juristischen Experten in Bonn statt. Die genannte Konferenz, für die nach unserem Wissen die Konrad-Adenauer-Stiftung als Gastgeber fungiert, soll eine „Verfassung für Südwestafrika/Namibia“ entwerfen und wird von einem sog. „Namibia Information Office“ finanziert.

Das Namibia Information Office in Bonn ist ein Büro Südafrikas zur Verbreitung seiner Propaganda; der Leiter dieses Büros ist ein gewisser Volker Stoltz. Die Konrad-Adenauer-Stiftung ist ein Zweig für Auslandshilfe der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU) – der Regierungspartei der Bundesrepublik Deutschland.

Darüber hinaus haben wir Informationen, daß der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des bundesdeutschen Parlaments, Dr. Werner Marx, erklärt hat, daß „die Regierung der Bundesrepublik Deutschland eine Interimsregierung in Südwestafrika unterstützt, solange sie keine einseitige Unabhängigkeitserklärung abgibt und internationale Anerkennung nicht beansprucht. Solch eine Regierung könne große Vorteile für das Land bringen und darum gebe es keinen Grund, warum die Bundesrepublik es nicht unterstützen solle.“

Die SWAPO erklärt hiermit, daß sie über diese Entwicklungen ernstlich äußerst besorgt ist, die wir als von der Bundesrepublik Deutschland stillschweigend ausgestreckte Hand der Unterstützung und des Beistands für das rassistische Regime Südafrikas bei seinen verzweifelten Versuchen, der UN-Sicherheitsrats-Resolution 435 und dem UN-Plan für eine friedliche Dekolonisierung Namibias von 1978 zuvorzukommen und daran vorbei zu gehen, sehen.

Wie Sie alle wissen, zwingt das rassistische Südafrika wieder einmal unserem Volk eine illegitime Marionettenregierung auf, dieses Mal auf den Namen „Zentrale Interimsregierung der Vielparteien-Konferenz“ umgetauft. Das bedeutet die Fortsetzung der kolonialen Mentalität, um die illegale Besatzung unseres Landes und die Versklavung unseres Volkes fortzuführen.

Dies stellt einen offenen Widerspruch und ein täuschendes Doppelspiel der Bundesrepublik Deutschland dar, die, wie uns zu verstehen gegeben wurde, ihr Nichteinver-

ständnis mit der sog. „Interimsregierung“ erklärte und sie als „null und nichtig“ bezeichnete, eine Position, die wir sehr begrüßt haben, und die erklärte, daß die einzige, anerkannte Grundlage für eine anerkannte Unabhängigkeit Namibias die Sicherheitsrats-Resolution 435 ist.

Es ist eine offene Kollaboration mit und Duldung des rassistischen Südafrikas, das gegen die allgemeinen Wünsche und das Verlangen des unterdrückten namibischen Volkes die Marionetten einsetzt (wir dürfen nicht vergessen, die andere Kollaboration im militärischen und nuklearen Bereich zu erwähnen), die nichts anderes sind, als deutliche Zeichen von Westdeutschlands kolonialen Überbleibseln und Ambitionen bezüglich Namibia. Es ist eine eklatante Verletzung der Positionen und Beschlüsse der internationalen Gemeinschaft, vor allem der Resolution 2145 (XXI) der UN-Vollversammlung von 1966, des Urteils des Internationalen Gerichtshofes (1971), der Sicherheitsrats-Resolutionen 301 (1971), 435, 439 sowie zahlreicher anderer Resolutionen der UNO, der OAU, der Bewegung der Blockfreien und anderer internationaler Organisationen zu Namibia, nach denen es allen Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen untersagt ist, sich an irgendwelchen Taten oder Handlungen zu beteiligen, die die Anerkennung der illegalen Präsenz Südafrikas in Namibia beinhalten.

Wir wissen auch, daß Wirtschaftsprojekte, Hilfe und Gelder im Wert von 12 Mio DM vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit über die Christliche Demokratische Union (CDU) durch die Konrad-

Adenauer-Stiftung und auch andere westdeutsche Institutionen zur Stärkung der Marionetten und ihrer verräterischen Taten gegen die Menschen Namibias nach Namibia geleitet werden.

Während sich Namibia der Unabhängigkeit nähert, dank dem Hundert Jahre währenden bitteren Kampf unseres Volkes unter der Führung der SWAPO, sind jetzt reaktionäre Kreise in der Bundesrepublik Deutschland auf einer wilden und schamlosen Jagd dabei, eine Schwindel-„Verfassung“ für Namibia zu entwerfen, die ganz offensichtlich die Rechte der Minderheit der weißen Siedler gegenüber der leidenden Mehrheit als Teil eines sog. „Marshall-Planes für Namibia“ absichern soll. Damit ist deutlich, daß die Grundlage für das Entwerfen einer sog. Verfassung vor der Durchführung des UN-Planes für Namibia, wie sie in der Resolution 435 festgehalten ist, wirklich nicht die Betroffenheit über das Schicksal der leidenden namibischen Menschen ist.

Vielmehr ist sie motiviert durch westdeutsche Wirtschafts- und andere Interessen in Namibia. Darin liegt das schmutzige, politische Motiv für den Entwurf einer „Verfassung“ für Namibia.

Die SWAPO verurteilt auf schärfste diese unheilvollen Unternehmen der Bundesrepublik Deutschland, die auf ein Wiederaufleben ihrer kolonialen Kontrolle über Namibia ausgerichtet sind. Solche Aktionen sind kein Beitrag und werden kein Beitrag sein zur Lösung des Problems der Unabhängigkeit Namibias. Sie gießen nur Öl in ein bereits brennendes Feuer.

Es ist bedauernd, daß diejenigen, die sich an diesem Komplott beteiligen, nicht bemerken, daß die Sonne des Kolonialismus und der Marionetten in Namibia untergeht, so wie es mit Smith-Muzorewa in Rhodesien/Zimbabwe erst der Fall war.

(Quelle: Informations-Bulletin, hrsg. von der SWAPO, Bonn, Nr. 14, Mai 1985, S. 5-6)

Unimog-Ambulanz für die SWAPO

Die Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) und der Service Civil International (beide Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1) starteten gemeinsam mit 8 weiteren Friedens-, Ökologie- und Dritte-Welt-Gruppen auf dem 21. Deutschen Evangelischen Kirchentag vom 5.-9. Juni 1985 die Aktion „Statt Waffenexport – Ambulanz für die SWAPO“ (Südwestafrikanische Volksorganisation). Sie rüsteten auf dem Kirchentag zunächst symbolisch einen UNIMOG-Militärlastwagen der Firma Daimler Benz um und sammelten dort 20.000 DM an Spenden.

Später soll der SWAPO für ihr Flüchtlingslager Cuanza Sul in Angola ein tatsächlich umgerüsteter UNIMOG als fahrbare Klinik übergeben werden. Begleitet wird diese Aktion von einer Postkarten-Kampagne an Vertreter der Bundesregierung, um diese zur Unterbindung der Rüstungsexporte an Südafrika aufzufordern.

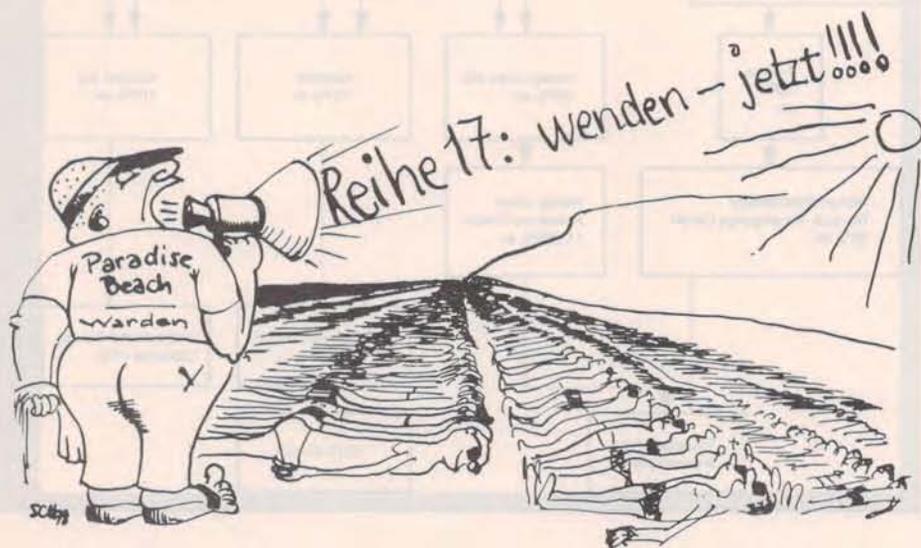
Spenden für die Unimog-Umrüstung können

auf das Sonderkonto UNIMOG, c/o Trilitzsch, Kto.Nr. 20 000 3590, Raiffeisenbank Georgensmünd (BLZ 760 694 58) eingezahlt werden. Informationsmaterial, Spendenaktien für 2 DM und Spendenbausteine (ein Heftpflastersortiment) sind bei AAB und SCI erhältlich.



In Angola erbeuteter Unimog. Aktion „Umrüstung“ siehe Postkarte in der Heftmitte!

Elisabeth Schneider **Fluchtweg Massentourismus**



In den Jahren 1985-87 beabsichtigen 3,5 Mio Bundesdeutsche, so ergab eine Umfrage des „Studienkreises für Tourismus“, in einem Land der Dritten Welt ihren Urlaub zu verbringen. Rund 40% der befragten Bundesbürger wollten sich dabei nicht aufs Sonnenbaden beschränken, sondern Land und Leute näher kennenlernen. Unter ihnen finden sich zunehmend alternative bzw. „Rucksack-Touristen“, die mit möglichst wenig Geld möglichst weit zu kommen suchen – unter Zuhilfenahme der Gastfreundschaft. E. Schneider beleuchtet Stand und Hintergründe von Massen- und Alternativtourismus.

Trotz Krise und Arbeitslosigkeit verzeichnet die bundesdeutsche Tourismusindustrie weiterhin Wachstumsraten. Der Marktführer TUI – Touristik Union International (Trans-Europa, Scharnow, Touropa, Hummel, Dr. Tigges-Reisen, Twen-Tours, hit und Airtours International) verkaufte im Geschäftsjahr 1983/84 2,24 Mio Reisen, 2,3% mehr als im Vorjahr. Die TUI hält einen Marktanteil von ca. 24%. Bis Ende August 1984 gaben deutsche Touristen 27,2 Mrd DM im Ausland aus. Die BRD verzeichnete Einnahmen aus dem Reiseverkehr in Höhe von 10 Mrd DM.¹

Reisevolk Nr. 1

Beim Vergleich der Reiseausgaben liegt die BRD seit Jahren auf Platz 1. Wie groß der Abstand zu den nachfolgenden Ländern jedoch ist, zeigt eine soeben ausgestellte Rechnung der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) für das Jahr 1982: demnach gaben die Bundesbürger pro

Kopf 640 DM für Auslandsreisen aus. Auf Platz 2 liegen die Engländer mit nur 278 DM, gefolgt von den Franzosen mit 231 DM, den US-Amerikanern und Japanern mit 84 DM pro Kopf und Jahr. Urlaub, möglichst im Ausland, spielt im Leben der Bundesbürger eine ungemein wichtige, noch vor ein bis zwei Generationen unvorstellbare Rolle. Zur Zeit unserer Großeltern war es für eine Arbeiter- oder Bauernfamilie unvorstellbar eine Urlaubsreise zu unternehmen. Selbst bürgerliche Familien verbrachten den Winterurlaub oder die Sommerfrische im Land, allenfalls noch in Österreich, der Schweiz oder Italien. Weitere Reisen waren wenigen Superreichen/Aristokraten oder Abenteurern bzw. Wissenschaftlern – was manchmal nicht so leicht zu trennen ist – vorbehalten. Die Masse des Volkes unternahm Reisen allenfalls als Besuch von Verwandten, Pilgerreisen, als Dienstpersonal in Begleitung der Herrschaften, bei Auswanderungen. Männer wurden während der Kriege „zwangsverschickt“. Mein Großvater schwärmte bis an sein Lebensende

von der Schönheit Antwerpens, das er als Soldat im 1. Weltkrieg gesehen hatte. Sein Traum, die Stadt nochmals in Friedenszeiten zu besuchen, ließ sich nie verwirklichen.

Eine erste Entwicklung von Massentourismus in Deutschland wurde durch das Nazi-Regime betrieben. Die Bewegung Kraft durch Freude (KdF) ermöglichte erstmals Arbeiterfamilien eine Urlaubsreise, was sicher in nicht geringem Maße zur Beliebtheit des Regimes beitrug, und zwar besonders bei Arbeitern, denn das Bürgertum reagierte empört darauf, daß der „Pöpel“ in „seiner“ Urlaubsorte einbrach.

Nach dem 2. Weltkrieg wurde der Tourismus privatwirtschaftlich organisiert. Zunächst führten kleine Unternehmen, hauptsächlich per Bahn und mit Reisebussen, die zuerst für KdF entwickelt worden waren, Reisen in naheliegende Urlaubsziele durch.

In den Jahren des „Wirtschaftswunders“ wuchs auch die Tourismusindustrie. Die Italienreise wurde zum erreichbaren Traumziel von immer mehr Bundesbürgern und spielte bei dem „Wir sind wieder wer – Gefühl“ – neben dem eigenen Auto – eine wichtige Rolle als handgreiflicher Beweis der Freiheit und Überlegenheit der sozialen Marktwirtschaft, ganz besonders im Vergleich mit den armen Brüdern und Schwestern in der DDR bzw. Sowjetzone.

Mit dem Anwachsen der Tourismusindustrie mußte das Angebot erweitert werden, wenn der Mann und die Frau von der Straße nach Italien fahren, mußten der „besseren Gesellschaft“ Ausweichziele angeboten werden. Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre wurden Fernreisen in die Länder der Dritten Welt zu einem gut gebuchten Artikel.

Reisen zur Verständigung?

Zwischen 1973 und 1983 hat sich die Zahl der Bundesbürger, die Ferien abseits vom europäischen Kontinent verbrachten, von 610.000 auf 1,3 Mio mehr als verdoppelt, wie der Studienkreis für Tourismus bekanntgab. Dabei sind Nordafrika, die Kanaren und Madeira nicht mitgerechnet!

Es wird immer wieder behauptet, daß Reisen zur Völkerverständigung beiträgt.

Allerdings wird kaum jemand erwarten, daß die Touristikkonzerne, die die Ware Reisen verkaufen, dies leisten können oder wollen. Zu der Zeit als bella Italia das Traumland der deutschen Touristen war – inzwischen ist allenfalls das eigene Haus in der Toskana „in“ –, wurden besonders die italienischen Gastarbeiter diskriminiert (allerdings waren damals

kaum türkische Arbeiter hier). Daß Reisen bildet, stimmt allenfalls insofern, als der bundesdeutsche Tourist feststellt, daß in keinem Land der Lebensstandard höher ist als in der BRD.

Bei der Vermarktung von Fernreisen wird offen auf die rassistischen Gefühle aus der Zeit des Kolonialismus zurückgegriffen:

1930 wurde im Frankfurter Zoo „völkerkundliche Bildung“ vermittelt durch die Ausstellung von Negern aus dem Sara-Kaba-Stamm, die zu diesem Zweck importiert wurden.

1984, aus einer Reisebroschüre über Togo: „Bevor Sie sich für Togo entscheiden, sollten Sie wissen, daß man nicht eines riesigen Zoologischen Gartens wegen nach Togo reist, sondern wegen seiner freundlichen, lebensfrohen Menschen.“ Also ein Menschenzoo?

Kaum anders klingt die Berichterstattung der Frankfurter Allgemeinen (FAZ) über Tourismus in Barbados: „Hotels mit weißen Managern und, als reizvolles exotisches Accessoire, dunkelhäutige Männer und Mädchen im Hintergrund... Ein Dutzend junger Einheimischer springt ins Hafenbecken... 'Hey, big man, a coin, com on, sexy mama, give me a coin! ... Und die Touristen füttern die Negerknaben wie daheim die Enten im Stadtpark.'“²

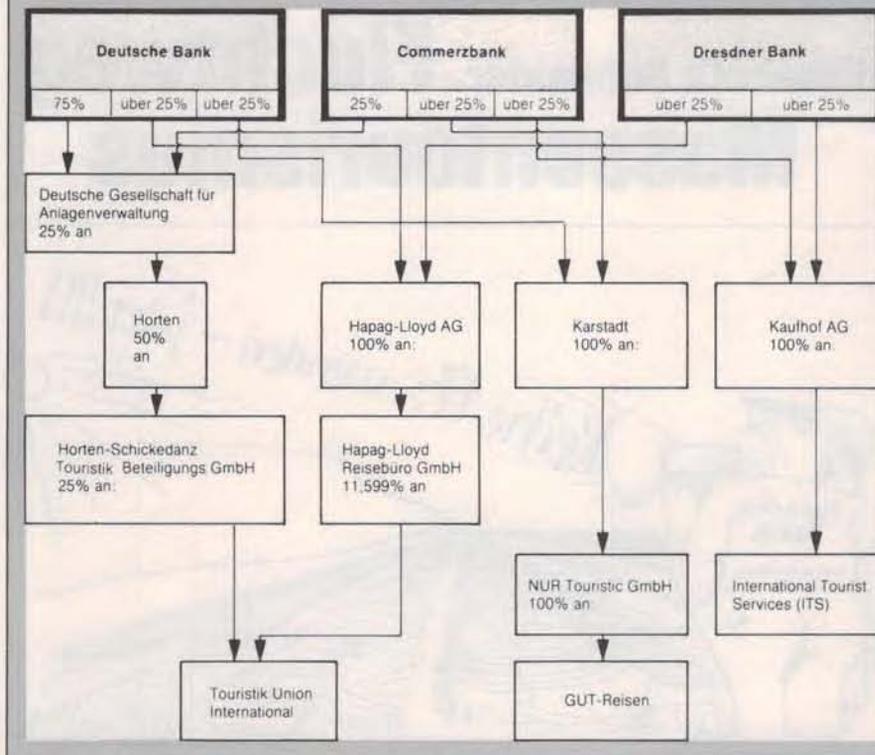
Snob und Alternativtourist

Es wird auch verlorenen Paradiesen nachgetrauert. So lamentiert ein Axel Arnes beispielsweise im FAZ-Magazin vom 16.11.1984 über eine Reise nach Kuba anlässlich der „Convention International de la Mode“ in Havanna 1984: Im ehemaligen Havanna-Hilton habe „die Revolution die Exklusivität vertrieben, die Hotel-Bars sind für die Bevölkerung offen... Herrschaftshäuser sind herrenlos, die Handelshäuser arbeitslos... Es ist, als ob die Farben Trauer trügen. Die dunklen Schleier von Armut und Verfall.“

Trotzdem muß er zugeben: „Nach Mitternacht treten unter freiem Himmel cubanische Tänzerinnen auf. Auch Tänzer. Aber ich schaue mehr den Tänzerinnen auf die langen Beine... Mancher Las-Vegas-Show hängt dagegen der Mief eines Schrebergarten-Sommerfestes in den bunten Röcken... Die 3 Buffets sind um 2 h morgens noch besser bestückt als manches Käferbuffet auf einer Münchner Gartenparty 10 Minuten nach der Freigabe.“

Das Finale: „Ich drücke mich vor den Umkleidekabinen der Tänzerinnen herum. Sie küssen Männer, Freunde, keine bleibt unabgeholt... Die Straßen der Innenstadt sind leer. Kein Stöckelabsatz zeigt sich... Wo sind die Mädchen? ...die

Touristikbranche im Griff der Großbanken



gewissen Mädchen? Castro hat 1959 Glücksspiel und Prostitution verboten. Aber können Huren aussterben? ... Hasenmäßig sieht es auch auf diesem Mode-Kongreß ganz finster aus, obwohl weibliche Wesen aus 35 Ländern anwesend sind. Mädchen, die sich als Mädchen fühlen und die man dieser Weise besprechen und behandeln kann, kommen hier nicht vor.“ Und so trauert Axel Arnes noch seitenlang der schönen Zeit der Mafia-Bosse Meyer-Lansky, George Raft usw. auf Kuba nach.

Stern-Reporter Heinrich Jaenecke liest während einer Fahrt auf dem Nil mit nostalgischer Sehnsucht, wie „Fürst Pückler-Muskau, der einzige Snob von Weltformat, den Preußen hervorbrachte, sich 1837 in Kairo zu einer Nilreise einschiffte“. Sein kleines Gefolge bestand u.a. auch „aus einer abessinischen Sklavin, die ich erst wenige Tage zuvor für eine ziemlich ansehnliche Summe in Kairo gekauft hatte, um die Langeweile einer so weiten Wasserreise etwas angenehmer zu machen... Schon damals mokierte sich die englische Schriftstellerin Amelia Edwards über den Einbruch des Plebs in die klassische Domäne der Globetrotter.“³

Das läßt den Kummer ahnen, den Snobs heute haben, da die Putzfrau längst von Mallorca nach Tunesien vorgedrungen ist und der Facharbeiter sich Jamaika und Thailand leistet. Auch die – teure – Kreuzfahrt bietet nicht ausreichend Exklusivität, wie uns die Werbefilmserie „Traumschiff“ zeigte. Ca. 200.000 Bun-

desdeutsche tickern jährlich auf Luxusdampfern durch die Weltmeere.

Ausgefallene Zielorte sind immer schwieriger zu finden, so daß der Abenteuer-Urlaub immer wichtiger wird und das Abenteuer immer brutaler: In England wird ein Konzentrationslager-Urlaub angeboten, die Bedingungen sollen sehr echt sein. Informationsreise: Sahel-Katastrophe schon wieder? Immer noch? So eine Zeit-Annonce.⁴

Auch der Sextourismus muß seine Angebote ständig erweitern: Eine Internationale Kinderschutz-Organisation stellt

Tourismus und Dritte Welt

Der Tourist, ich als Tourist bin kein Völkerverständiger, kein Botschafter des Friedens, kein Entwicklungshelfer, sondern ein Ausbeuter. Ich bringe nichts, sondern hole woanders, was ich zu Hause nicht finde.

Als Tourist lebe ich auf Kosten anderer: kraft meines Einkommens, kraft des hohen D-Mark-Kurses, dank der Devisenknappheit in der Dritten Welt, dank der Arbeitslosigkeit und den dadurch tiefgehaltenen Löhnen in Entwicklungsländern. Als Tourist lebe ich auf Kosten fremder Kulturen, weil ich meiner eigenen Kultur entfremdet bin.

Als Tourist beute ich zwischenmenschliche Beziehungen woanders aus, weil ich zu Hause einsam bin. Die Tourismusindustrie hilft mir dabei, verführt mich dazu. Sie ermöglicht mir die Flucht aus der Verantwortung, die eigenen Verhältnisse so zu verändern, daß man nicht mehr fliehen braucht.

Peter Braunschweig, 1933-80
(Quelle: A. Schüller, Tourismus, Reihe BRD und „Dritte Welt“, Nr. 12, Kiel 1982, S.1)

Eine Untersuchung der Eigentumsverhältnisse der bundesdeutschen Touristikbranche, die das Reisebüro-Bulletin kürzlich veröffentlichte, offenbart eine Monopolstellung dreier Großbanken: der Commerzbank, der Dresdner und Deutschen Bank (siehe Graphik 1).

Diese Banken halten alleine rund die Hälfte des Aktienkapitals von Karstadt, Horten und Kaufhof, worüber sie maßgeblichen Einfluß auf deren touristische Tochterunternehmen NUR Touristic und International Tourist Services (ITS) ausüben. Diese rangieren unter den Touristikriesen auf Platz 2 und 3. Das größte bundesdeutsche Touristikunternehmen Touristik Union International (TUI) bestimmen die drei Großbanken direkt zu 25% über ihre Horten-Beteiligung, doch muß man ihre indirekte Einflußnahme über die Hapag-Lloyd AG, die wiederum einen TUI-Kapitalanteil von 11% innehat, hinzurechnen.

Die vier größten Touristikunternehmen TUI, NUR Touristic, ITS und Deutsches Reisebüro dominieren ihrerseits den hiesigen Touristikmarkt, ungeachtet des derzeitigen Stagnierens. Die vier Großen vereinigten 1984 alleine 2/3 des Gesamtumsatzes der 16 führenden Urlaubsveranstalter auf sich.

fest, daß 170 Mio Kinder gegen ihren Willen oder unwissentlich in Prostitution, Kinderhandel und Pornographie verwickelt sind.

In der Bundesrepublik Deutschland, den Niederlanden, Japan und den USA würden „Kinder-Sex-Reisen“ nach Sri Lanka, Thailand, den Philippinen und anderen Ländern angeboten. Allein in Colombo, der Hauptstadt Sri Lankas, gäbe es über 2.000 minderjährige männliche Prostituierte.⁵

Der Rucksacktraveller hat mit dem Snob gemeinsam, daß er die „Neckermänner“ verachtet und die Angebote der Touristikkonzerne für die Masse meidet wie der Teufel das Weihwasser. Er gehört schließlich nicht zu den Konsumidioten. Snob und Alternativtourist spielen – wenn auch ungewollt – für die Touristikindustrie eine wichtige Rolle als Pioniere und Trendsetter für neue Zielgebiete. Sie fühlen sich nur in ihrem gewohnten Rahmen wohl: Luxus bzw. die Szene. Auch die Herkunft ist im allgemeinen bei beiden bürgerlich/mittelständisch.

Der große Unterschied liegt, abgesehen vom äußeren Erscheinungsbild, in den Kosten des Urlaubs. Während Jet-Set oder was sich dazu zählen möchte nicht mit einigen Tausendern mehr oder weniger rechnet (je teurer der Urlaub desto höher die Wahrscheinlichkeit „unter sich“ zu sein), liegt der Ehrgeiz des Alternativtouristen darin, einen möglichst billigen Urlaub zu verbringen.

Das illustrieren einige Zitate aus „Alternativen Reiseführern“:



„Südostasien selbst entdecken“, erschienen im Regenbogen-Verlag, hat eine Fülle von Tips, wie man „erbarmungslos feilschen“ könne. Da erfährt man etwa, wo es auf Bali „den billigsten Hummer“ und in Manila die günstigste Prostituierte gibt.

Der Leser erfährt, in welchem Hotel sich „der größte Mädchenmarkt Bangkoks befindet mit hauseigener Klinik... Im ... suchst du dir unter dem Riesenangebot ein nettes hübsches Mädchen und nimmst sie als Begleiterin mit auf deine Thailand-Rundreise. Du mußt ihr lediglich Bus und Essen extra bezahlen, Hotelkosten hast Du ja auch, wenn Du allein wärst. Du hast nun eine wertvolle Thai und Englisch sprechende Begleiterin, welche dir hilft, eine Menge Geld zu sparen...“

In Burkhardt Dreyers Fernost-Reiseführer für Rucksackreisende ist die Stadt Sibolga in Indonesien „ein dreckiger, stinkender, lauter Fischerort mit äußerst neugierigen und lästigen Einwohnern... Die drei Hauptsehenswürdigkeiten der Philippinen sind 'Zigarren, Bier und Mädchen'. Letztere trifft man am besten im ... Park ... ein „guter Aufreißplatz für alleinreisende Traveller.“

Es ist zu empfehlen, die Mädchen täglich zu wechseln, denn: „Im Gegensatz zu den professionellen Thailänderinnen verlieben sich die hiesigen Mädchen meistens in Sie, bestärkt durch den Glauben, man würde hier die Mutter seiner Kinder suchen.“ Sollte der Gentleman einen Tripper erwischen, hat er natürlich die

Adresse eines guten Arztes.

Natürlich verhält sich nicht jeder Tourist – ob Alternativer oder Neckermann – wie ein Schwein. Aber jeder bundesdeutsche Tourist ist, besonders in Ländern der Dritten Welt, ein Privilegierter. Die Kosten seiner Reise übersteigend das Jahres Einkommen der meisten Menschen dort.

Wie soll es da zu gleichberechtigten Kontakten kommen? Was bedeutet es unter diesen Umständen z.B. die Gastfreundschaft anzunehmen? Wäre man/frau bereit, die gleiche Gastfreundschaft hier zu gewähren, wenn die Leute z.B. als Asylanten kämen oder als „Wirtschaftsflüchtlinge“?

Wie fühlt man sich, wenn man Pfennigbeträge an Bettler verteilt? Ist es nicht praktisch, mit abgetragener Kleidung oder anderen gebrauchten Sachen, wie alten Fotoapparaten usw. einen Teil des Urlaubs zu finanzieren?

Diese Masche läuft allerdings nicht nur in Ländern der Dritten Welt. Viele Touristen in Jugoslawien und Rumänien z.B. wenden diese Methode an. Hinzu kommt jedoch der Vorteil, daß man in unterentwickelten Ländern den Fotoapparat als gestohlen erklären kann, da die örtliche Polizei und die deutsche Versicherungsgesellschaft weiß, daß die Anzahl der Diebe sehr hoch ist und daher anstandslos unterschreibt bzw. bezahlt.

Der Tourist – und zwar gilt dies auch für bei uns diskriminierte und unterdrückte Gruppen, Schichten und Klassen wie Frauen, Homosexuelle/Schwule und Ar-

MITTEL AMERIKA MAGAZIN

MM Nr.45/März 85

Nicaragua: Keine Waffenruhe an Nicaraguas Atlantikküste – Frischer Wind an der Atlantikküste Dolchstoß für Contadora? – Streit in der Kirche Nicaraguas: Hand in Hand mit der CIA – Arbeitsbrigaden; Der Krieg ist alltäglich – Brigadistinnen entführt Ein Entführer bei der Contra: "Sie töten die Leute und bringen das Essen nach Cuba" – *El Salvador:* Nach neun Monaten Duarte-Regierung: Kein Land in Sicht *Guatemala:* Wohnungsnot: Friede den Palästen-Krieg den Hütten – Menschen verschwinden - Die Angehörigen organisieren sich

MM Nr.46/April 85

Guatemala: Kleinflugzeug kann hart zuschlagen – **Nicaragua:** Inflationsbekämpfung als Wirtschaftskonzept – Kaffeeernte Beendet: Mäßiges Ergebnis – Ausflug in die BRD – *El Salvador:* Aufgewärmt schmeckt besser – Wir trauern um.... – **Karibik:** Plünderung des Paradieses (I) – Fremde Im Paradies – **Rückblick:** Das Vermächtnis der Monroe Doktrin – **Kultur:** Der Aufstand der Wände

7. Jahrgang von NICARAGUA AKTUELL
Erscheint 10mal im Jahr. 32 Seiten.
Einzelpreis 3.- DM. Ich bestelle hiermit:

..... Exemplar(e) MM Nr.
..... Normalabo(s) MM (6 Hefte) 18.- DM
..... Solidaritätsabo(s) MM 28.- DM
..... Luftpostabo(s) MM 28.- DM
 ein Probeheft MM

Name:

Anschrift:

Datum, Unterschrift:

Die Bestellung kann innerhalb einer Woche
widerrufen werden; bitte schicken an:

Magazin Verlag, Königsweg 7, 2300 Kiel 1

beiter – befindet sich in einer Situation, die an die des Kolonialherren erinnert und die vergleichbar ist mit der des Entwicklungshelfers, Experten oder europäischen Auswanderers, z.B. nach Südafrika.

Je nach politischem Bewußtsein wird die unübersehbare Armut der Menschen als pittoresk, bedauerlich oder empörend empfunden. Oder sie wird mit Sprüchen wie „arm aber glücklich“ verdrängt bzw. als naturgegeben angesehen, die Leute sind faul, unfähig, korrupt.

Genauso naturgegeben sind die eigenen Privilegien. Selbstverständlich hat der deutsche Tourist das Recht die Welt kennenzulernen bzw. zu bereisen – zum kennenzulernen gehört ein Interesse, das bei den meisten nicht vorhanden ist. Er setzt auch voraus, überall die Bedingungen zu finden, die er braucht.

Das Luxushotel sollte schon mal lokale Spezialitäten, allerdings etwas europäisiert, anbieten. Der Alternative ist mal Foufou mit den Fingern, greift aber doch lieber auf Teashops u.ä. zurück, die es inzwischen fast weltweit gibt, da die Leute nicht sauber sind. Der Dreck im Teashop stört dagegen nicht.

„Arm aber glücklich“

Die Erwartung Dreck und ungenießbares Essen zu finden, ist so groß, daß manche Touristen schon bei der Ankunft Magenkrämpfe bekommen, noch ehe sie nur einen Bissen gegessen haben. Kenner verlassen sich auf importierte europäische Produkte wie französisches Mineralwasser. Leitungswasser im Eiswürfel oder beim frischen Salat wird großzügig übersehen und kann daher dem Magen nichts anhaben.

Länder wie Algerien, die dem Tourismus reserviert gegenüberstehen und die sich bei der Erteilung des Visas Zeit lassen bzw. die Visaerteilung sogar von Fall zu Fall verweigern, stoßen auch bei fortschrittlichen Deutschen nicht unbedingt auf Verständnis. Die anderen finden es unverschämt, daß man die gute DM nicht zu würdigen weiß. Daß die BRD oder die USA sich ebenso verhalten, ist ja schließlich was ganz anderes.

Man versteht auch nicht, daß der Club Méditerranée aus Algerien verwiesen wurde, weil Algerier zu dem Feriendorf keinen Zutritt hatten, es sei denn als Bedienstete. Der Club handhabt das überall so, und ist es nicht angenehm, nicht belästigt zu werden? Der Mann oder die Frau, die ein Abenteuer sucht, hat ohnehin keine Clubferien gebucht. Und das Problem, daß man das Abenteuer nicht mit auf's Zimmer bringen kann, gibt es in vielen Hotels.

Ist es nicht ärgerlich, daß viele Menschen

sich nicht als Fotoobjekt zur Verfügung stellen wollen, manchmal nicht mal gegen Bezahlung? Der Nutzen, den Länder der Dritten Welt aus dem Tourismus ziehen, ist zweifelhaft, selbst wenn man nur die Deviseneinnahmen in Betracht zieht. Die Einnahmen von 10 Mrd DM, die die BRD aus dem Auslandstourismus erzielt, sind für Touristik-Manager/Ministerien dieser Länder ein unerreichbares Traumziel.

Bevor sie mit den Touristikkonzernen überhaupt ins Geschäft kommen, sind teure Leistungen zu erbringen: Straßen, Transportmittel, Bau von Hotels und Feriencentren, soweit dies nicht direkt von den Touristikkonzernen übernommen wird, Import von Gütern aller Art, von der Bettwäsche über den Whisky bis zur Kücheneinrichtung, Ausbildung von Personal. Wenn die Investitionen erbracht sind und sie in die Programme aufgenommen werden, sind sie abhängig von deren „guten Willen“.

Eine Kursschwankung, soziale Unruhen oder zu hohe Forderungen können zum Desinteresse der Touristikkonzerne führen, und die teuren Hotels stehen leer. Der größte Teil des Profits bleibt ohnehin im Land, d.h. in der BRD.

Für die Bevölkerung bleiben schlecht bezahlte Arbeitsplätze – Manager o.ä. sind oft Europäer –, Verteuerung der Lebensmittel, Verknappung des Wassers und, wie in einer Dokumentation des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit „Tourismus in Entwicklungsländern“ zu lesen steht: „Ansteigen von Kriminalität, Prostitution und Geschlechtskrankheiten ... und lakonisch: „Der sogenannte Tourismus der Reichen in die Länder der Armen wird – bei aller berechtigten Kritik an der Fragwürdigkeit seines derzeitigen Nutzens – für die Länder der 3. Welt weiterhin stattfinden.“⁶

Erfreulich ist die Tatsache, daß die Zahl der kleinen Reiseunternehmen zunimmt, welche Reisen organisieren, die echte Begegnungen erlauben. Treffen zwischen Gewerkschaftern, Lehrern, Frauen oder Reisen, die unter bestimmten Themen stehen wie Kultur, Gesundheitswesen usw. bedeuten allerdings einen nicht unerheblichen Aufwand für das Reisebüro und die einzelnen Stellen des betroffenen Landes, so daß große Touristikkonzerne an dieser Art von Reisen nicht interessiert und auch in vielen Ländern keine Voraussetzungen dafür vorhanden sind.

Anmerkungen:

- 1) Daten nach: Frankfurter Rundschau (FR), 9.11. und 24.10.1984
- 2) Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 11.11.1983
- 3) Der Stern, 18.10.1984
- 4) Die Zeit, 21.8.1978. Eine Annonce
- 5) FAZ, 30.11.1984
- 6) FR, 6.3.1982

9. BUKO im Zeichen der Ökologiedebatte



Vom 16.-19. Mai d.J. fand in Freiburg der 9. Bundeskongress (BUKO) entwicklungspolitischer Aktionsgruppen zum Thema „Ökologie und Dritte Welt“ statt. Dabei wurde die Rekordbeteiligung vom letzten Jahr (siehe AIB 7-8/1984, S. 75) mit diesmal 600 Teilnehmern aus ca. 200 Gruppen um einiges übertroufen.

Dies ist nicht nur dadurch bedingt, daß hier ein Thema aufgegriffen wurde, das auch über die Dritte-Welt-Bewegung hinaus auf großes Interesse stößt. Durch seine kontinuierliche Kampagnen- und Informationsarbeit und durch die Zusammenarbeit mit der Friedensbewegung ist der BUKO viel mehr ein ernst zu nehmender politischer Faktor geworden. Die diesmalige Teilnahme etwa der Jusos und der Grünen deuten darauf hin.

Zusammengehen von Gewerkschafts- und Ökologiebewegung

In 12 Arbeitsgruppen und 23 Workshops wurde das Kongreßthema anhand von Länderbeispielen (z.B. Waldabholzung in Brasilien, Pflanzenschutz in Nicaragua) und Themenkreisen (z.B. Bevölkerungspolitik, Giftexporte, Auswirkungen der Atomtechnologie, Verstädterung, Raubbau an Bodenschätzen) erörtert.

Zu einer Zusammenfassung und Verallgemeinerung der Diskussionsergebnisse leistete Prof. Elmar Altvater in einem Referat zum Verhältnis von Ökologie und Ökonomie einen gewichtigen Beitrag.

Er stellte fest, daß zwischen dem Ziel der Erhaltung einer natürlichen Umwelt und der Existenz eines marktwirtschaftlichen Systems ein unauflöslicher Widerspruch klafft, der sich sowohl im gesellschaftlichen als auch im persönlichen Bereich ausdrückt. So zerstört z.B. ein Arbeiter, der, um seinen Lebensunterhalt zu verdienen, gezwungen ist, sich als Waldarbeiter an der Abholzung der Wälder zu beteiligen, seine eigenen Lebensgrundlagen.

Altvater wies nach, daß die Wirtschaftskrise und vor allem die Verschuldung die Dritte Welt zu einem verstärkten Raubbau an ihren Ressourcen zwingt, was ihre Probleme langfristig nur noch vergrößern wird.

Er forderte deshalb ein Wirtschaftssystem, das nicht mehr im Widerspruch zur Ökologie steht und das nur durch ein Zusammengehen von Gewerkschaften und Ökologiebewegung erreicht werden könne.

Der BUKO griff bereits zuvor in seiner Praxis einige der in der Diskussion behandelten Themen auf. So wandte sich die auf dem 8. BUKO begonnene Kampagne gegen Futtermittelimporte aus Ländern der Dritten Welt einerseits gegen die Verschlechterung der Nahrungsmittelversorgung in den Hungergebieten der Dritten Welt. Andererseits will sie dazu beitragen, die Zerstörung des Landbaus durch vermehrten Pestizideinsatz und Monokulturen in den futtermittelexportierenden Ländern aufzuhalten.

Auf dem BUKO wurde eine engere Zusammenarbeit zwischen der Pharmakampagne, die sich gegen die Geschäfte der Pharmakonzerne in der Dritten Welt wendet, und dem Pestizid-Aktions-Netzwerk, das sich gegen den Einsatz von Pestiziden richtet, angeregt. Die verantwortlichen Konzerne sind großteils dieselben.

Kampagnen gegen BRD-Konzerne

Auch die Kampagne gegen Rüstungsexporte soll weiter geführt werden. So beteiligt sich der BUKO z.B. an Aktionen gegen Rüstungslieferungen an Südafrika.

Der 9. BUKO beschloß zudem, Aktionen, die von anderen Organisationen durchgeführt werden, zu unterstützen. Dies gilt für die Kampagne gegen die Ausbeutungspraktiken der Kaffeekonzerne, die von Mittelamerika-Komitees und Dritte-Welt-Läden durchgeführt wird und im Herbst mit einer Aktionswoche beginnt. Ebenfalls Unterstützung fand die Spendenkampagne für Nicaragua von medico international und dem Informationsbüro Nicaragua, die gegen das US-Handelsembargo gerichtet ist (siehe Infodienst, S.41).

Überhaupt läßt sich eine deutliche Politisierung des BUKO feststellen, wenn man die dort verabschiedeten Resolutionen und Aktionen betrachtet. So beschloß man an Aktionen gegen den – inzwischen ausgesetzten – Stroessner-Besuch teilzunehmen, verurteilte die Atomversuche Frankreichs und der USA sowie die beabsichtigte Atommüllversenkung Japans im Südpazifik.

Man wandte sich außerdem gegen eine Aufweichung der Asylpraxis und forderte die einzelnen Gruppen auf, sich an Initiativen gegen die Ausländerfeindlichkeit zu beteiligen.

Bezüglich Südafrika forderte der BUKO die Einstellung des Prozesses gegen die Führungsmglieder des Oppositionsbündnisses UDF sowie die Freilassung des ANC-Führers Nelson Mandela.

Merkwürdig mutet in diesem Zusammenhang die Einladungspraxis des BUKO an Vertreter von Befreiungsbewegungen an.

Neben den international anerkannten Bewegungen wie SWAPO und ANC, die im Südlichen Afrika an der Spitze des Befreiungskampfes stehen, waren auch diesmal wieder Vertreter anderer Organisationen wie SWANU, Black

Consciousness Movement und PAC anwesend. Sie sind in ihren Ländern entweder kaum existent oder bekämpfen die SWAPO und den ANC.

Darauf, daß sich dies bald ändern könnte, läßt die Zusammensetzung des neuen Koordinierungsausschuß (KA), dessen politisches Mandat bestätigt wurde, freilich nicht schließen. Ihm gehören der Arbeitskreis Afrika (AKAFRIK, Münster), die Initiativgruppe 3. Welt (IG3W, Ascheberg-Herbern), medico international, der Dritte-Welt-Laden Fulda, IG3W Neuss, die Aktion Dritte Welt (Freiburg) und die Informationsstelle Lateinamerika (ila) an. Der nächste BUKO der 1986 stattfinden wird, soll das politische Konzept des BUKO überprüfen und weiterentwickeln. „Die innerhalb des BUKO und seiner Kampagnen entwickelten Positionen gründen sich auf einige Grundpositionen“, so der verabschiedete Vorschlag für den 10. BUKO, „die sich inzwischen zu einem ... Grundkonzept verdichtet haben.“ Dieses „eher diffuse Grundkonzept“ soll überprüft und weiterentwickelt werden.

Zu diesem Zweck sollen Vertreter vergangener Solidaritätskampagnen – „von Algerien über Vietnam bis Mittelamerika“ – eingeladen werden. „Vor dem Hintergrund einer kritischen Auseinandersetzung mit den Positionen der Vergangenheit“ sollen „Ansätze der neuen Strategie für die Dritte-Welt-Bewegung“ erarbeitet werden. Dabei soll das Verhältnis zur offiziellen Entwicklungspolitik, zu politischen Parteien und zu anderen sozialen Bewegungen sowie eine Strategie der Auseinandersetzung mit den Multis diskutiert werden.

Mit dieser Themenstellung dürfte eine nützliche und lebhaft Diskussions vorprogrammiert sein.

Petra Sittig

Miskitos und FSLN



Die Politik der Sandinisten gegenüber den Miskito-Indianern in Nicaragua

Noch vorrätig: MISKITOS UND FSLN – INDIANERPOLITIK IN NICARAGUA. Hintergründe über Bemühungen und Probleme der Sandinistas beim Umgang mit den indianischen Stämmen. Einzel Exemplare gegen 0,80 DM Portoanteil; 10 Exemplare für 6.- DM, 100 Exemplare für 25.- DM auf das Konto 1457 19-608 beim Postgiroamt Frankfurt (BLZ 500 100 60) Röderberg-Verlag, Postfach 4129, 6000 Frankfurt 1 mit Vermerk: Stückzahl/Indianerpolitik. Überschüsse gehen auf das Spendenkonto der FSLN.

Peter Schütt

Weltliteratur aus Marokko

Driss Chaibris Roman „Diese Zivilisation, Mutter!“

Jährlich fliegen mehr als 80.000 bundesdeutsche Touristen nach Marokko, um dort Ferien vom westeuropäischen Alltag zu machen. Und obwohl sich neben den reinen Badeurlaubsangeboten auch die Rundreisen quer durch das Land zwischen Atlantik, Atlasgebirge und Sahara-Rand steigender Beliebtheit erfreuen, findet eine Begegnung zwischen den Völkern und ihren Kulturen kaum statt. Die islamisch-afrikanische Szenerie wird allenfalls als exotischer Sinnenkitzel wahrgenommen. Kulturelle und soziale Zusammenhänge rücken bei den Urlaubern aus dem Norden kaum ins Blickfeld.

Kulturell nicht „in“

Auch der zeitweilige oder dauernde Aufenthalt von fast 100.000 Marokkanern als Gastarbeiter oder Gastarbeitslose in der Bundesrepublik trägt kaum zur interkulturellen Begegnung bei.

Die Möglichkeiten der bei uns lebenden Nordafrikaner, ihre nationale und kulturelle Identität zu bewahren und den Alteingesessenen vorzuführen, sind noch geringer als die ihrer islamischen Glaubensbrüder und -schwestern aus der Türkei. Anders als in Frankreich hat sich in der BRD nirgendwo eine maghrebinische Subkultur behaupten können, sieht man einmal von ein paar marokkanischen Restaurants ab.

Das deutsche Interesse an Marokko ist allerdings erstaunlich alt und entsprang nicht nur ehrenwerten Motiven. Ich erinnere nur an den „Panthersprung“ wilhelminischer Kanonenboote auf Agadir kurz vor dem 1. Weltkrieg. Trotz vielfältiger eurozentrischer und frühkolonialer Vorurteile haben aber deutsche Afrikaforscher wie Leo Frobenius und Gerhard Rohlfs im 19. Jahrhundert viel zur Entdeckung und zum Verständnis der nordafrikanischen Kulturreichtümer beigetragen.

Namentlich Frobenius war dabei von dem Ideengut der deutschen Romantik geprägt und übertrug den von den chauvinistischen Schwärmern erfundenen Gegensatz zwischen französischem Verstand und deutscher Seele auf die Analyse der Kulturen Afrikas. In seiner Darstellung wurden die Nordafrikaner, zu-

mal die handeltreibenden Marokkaner, zu gefühllosen Verstandesmenschen, während umgekehrt die im Wald lebenden Schwarzafrikaner mit schwarzen, sprich: deutschen Seelen ausgestattet wurden.

Dieses Mißverständnis wurde mehr als ein halbes Jahrhundert später von Leopold Senghor, dem senegalesischen Apostel der Negritude, aufgegriffen und zunächst produktiv und progressiv für den Prozeß der kulturellen Identitätsfindung bei den kolonial unterdrückten Völkern Afrikas weiterentwickelt.

Deutsche Schriftsteller haben sich nur selten Marokko zugewandt. Eine Ausnahme bildet Elias Canetti. Seine marokkanische Skizzensammlung „Die Stimmen von Marrakesch“, 1984 in einer wunderschönen, von Wolfgang Werkmeister illustrierten Ausgabe der Bücher-gilde Gutenberg neu herausgekommen, ist Mitte der 50er Jahre entstanden.

Sie beobachtet mit einer Vorliebe für das pittoreske, folkloristische Detail den Alltag namentlich in den jüdischen Altstadtvierteln von Marrakesch, ist aber auf eine heute doch befremdliche Weise unbeteiligt an den sozialen Problemen und Auseinandersetzungen, die sich zweifellos schon damals, während des Kampfes um die nationale Unabhängigkeit, abzeichneten.

Im Nachhinein scheint unbegreiflich, wie einem so sensiblen Autor wie Canetti

die Spannungen zwischen der französischen Kolonialmacht und dem nationalen Widerstandswillen der städtischen Bevölkerung verborgen bleiben konnten. 1955, als Canetti seine Aufzeichnungen machte, erzwangen Massenbewegungen die Rückkehr des nach Madagaskar verbannten Sultans Mohammeds V. und den Rückzug der französischen Kolonialmacht.

Ohne dieses Vor- und Beispiel wäre der algerische Befreiungskrieg der folgenden Jahre kaum denkbar gewesen.

Marokkanische Literatur ist hierzulande so gut wie unbekannt. Man muß schon auf ein Buch aus der DDR, das offiziell aufgrund eines Verlagsstreits in der BRD nicht einmal vertrieben werden darf, zurückgreifen, um das Werk eines marokkanischen Autors von Weltrang zu lesen, und diese Ausgabe geht auf eine russische Veröffentlichung zurück und wird von einer sowjetischen Literaturwissenschaftlerin kommentiert.

Ich meine Driss Chaibris Roman „Diese Zivilisation, Mutter!“ (124 S.), 1982 in der Leipziger Reclam-Reihe erschienen. Die DDR hat übrigens im Dezember 1984 ein erstes Kulturabkommen mit dem Königreich Marokko abgeschlossen, im Gegensatz zur BRD, die sich bisher auf Abkommen über Handel, Tourismus und Gastarbeiter beschränkte.

Driss Chaibris Roman ist einer der großen und bleibenden Beiträge unserer Epoche zu einem ihrer Hauptthemen



und -probleme, der Befreiung der Frauen aus jahrtausender alter Unterdrückung und Erniedrigung, mit Gorkis „Mutter“ in mehrfacher Hinsicht verwandt und vergleichbar.

Driss Chraïbi stellt den erstaunlichen, in manchen Episoden geradezu orientalisches wundersamen, märchenhaften Emanzipationsprozeß seiner Frau als Ich-Erzähler dar. Er setzt im häuslichen und individuellen Bereich ein, beginnt beim ganz Kleinen, bezieht aber nach und nach mit bemerkenswertem erzählerischen Witz und Geschick weltpolitische Vorgänge in die Küchengeschichte ein. Individuelle, nationale und weltpolitische Befreiung werden zueinander in Beziehung gesetzt. Die ganze Sache spielt während der 40er Jahre im französischen Protektorat Marokko, zur selben Zeit, als der 2. Weltkrieg außerhalb der Landesgrenzen die bisherige Weltordnung aus den Angeln zu heben droht. Während ringsum die Völker um ihr Überleben und um ihre Befreiung nicht nur vom Hitlerfaschismus ringen, treffen sich im marokkanischen Casablanca die Führer der Antihitlerkoalition, um über die Gestaltung der Welt von morgen zu beraten.

Es gehört sicher zu den großen Höhepunkten der zeitgenössischen Weltliteratur, wie die Heldin des Romans zu den Großen, den vermeintlichen neuen Herren dieser Welt vordringt, um vor ihnen unmißverständlich den Anspruch der Frauen wie der kolonial unterdrückten Völker auf Gleichberechtigung, Befreiung und Mitsprache zu Gehör zu bringen.

Das Eingreifen einer namenlosen Frau in die Weltpolitik wird durch ihren individuellen Entwicklungsweg sorgfältig vorbereitet und begründet.

Die beiden heranwachsenden Söhne führen die ewig Eingeschlossene in die Außenwelt: zum ersten Mal schaut die Frau in einen offenen Himmel, erlebt sie städtisches Treiben und erfährt die Segnungen der Zivilisation. Sie sieht im Kino, daß es außerhalb von Marokko noch ganz anderes zu sehen gibt.

Sie hört im Radio ganz und gar fremde Menschen zu sich reden, sie beginnt schließlich, mit Gott und der Welt zu telefonieren. Sie lernt lesen und schreiben und begreift, daß Wissen Macht ist. Bis sie eines Tages feststellt: „Nun bin ich groß“, und sich daran macht, in die Geschichte ihres Landes einzugreifen.

Angesichts der gegenwärtigen Verhältnisse nicht nur in Marokko mag dieser nun schon fast historische Frauenbefreiungsroman uns wie eine kühne, optimistische Utopie vorkommen. Aber vergleicht man Driss Chraïbis revolutionären Optimismus mit dem Entwicklungsroman der Algerierin Aïcha Lemsine – 1979 unter dem Titel „Die Entpuppung“ in der Rowohlt-Reihe „die neue

frau“ erschienen –, so wird deutlich, daß wir Mitteleuropäer uns aufgrund einseitiger Berichte aus Ländern wie Iran oder Saudi Arabien kein vorurteilsfreies Bild über den Fortgang der Emanzipation in den islamischen Ländern machen. In Wahrheit vollziehen sich namentlich in den Maghreb-Staaten unter den Frauen allen Widersprüchen zum Trotz rasche revolutionäre Entwicklungsprozesse.

An den Hungerrevolten, die Anfang 1984 in Ländern wie Senegal, Ägypten, Tunesien und vor allem Marokko ausbrachen, waren sehr viele junge Mädchen und Frauen beteiligt und stellten zur Verwunderung der Obrigkeiten oft die Mehrheit.

Die jungen Frauen, die in der Schule lesen und schreiben und manches mehr gelernt haben, ohne daß die Gesellschaft ihnen entsprechende berufliche Perspektiven bietet, sind zu einen revolutionären Potential geworden.

Zu Beginn des Jahres 1984 wurde die Hungerrevolte in den marokkanischen Großstädten noch einmal blutig niedergeschlagen, ähnlich wie der Aufstand in Petersburg 1905. Inoffizielle Berichte sprechen von über 3.000 Ermordeten, unter ihnen viele Schülerinnen und Schüler unter 16. In Ländern wie Marokko werden vor allem Frauen früh erwachsen, früh verheiratet und frühreif für die Revolution. Warum das so ist, erfährt man in den Büchern von Driss Chraïbis.

Rebellion der Frauen

Die Analysen von Chraïbi und Aïcha Lemsine sind nahezu identisch.

Die Frauenunterdrückung ist die Hauptursache für die Rückständigkeit in den islamischen Regionen der Erde. Sie halbiert die Kraft der Menschen, sich gegen Hunger, Elend, Unwissenheit, Unterentwicklung und Unterdrückung zur Wehr zu setzen, um die Hälfte. Sie lähmt das gesamte soziale und politische Leben und führt zur Isolierung von fortschrittlichen Bewegungen im Weltgeschehen. Es war übrigens nicht immer so.

In ihrer Blütezeit im frühen Mittelalter kannte die islamische Kultur im Gegensatz zum christlichen Abendland weibliche Professoren, Ärzte, Lehrer, Philosophen, Wissenschaftler und Dichter, zum Beispiel im maurischen Spanien.

Erst später, als die Araber vom Norden her bedrängt und immer zurückgedrängt wurden, wurde der Druck nach innen weitergegeben, an die Schwächeren, die Sklaven, Kinder und Frauen. Sklavenhaltung, Kinderarbeit und Frauenunterdrückung bildeten sich erst in der Periode des Niedergangs und der Einkreisung des islamischen Kulturkreises heraus. Auch darüber erfährt man etwas aus den Büchern der Nordafrikaner.

Driss Chraïbi schreibt auf Französisch und lebt wie viele afrikanische Autoren in Paris im Exil, weil die derzeitigen Zustände im Königreich Marokko ihm nicht erlauben, in seinem Heimatland literarisch oder gar politisch zu arbeiten. Wie es linken Intellektuellen und nicht nur ihnen im Reiche Hassans II. ergehen kann, mag man im Marokko-Bericht einer amnesty-Mission vom Mai 1982 nachlesen.

Seit dem Koalitionsvertrag mit Libyen vom Oktober 1984 hat sich daran grundsätzlich nichts geändert. Allerdings sind in letzter Zeit mehrere linke Gruppen, unter ihnen die KP des Landes, aus der Illegalität herausgetreten.

Die Wirkungsmöglichkeiten der arabisch schreibenden Autoren Marokkos sind aufgrund des immer noch vorherrschenden französischen Einflusses im Kultursektor nach wie vor begrenzt. So bleibt den meisten Schriftstellern nur der Rückgriff auf die Kolonialsprache.

In Frankreich gehören Chraïbis Romane zusammen mit den Werken seiner marokkanischen Kollegen Ahmad Saffriwi, Muhammed Khair ad-Din, Ahmad Katibi und Tahar Ben Gallun, den bekanntesten Vertretern der „Maghreb“-Literatur, zu den am meisten diskutierten Büchern und bilden auf seiten der Linken ein Gegengewicht gegen die Kulturdemagogie der Neuen Rechten, die jede Form der kritisch-realistischen Literatur und Kunst am liebsten totsagen würden.

Übrigens sind die „Maghreb“-Dichter seit über 10 Jahren ständige Teilnehmer der afroasiatischen Schriftstellerbegegnungen in Taschkent und erfreuen sich mit ihren übersetzten Büchern namentlich bei den islamisch beeinflussten Völkern im Süden der Sowjetunion großer Popularität.

Diese Dichtung gilt es für die Bundesrepublik erst zu entdecken. In nicht weniger als neun großen Romanen hat sich der demnächst 60jährige Driss Chraïbi mit der sozialen Entwicklung in seiner Heimat nach der Unabhängigkeit auseinandergesetzt, immer wieder mit der Frauenfrage, mit den Ursachen des Hungers, mit der Hoffnungslosigkeit der Jugend, mit den Bedrängnissen der nordafrikanischen Gastarbeiter in Frankreich, mit der Arroganz der Macht und dem Leid der Verfolgten und Verdammten dieser Erde.

Wer die komplizierten und äußerst widersprüchlichen Prozesse in Marokko verstehen will, der sollte nicht länger zu solchen Karl-May-Büchern wie Konzelmans „Allah“-Bestseller greifen, sondern die Literatur lesen, die glaubwürdig, eindrucksvoll und realistisch Kunde vom Leben der Völker Nordafrikas gibt, die Werke ihrer Autoren. Driss Chraïbi ist nur einer von ihnen.

Beiträge zu sozialen Bewegungen,
zu internationalen Entwicklungen
und zur sozialistischen Theorie.
Politische Analysen und Informa-
tionen.

'links' - das Diskussionsforum für
die Linke.

links

Monatlich 36 Seiten. Einzlexem-
plar DM 4,- / Jahresabo DM 45,-

Zu beziehen über: 'links', Post-
fach: 591, 6050 Offenbach 4.
Probeexemplar kostenlos!

Rezension

Medien und Informationsordnung

Im Rahmen der Diskussion um neue Technolo-
gien und ihre Auswirkungen nimmt die Diskus-
sion um die Neue Internationale Informations-
ordnung einen wichtigen Raum ein. Zahlreiche
Neuerscheinungen dokumentieren dies. Die
wichtigsten, die auch für Neulinge einen Ein-
stieg ermöglichen, sollen hier vorgestellt wer-
den.

Die Aufsatzsammlung
**Medienmacht im Nord-Süd-Konflikt. Die Neue
Internationale Informationsordnung**, Red.
Reiner Steinweg in Zusammenarbeit mit Jörg
Becker, Frankfurt/M. 1984, 442 S., 16 DM

ermöglicht einen guten Einstieg in die Thema-
tik Neue Informationsordnung und Medien in
der Dritten Welt.

Jörg Becker beschreibt in seinem einleitenden
Aufsatz die Geschichte der Berichterstattung
über die Dritte Welt und deren Auswirkungen
auf das dortige nationale Kultur- und Kom-
munikationswesen. Dabei zeigt er auf, wie das
Umgehen mit den Entwicklungsländern stets
von wirtschaftlichen Voraussetzungen be-
stimmt war.

In sechs Punkten begründet er vom Stand-
punkt der Entwicklungsländer aus, warum der
vom Westen vertretene „neutrale“ freie Infor-
mationsfluß die gegenwärtige kommunika-
tionspolitische Ungleichheit verschärft. Span-
nend sind seine abschließenden Thesen, war-
um dieser „freie“ Informationsfluß auch den
nationalen Interessen der Bundesrepublik
Deutschland schadet.

Thomas Siebold zeichnet in seinem Beitrag die
historische Entwicklung der Weltnachrichten-
ordnung nach, von der Entstehung der ersten
Nachrichtenagenturen in Europa über die Er-
richtung eigener Agenturen in den USA bis zur
Herausbildung der gegenwärtigen Struktur der
Nachrichtenordnung. Anhand zahlreicher Un-
tersuchungen belegt er die völlige Unterreprä-
sentanz der Dritten Welt in den westlichen
Medien. Er unterstreicht, daß zu erwarten sei,
daß „sich die Informationskluft zwischen In-
dustrie- und Entwicklungsländern noch er-
weitert... Die gegenwärtig stattfindende Revo-
lution im Nachrichtenwesen, die Einführung
der Computertechnologie und, damit verbun-
den, die Vervielfachung der Speicherkapazität
und Übermittlungsgeschwindigkeit von Infor-
mationen können nur die finanzstarken Agen-
turen für sich nutzen.“ (S.85)

Diese These wird in der Untersuchung von
Cees Hamelink weiter untermauert. Er führt
aus, daß „in den meisten Entwicklungsländern
... die Informationstechnologie nicht in erster
Linie eingeführt (wurde), um die Grundbedürf-
nisse der Bevölkerung zu befriedigen, sondern
als Versorgungssystem für die sich ausdehnen-
den transnationalen Unternehmen.“ (S.125)
Er beweist dies am Fall Algeriens, wo die Ein-
führung effektiver und ausgedehnter Kommu-
nikationsnetze zur Abhängigkeit von trans-
nationalen Elektrogiganten wie Nippon Elec-
tronic und ITT geführt hatte. Als positives
Beispiel führt er Indien an, das 1978 eine To-
chterfirma von IBM verstaatlichte und die Com-
puter nun in Übereinstimmung mit eigenen
Entwicklungszielen einsetzt.

Veronika Metzke-Mangold geht in ihrem Beitrag
auf Alternativen zur Mediendominanz der
westlichen Nachrichtenagenturen ein, auf den

Nachrichtenpool Blockfreier Staaten und den
Inter Press Service, die als „erstes praktisches
Ergebnis, aber zugleich auch Motor und damit
Teil der angestrebten Neuordnung“ (S. 204)
verstanden werden.

Rafael Raconoglio zeichnet die wesentlichen
Argumente zur Schaffung einer neuen Infor-
mationsordnung nach, die als wesentliches Ziel
eine Demokratisierung der internationalen
Kommunikationsstruktur habe. Anhand der
Diskussion der Medienmultis im Jahr 1981 auf
einer Konferenz „Stimme der Freiheit“ be-
weist er, daß diese versuchen, die Neuordnung
zu torpedieren, sie als Projekt des „Ostblocks“
zu diffamieren. Er ordnet den Kampf für die
neue Informationsordnung ein in die Ausein-
andersetzung der Entwicklungsländer mit den
transnationalen Konzernen überhaupt.

Jörg Becker gilt seit vielen Jahren als der Ex-
perte für Fragen der Informationstechnologie
und ihre Auswirkung in der Dritten Welt. Von
ihm stammt das zweite Buch, das hier bespro-
chen werden soll:

**Jörg Becker, Informationstechnologie in der
Dritten Welt. Eine kritische Analyse theoretischer
und empirischer Studien**, Frankfurt/M.
1984, 172 S., 28 DM.

Im einleitenden Kapitel geht er auf die wach-
sende Bedeutung der Informationstechnolo-
gien ein, wobei er die sicher nicht unumstrit-
tene These aufstellt, daß „den hier zur Debatte
stehenden Informationstechnologien ein
Moment gesellschaftlichen Wandels eigen ist...,
das von deren Nutzung unberührt bleibt.“

In einem zweiten Teil gibt er einen Überblick
über die wichtigsten kommunikationspoliti-
schen Theorien, der auch für Nichtfachleute
dankenswerterweise verständlich geschrieben
ist.

Im dritten Kapitel faßt er empirische Un-
tersuchungen zu den Themen Satellitentechno-
logie, Mikroelektronik, Funkfrequenzen und
Orbitpositionen, Grenzüberschreitender Da-
tenaustausch, Datenverarbeitung, Information
und Dokumentation, Bildung und Kultur zu-
sammen. Beckers wesentliche Schlußfolgerung
ist, daß „eine im Interesse der Mehrheit der
Menschen in der Dritten Welt erfolgreiche in-
formationstechnologische Politik ... nationale
Planung, Dezentralisierung, Selbstbestim-
mung, Süd-Süd-Kooperation und eine Abkop-
pelung vom Weltsystem“ erfordert.

Auf die völkerrechtlichen Aspekte geht das
Buch

**Karl-Heinz Mölich, Der Entstehungsprozeß
der Neuen Internationalen Informationsord-
nung. Eine völkerrechtliche Betrachtung**, Köln
1983, 305 S., 42 DM

ein. Es ist keineswegs im „Juristendeutsch“
geschrieben. Sinnvoll und gut ist, daß in die-
sem Band immer wieder Parallelen zur wirt-
schaftlichen Rahmensituation gezogen wer-
den, dies trägt wesentlich zum Verständnis der
Auseinandersetzung um die Neue Informa-
tionsordnung bei. Außerdem wird die Ausein-
andersetzung eingeordnet in die Identitätsfin-
dung der jungen Nationalstaaten nach dem
2. Weltkrieg, in die Entstehung der Bewegung
der Nichtpaktgebundenen. Das Buch stellt auf
jeden Fall eine sinnvolle Ergänzung zu den
ersten beiden Bänden dar.

Pia Grund

ASK zu Weltraumrüstung

Die Mitgliederversammlung des Antiimperialistischen Solidaritätskomitees (ASK), die am 8. Juni d.J. in Frankfurt beriet, betonte auch für 1985/86 die Vorrangigkeit der Solidaritätsarbeit zu Mittelamerika, Libanon/Palästina und zum Südlichen Afrika (Südafrika, Namibia) sowie der Zusammenarbeit mit der Friedensbewegung. Im Ergebnis einer Thesen-Diskussion kamen die Mitgliedsorganisationen (Judos, SJD – Falken, SDAJ, Naturfreundejugend, DFG/VK, SCI, DFU, DKP, VDJ u.a.) überein, daß das 1973 gegründete Komitee sich stärker den brennendsten globalen Problemen wie Atomkriegsgefahr, „Krieg der Sterne“, Welthunger, Verschuldungskrise, Ökologie usw. und der Rolle des BRD-Neokolonialismus zuwenden sollte.

Das ASK-Forum verabschiedete eine Erklärung zur Weltraum-Militarisierung „Krieg der Sterne – Gefahr auch für die Dritte Welt“, mit der die Aufmerksamkeit der Solidaritätsbewegung auf ein neues globales Konfliktfeld und ihr Schlußschluß mit den bundesdeutschen Friedenskräften gefördert werden soll. Ferner plant das ASK eine Informations- und Spendenkampagne zum Thema Hunger, die unter dem Motto „Mein Baum für Afrika – Unterstützt die Wiederaufforstung in den Hungergebieten“ im Herbst d.J. gestartet werden soll.

Nikaragua-Plakat

Als einen Beitrag zur Solidarität mit Nicaragua versteht der Grafiker und Fotograf Hartmut Schröter das von ihm entworfene zweifarbige Plakat (DIN A 2) mit einer Abbildung Augusto Cesar Sandinos.

Das Sandino-Poster ist für 8 DM Vorauszahlung (inkl. 3 DM Porto) auf das Postscheckkonto Dortmund 609 78-463 erhältlich. Pro verkauftes Plakat werden 2 DM an Nicaragua abgeführt. H. Schröter, Steinhammerstr. 111, 4600 Dortmund 76



Spenden gegen Nicaragua-Embargo

In einem gemeinsamen Aufruf „Das Handelsembargo gegen Nicaragua und seine tödlichen Folgen“ haben sich das Informationsbüro Nicaragua und medico international an die Öffentlichkeit gewandt. Darin beschreiben sie den Wirtschaftsboykott der USA als eine Verschärfung der Aggression gegen Nicaragua. Sie stellen fest, daß das Gesundheitswesen

(fehlende Ersatzteile für medizinische Geräte) und die Landwirtschaft (Mangel an Dünger und Transportmittel) besonders unter dem Embargo leiden.

Sie rufen die Öffentlichkeit der Bundesrepublik auf, „die Menschen in Nicaragua in der Situation ihrer akuten Bedrohung nicht allein zu lassen“, und bitten um Spenden für das Gesundheitswesen (medico international, Konto 1800 bei der Stadtparkasse Frankfurt) und den Agrarbereich (Informationsbüro Nicaragua, Konto 976738 bei der Stadtparkasse Wuppertal). Kennwort: Embargo-Hilfe. Kurz nach Verhängung des Embargos hat auch das Antiimperialistische Solidaritätskomitee (ASK) zu einer Spendenkampagne aufgerufen. Sie soll dazu beitragen, daß Nicaragua der Erpressung und dem Wirtschaftskrieg widerstehen kann.

Die Spenden gehen ohne Zweckbindung direkt an die FSLN. Sonderkonto Prof. Erich Wulff, Postgiroamt Frankfurt, Nr. 527 055-602, Kennwort: Nicaragua

Hilfe für Vietnam

10 Jahre nach dem Sieg des vietnamesischen Volkes über die imperialistische Aggression sind noch viele Wunden zu schließen, die dieser 30jährige Krieg verursacht hat. Da die Wiedergutmachungsgelder westlicher Regierungen nicht wie vereinbart ausbezahlt wurden, kommt der materiellen Solidarität nach wie vor große Bedeutung zu.

Das gilt für die Bereitstellung von 720.000 DM durch terre des hommes (tdh) zur Förderung von Projekten in Vietnam in den nächsten 3 Jahren. So sollen in Ho-Chi-Minh-Stadt ein Rehabilitationszentrum für körperbehinderte Kinder sowie zwei Kinderhäuser gefördert werden, vor allem durch die Beschaffung von Medikamenten und medizinischem Gerät. Das Rehabilitationszentrum im Wert von 3,4 Mio DM war im wesentlichen durch Spenden an tdh finanziert worden. In der Provinz Lang Son wird darüber hinaus der Aufbau von Schulzentren unterstützt.

Buchtips: Argentinien, Philippinen

Die Menschenrechtsverletzungen unter der argentinischen Militärdiktatur und ihre Handhabung seitens der Bundesregierung, der EG, der UNO usw. untersucht im Detail das Buch Tino Thun, **Menschenrechte und Außenpolitik. Bundesrepublik Deutschland – Argentinien 1976-1983**, edition CON/PERIFERIA, Bremen 1985, 207 S., 20 DM.

Am Fallbeispiel Argentinien zeigt der Autor die heuchlerischen Beziehungen Bonns zu Militärdiktaturen in der Dritten Welt auf, bei denen die Kapitalinteressen oder der militärstrategische Eigennutz allemal vorgehen. Es ist überhaupt ein Verdienst der Studie, daß die Menschenrechtsproblematik nicht auf den Kampf um die Bürgerrechte beschränkt wird. Thun zeigt minutiös auf, wie eng sie mit der neokolonialen Abhängigkeit des Schwellenlandes, mit seiner Auslandsverschuldung, der sozialen Kluft zwischen Arm und Reich, dem Auftrag der Militärs als Wächter der wirtschaftlich Mächtigen verknüpft ist. Und er gibt einen hilfreichen generellen Einblick, wie die Menschenrechtsfrage in der weltpolitischen Sze-



nerie behandelt wird.

Menschenrechtsverletzungen hat auch das folgende soeben erschienene Buch zum Thema: **Aktionsgruppe Philippinen/medico international (Hrsg.), Die gestutzten Flügel der Freiheit. Menschenrechte und Militarisierung in den Philippinen**, WURF Verlag, Münster 1985, 80 S., 5,50 DM.

In dem Buch sind die Ergebnisse einer aus 13 Gruppen bestehenden Untersuchungskommission zusammengefaßt, die Ende 1984 mehrere Provinzen des Landes bereiste. Menschenrechtsgruppen aus den Philippinen und Vertreter aus dem Ausland nahmen an der Untersuchung teil.

Überzeugend weist die Dokumentation nach, daß auch 4 Jahre nach der formalen Aufhebung des Kriegsrechts (17.1.1981) weiterhin Menschen verschwinden, gefoltert, ermordet und in Wehrdörfer gepercht werden. Das Buch belegt die Verantwortung von Armee und paramilitärischen Einheiten für die Menschenrechtsverletzungen und schildert, wie sich die Bevölkerung gegen die Diktatur zusammenschließt.

Allende-Sommerlager

Vom 25. Juli bis 4. August 1985 findet auf der Burg Waldeck ein 2. Internationales Sommerlager Salvador Allende statt. Vorbereitet wird das Lager von den chilenischen Exilanten, der FIDEF und der Chile-Solidaritätsbewegung. Ziel des Camps ist es, Gemeinsamkeiten auf politischer, menschlicher und kultureller Ebene zu entdecken und einen aktiven Beitrag zur Völkerverständigung und gegen Ausländerfeindlichkeit zu leisten. Außerdem soll das Sommerlager ein Ausdruck sein für die internationale Solidaritätsbewegung mit dem Kampf für Demokratie und Menschenrechte in Chile. Für die Organisation und Durchführung des Camps erbitten die Veranstalter finanzielle und politische Unterstützung, z.B. durch Geldspenden, Unterstützungsbriefe, Teilnahme und Mitarbeit am Camp.

Kontaktadresse: D. Papp, Arbeitsgemeinschaft Burg Waldeck, 5449 Dorweiler. Konto: D. Papp, Sommerlager '85, Raiffeisenbank Beltheim, Nr. 111 771, BLZ 570 690 32.

**Adressenänderungen
bitte rechtzeitig
bekanntgeben!**

Kurzinformationen

Korea

Erstmals seit 12 Jahren fanden wieder offizielle Gespräche zwischen Vertretern der Koreanischen Demokratischen Volksrepublik (KDVR) und der Republik Korea (ROK) über Familienzusammenführung statt. Am 28. und 29. Mai d.J. trafen Rot-Kreuz-Delegationen beider Staaten in Seoul zusammen, um über dieses Thema zu verhandeln.

Schätzungsweise 10 Mio Koreaner haben seit Beendigung des 2. Weltkrieges bzw. des Koreakrieges (1950-53) ihre Verwandten im jeweils anderen Landesteil nicht mehr gesehen. Während sich die Delegierten der ROK für einen Austausch von Besuchergruppen noch vor dem 15.8.1985 – dem Jahrestag der Befreiung von der japanischen Okkupation – stark machten, sprach man sich seitens der KDVR für einen freien Besucherverkehr zwischen den Familienangehörigen aus.

Kurz vor Beendigung der Verhandlung einigten sich die Delegationen auf einen Kompromiß, wonach einzelne Familienmitglieder und Volkskunstgruppen um den 15. August d.J. herum unter Führung von Rot-Kreuz-Vertretern symbolisch Besuche im jeweils anderen koreanischen Staat abstaten dürfen.

Am 2. Juni d.J. wurde in Seoul bekanntgegeben, daß das südkoreanische Parlament einem Vorschlag der KDVR zu gemeinsamen politischen Gesprächen zugestimmt habe. Darüber hinaus schlug die ROK für nächsten Monat ein Treffen von jeweils fünf Parlamentariern beider Staaten im Grenzort Panmunjon vor, in dem die politischen Gespräche vorbereitet werden sollen. Seoul will den Dialog hauptsächlich auf ihren Entwurf einer gemeinsamen Verfassung im Falle der Wiedervereinigung bezogen wissen.

Sri Lanka

Die nunmehr seit fast 1 Jahr andauernden bürgerkriegsähnlichen Zustände in Sri Lanka haben Mitte Mai d.J. einen neuen Höhepunkt erreicht. Guerilleros der tamilischen Bevölkerungsminderheit verübten am 14.5.1985 in der Stadt Anuradhapura ein Massaker, bei dem 150 Menschen den Tod fanden. Die Führungen der Guerillagruppen, die für einen eigenen Staat kämpfen, distanzieren sich und verurteilen den Anschlag, der auf die Ermordung von 70 Tamilen durch die Armee folgte, als „Werk fehlgeleiteter Aktivisten“.

Dieses Massaker lieferte umgekehrt dem Militär und Angehörigen der singhalesischen Bevölkerungsmehrheit den nötigen Vorwand, um

Rache zu nehmen. Marineeinheiten überfielen ein Fährboot und töteten 46 Tamilen. Zur „Befriedung“ der tamilischen Siedlungsgebiete sollen 20.000 Tamilen zwangsumgesiedelt und bewaffnete singhalesische Siedler in eben diesen Gebieten angesiedelt werden.

Ende Mai d.J. kündigte Präsident Junius Jayawardene an, die Ausbildung der Armee verbessern, ihre Truppenstärke erhöhen und moderne Waffen kaufen zu wollen, um wirkungsvoller gegen die Separatisten vorgehen zu können.

Kampuchea

Die schätzungsweise 15.000 Mitglieder der konterrevolutionären Truppen Son Sanns und etwa 10.000 Mann Prinz Norodom Sihanouks wurden Ende Mai d.J. einem gemeinsamen Oberkommando unterstellt. Dies markiert einen vorläufigen Abschluß der Auseinandersetzungen der drei gegen die kampucheanische Regierung Samrin operierenden Gruppen (vgl. AIB 4/1985, S. 31-35).

Die „Roten Khmer“ Pol Pots sind von dieser Vereinigung ausgeschlossen. Auch hatte es seitens des Zweierbündnisses Bemühungen gegeben, Militär- und Finanzhilfe in den USA und Westeuropa unter Ausschaltung der „Roten Khmer“ zu erhalten.

Nach einem entsprechenden Beschluß des Repräsentantenhauses bewilligte auch der US-Senat 5 Mio Dollar für die kampucheanischen „Contras“. Er macht die Zahlung jedoch davon abhängig, daß die Vereinigung Südostasiatischer Nationen (ASEAN) ebenfalls Hilfe gewährt.

Prinz Sihanouk hat unterdessen die Reagan-Administration aufgefordert, Verhandlungen für die Bildung einer Koalitionsregierung unter Einschluß der jetzigen Regierung und der „Roten Khmer“ zu unterstützen. Obwohl er zugab, daß die Pol-Pot-Banden für den Tod von 2 Mio Menschen verantwortlich seien, will er nicht auf ein Bündnis mit diesen verzichten, ist er doch der Meinung, daß die „Vietnamesen die größere Gefahr sind“.

Bangladesh

Am 25. Mai d.J. wurde Bangladesh von einer schweren Naturkatastrophe heimgesucht. Nach einem Taifun überschwemmte eine 5 m hohe Flutwelle mehrere Inseln im Ganges-Delta.

Nach vorläufigen Schätzungen sind 10-20.000 Menschen umgekommen und über 250.000



Präsident M. Ershad besichtigt die Katastrophengebiete Bangladeshs

obdachlos geworden. Nun droht infolge schlechter Hygiene und fehlender Trinkwasserversorgung die Ausbreitung von Seuchen. Entgegen allen Beteuerungen der Regierung von General Ershad, alles für die betroffene Bevölkerung zu tun, erklärte die Führerin der oppositionellen Nationalpartei von Bangladesh (BNP), Khaleda Zia, die Bevölkerung sei viel zu spät vor dem Taifun gewarnt worden. Auch seien keine Anstalten getroffen worden, die Bevölkerung rechtzeitig zu evakuieren.

Kuba-USA

Seit dem 20. Mai 1985 ist „Radio José Martí“ auf Sendung, um im Auftrag der Reagan-Administration „die Sache der Freiheit auf Kuba zu propagieren“. Ganz im Stile der europäischen CIA-Vorläufersender „Radio Free Europe“ oder „Radio Liberty“ wird der Diversionssender täglich 14 Stunden in spanischer Sprache „authentische Informationen“ in die sozialistische Inselrepublik hineinstrahlen, und zwar von Florida aus.

Die Inbetriebnahme dieses eigens auf Kuba gemünzten Mediums wird dort als umso provokatorischer aufgenommen, da es mit dem Namen des kubanischen Revolutionärs und Nationaldichters José Martí (1853-95) versehen wurde. Sie wird überdies von dem Vorhaben Washingtons begleitet, die Sendekapazitäten der „Stimme Amerikas“ auf Puerto Rico zu erweitern (Kostenpunkt 150 Mio Dollar). Provokatorisch mutet die Reagan'sche Aktion ferner deshalb an, weil sie mit der Androhung weiterer antikubanischer Aktivitäten im Fall von Gegenreaktionen verknüpft wurde und sie als ein Torpedo gegen den 1983/84 angelaufenen Normalisierungsprozeß USA-Kuba angesehen werden muß. Seit Juli 1984 hatten zweiseitige Verhandlungen über Rückkehrmöglichkeiten für Exilkubaner, über Einwanderungsquoten für Kubaner in die USA, Tourismus u.a. stattgefunden.

Kubas erste Reaktion war die Aussetzung der im Dezember 1984 vereinbarten Rückkehrmöglichkeiten für in den USA unerwünschte Exilierte nach Kuba. Außerdem behält man sich in Havanna das Recht vor, seinerseits Radiosendungen in die USA auszustrahlen und weitere Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

Tamilische Guerilleros bei der Ausbildung



Nikaragua

Am 12. Juni d.J. stimmte das US-Repräsentantenhaus einem Antrag zu, der die Zahlung von 27 Mio Dollar Hilfsgeldern an die nikaraguanischen „Contras“ vorsieht. Bereits am 6.6.1985 hatte der US-Senat 37 Mio Dollar bewilligt. Die endgültige Summe soll in einem Vermittlungsausschuß festgelegt werden.

Noch im April d.J. (siehe AIB 5/1985, S.3) hatte das Repräsentantenhaus jegliche Hilfe an die „Contras“ abgelehnt. Als Anlaß für den Meinungsumschwung wurde die Reise Daniel Ortegas in die Sowjetunion Ende April d.J. genutzt. Daran hatten sich Besuche in andere ost- und westeuropäische Staaten angeschlossen, die Nicaragua Hilfe in Höhe von 393 Mio Dollar zusagten.

Ronald Reagan konnte jedoch nur einen Teilerfolg erzielen, weil die Mittel nicht für Waffen und Munition ausgegeben und der CIA und das Pentagon von der Verteilung ausgeschlossen werden sollen. Die nikaraguanische Regierung erklärte daraufhin, daß sie ihren einseitig im März d.J. verkündeten Einfuhrstopp neuer Waffensysteme aufheben und eventuell die im Mai d.J. nach Kuba zurückgeschickten Militärberater wieder zurückholen werde.

Vor Ort mußten die „Contras“ unterdessen eine Niederlage nach der anderen einstecken. Nachdem bereits Anfang Mai d.J. der Großteil der von Honduras aus operierenden „Contras“ außer Landes gejagt wurde, konnten die sandinistische Armee und Miliz auch den von Kostarika aus eindringenden Söldnern Eden Pastoras schwere Schläge zufügen. Anfang Juni d.J. fiel ihr Hauptquartier in La Lenca.

Für einen Überfall von „Contras“ auf kostarikanische Grenztruppen am 31.5.1985 machte die kostarikanische Regierung Monge die nikaraguanische Armee verantwortlich.

Die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) hat unterdessen die Contadora-Staaten damit beauftragt, eine Kommission zur Untersuchung des Zwischenfalls zu bilden. Durch diesen und ähnliche Zwischenfälle versuchen die „Contras“ Kostarika zu einer verstärkten Militarisierung und zur engeren Einbindung in die Strategie der USA zu bewegen.

Peru

Anfang Juni d.J. erklärte die Oberste Wahlbehörde Perus den Kandidaten der sozialdemokratischen Amerikanischen Revolutionären Volksallianz (APRA), Alan García, zum gewählten Präsidenten. Die Wahlen vom 14.4.1985 gewann er mit 45,74% der Stimmen. Die absolute Mehrheit verfehlte er jedoch, weil bei den Prozentanteilen die weißen und ungültigen Stimmzettel mit berücksichtigt wurden.

Der Verzicht des marxistischen Bürgermeisters von Lima und Kandidaten der Vereinigten Linken (IU), der zweitstärksten Partei (21,26%), an der von der Verfassung vorgeschriebenen Stichwahl teilzunehmen, ersparte dem Land einen zweiten kostspieligen Wahlgang.

García, dessen Partei auch die absolute Mehrheit im Parlament und Senat erhielt, übernimmt am 28. Juli d.J. das Amt von dem konservativen Präsidenten Fernando Belaunde Terry. Seine seit 1980 regierende Volksaktion (AP) kam mit 6,25% der Stimmen (47% im Jahr 1980) nur auf den vierten Platz hinter der Christlichen Volkspartei (PPC), die 10,23% erhielt (siehe AIB 4/1985, S. 47ff. und AIB 5/1985, S. 50f.).

Um sein Land aus den wirtschaftlichen Schwierigkeiten herauszuführen, verspricht García vor allem die einheimische Industrie und die Nahrungsmittelproduktion zu fördern und Importe einzuschränken.

Der inländische wie ausländische Privatsektor soll nicht angetastet werden. Die Wirtschaftsplanung und die Festsetzung der Mindestlöhne sollen gemeinsamen Gremien von Regierung, Unternehmern und Gewerkschaften obliegen. Subventionen für Grundnahrungsmittel sollen weiterhin gewährt werden.

Umschuldungsverhandlungen will die neue Regierung nicht mit dem Weltwährungsfonds, sondern mit den Banken direkt führen. García will ein zweijähriges Moratorium erreichen und den Schuldendienst auf 20% der Exporteinnahmen beschränken.

Im Kampf gegen die Guerilla verspricht García Härte und eine Lösung der sozialen Probleme, die zu der Rebellion führten. Der neue Präsident kritisiert die Washingtoner Mittelamerikapolitik und will zu einer Verhandlungslösung beitragen.

Tansania-BRD

Vom 21.-23. Mai d.J. weilte Tansanias Präsident Julius Nyerere anlässlich eines Staatsbesuchs in der BRD. Kurz zuvor hatte CDU-Entwicklungsminister Jürgen Warnke dem ostafrikanischen Land eine Visite abgestattet. Im Vordergrund der bilateralen Gespräche standen Form und Ausmaß bundesdeutscher Entwicklungshilfe, die im Zuge der „Bonner Wende“ von 100 Mio DM um ca. 2/3 reduziert worden war.

Warnke sah sich dabei selber als „Vermittler“ zwischen Tansania und dem Internationalen Währungsfonds (IMF), die seit 1980 ergebnislos über die Gewährung eines 100-Mio-Dollar-Kredits verhandeln. Der IMF verlangt in altbekannter Manier eine Verringerung des staatlichen Budgetdefizits via Kürzung der Sozialausgaben, eine Abwertung der Landeswährung und eine Liberalisierung der Importe.

Wirtschaftliche Schwierigkeiten und die hohe Auslandsschuld (2,9 Mrd Dollar) zwangen die Regierung Nyerere zu teilweisen Zugeständnissen, zumal der Westen die Gewährung weiterer „Entwicklungshilfe“ von einer Einigung mit dem IMF abhängig macht. An den Kernstücken des tansanischen Sozialismusmodells (Erziehung, Gesundheitswesen, Wasserversorgung) hält sie aber im wesentlichen fest. Auch trat Nyerere, derzeit Sprecher der afrikanischen Staatengemeinschaft OAU, nicht als devoter Bittsteller in Bonn auf, sondern unterstrich einmal mehr die Forderung der Dritten Welt nach einer Neuen Internationalen Weltwirtschaftsordnung.

Weder Bundeskanzler Kohl noch Außenminister Genscher und J. Warnke konnten Nyerere, der voraussichtlich Ende d.J. von seinem Amt zurücktreten wird, dazu bewegen alle Bedingungen des IMF zu akzeptieren. Die neu zugesagte Entwicklungshilfe fiel mit 5 Mio DM denn auch eher kläglich aus.

Südafrika

Am 20. Mai d.J. wurde in Pietermaritzburg der Hochverratsprozeß gegen 16 Führungspersonen der Vereinigten Demokratischen Front (UDF) – der Dachorganisation von etwa 700 Anti-Apartheid-Organisationen – auf den 11. Juli d.J. vertagt.

Während sich der Widerstand in Südafrika un-

gebrochen fortsetzte, konnte die Boykottbewegung gegen das Apartheidregime in den USA einen weiteren Erfolg verbuchen. Am 5.6.1985 billigte das Repräsentantenhaus mit 295 gegen 127 Stimmen einen Gesetzentwurf, der ein Verbot von Krediten an den südafrikanischen Staat und staatlich kontrollierte Firmen, des Exports von Computern nach Südafrika, von Neuinvestitionen US-amerikanischer Firmen im Apartheidstaat und des Imports von Krügergold vorsieht. Der Gesetzentwurf muß jedoch noch weitere parlamentarische Hürden nehmen.

Angola

In der nördlichsten Provinz Angolas, Cabinda, faßten am 21. Mai d.J. angolansiche Sicherheitskräfte einen Sabotage- und Truppenrückzug der südafrikanischen Armee. Nach Aussagen des gefangenen Kommandanten Captain Wynand Petrus du Toit hatten er und seine Begleiter die Aufgabe, Anlagen der Malongo Öl Raffinerie, die von der staatlichen Sonangol und der US-amerikanischen Gulf Oil Corporation betrieben wird, zu sprengen.

Angaben von Vertretern der südafrikanischen Regierung und Streitkräfte zufolge handelte es sich bei diesem Trupp nicht um eine Sabotageeinheit, sondern laut dem Oberkommandierenden, Constand Viljoen, um eine derjenigen Truppeneinheiten, die nach dem allgemeinen Truppenrückzug der Südafrikanischen Streitkräfte vom April d.J. in Angola zur „Erkundung und Informationsbeschaffung“ verblieben (siehe AIB 6/1985, S. 54).

Sowohl in Südafrika wie im Ausland stieß diese Darstellung der Regierung Botha auf Unglauben. Besonders heikel ist dabei die Verärgerung seiner Verbündeten in Washington.

Wie wenig glaubhaft Pretorias Friedensbekundungen sind, signalisieren ferner der Verbleib südafrikanischer Soldaten in Angola, die erneute Konzentration von starken Einheiten an der namibisch-angolanischen Grenze, worauf die angolansiche Regierung Mitte Juni d.J. hinwies, sowie der Überfall südafrikanischer Truppen auf die botswanische Hauptstadt Gaborone vom 13.6.1985.

STROESSNER KOMMT!

BRD und
«Dritte Welt» **13**



2. Auflage 1984, 48 Seiten,
4,- DM, im Abo 2,80 DM

Magazin Verlag, Königsweg 7
2300 Kiel 1

D 7426 E

Postvertriebsstelle
Zeitungs-Gebühr bezahlt
AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg

DAS GEBURTSTAGSGESCHENK



Nunmehr **15 Jahre** ist es her, seit im Juni 1970 die erste Ausgabe des AIB erschien. Seitdem ist aus dem AIB die **auflagenstärkste** deutschsprachige Monatszeitschrift zur Dritten Welt mit Abonnenten in fast 60 Staaten geworden.

Uns ist das **nicht genug**. Zuwenige wissen Bescheid über Reagans Krieg gegen Nikaragua, über die Volksaufstände in Südafrika, über den libanesischen Widerstand, über den US-Aufmarsch im Pazifik, über die bundesdeutsche Verwicklung im Nahen und Mittleren Osten, über die Ursachen der Hungerkata-

strophen und der Verschuldungskrise. Und zuwenige sind aktiv gegen die imperialistische Politik in der Dritten Welt.

Deshalb brauchen wir mehr Leser – und deshalb bekommt **jeder** der uns einen **neuen Abonnenten nennt**, ein aktuelles Dritte-Welt-Buch **geschenkt**.

Das Ganze ist denkbar einfach: **Abokarte** in der Heftmitte ausfüllen, eines der unten abgebildeten Bücher angeben (oder die vollständige Liste anfordern) und abschicken. Das Buch wird sofort ausgeliefert (bei Erteilung einer **Abbuchungsvollmacht**) oder nach Bezahlung des Abopreises von **25 DM**.



Fidel Castro
... wenn wir überleben wollen
Weltkreis Verlag
296 Seiten, 16,80 DM



James Matthews
Schattentage
Roman aus Südafrika
Weltkreis Verlag
144 Seiten, 9,80 DM



D. Boris/R. Rausch
Zentralamerika
Guatemala, Nicaragua, Honduras,
Costa Rica, El Salvador
Pahl-Rugenstein Verlag
405 Seiten, 16,80 DM



H. E. Gross
Guatemala
Leben auf dem Vulkan
Weltkreis Verlag
240 Seiten, 14,80 DM



R. Falk
Die heimliche Kolonialmacht
Bundesrepublik und Dritte Welt
Pahl-Rugenstein Verlag
220 Seiten, 14,80 DM